



Antragsbuch

Unterbezirksparteitag

SPD-Unterbezirk Region Hannover

25. März 2017

„Alte Zeche“ Barsinghausen

A – Parteiarbeit der Zukunft

B – Mobilität & Bauen / Infrastruktur

C – Gesundheit & Soziales

D – Gleichstellung

E – Frieden & Internationales

F – Digitalisierung & Medien

G – Arbeit & Wirtschaft

H – Bildung & Jugend

S – Satzungsändernder Antrag

Anträge Unterbezirksparteitag am 25. März 2017

Lfd. Nr.	Ortsverein/ Gliederung	Antrag	BE.:	Empfehlung der Antragkommission	Seite
A 1	UBV	Gerechtigkeit und Zusammenhalt	Bernd Rödel	Annahme in der vorliegenden Fassung	1
A 2	UBV	Mitgliederpartei SPD	Bernd Rödel	Annahme	15
A 3	UBV	Beteiligung der ddvg und Grundwerte der SPD in Einklang bringen	Bernd Rödel	Annahme und Weiterleitung an Bundesparteitag	19
A 4	Jusos Region Hannover	Gremienzeiten	Bernd Rödel	Annahme	21
A 5	OV Vahrenwald- List	Kommunalwahl- programm für die Region Hannover frühzeitig vorlegen!	Bernd Rödel	Überweisung als Material an den Unterbezirksbeirat mit der Bitte, ein sachgerechtes Konzept zu erarbeiten	22
A 6	Jusos/ OV Laatzen	Ortsvereine stärken – Basisdemokratie jetzt!	Bernd Rödel	Annahme in der vorliegenden Fassung und Weiterleitung an den Bundesparteitag	23
B 1	OV Stadt Springe	Gigaliner sind keine Lösung – Güterverkehr auf die Bahn	Sylvie Müller	Annahme als Resolution	25
B 2	Jusos Region Hannover	Kein Alkohol ist auch keine Lösung! Resolution gegen Alkoholkonsumverbote im ÖPNV	Sylvie Müller	Annahme	26
B 3	Jusos Region Hannover	Mehr Bauland für mehr Wohnen	Sylvie Müller	Erledigt durch Beschlusslage	28
B 4	AG 60plus OV Laatzen	Barrierefreien neuen Wohnraum in der Region Hannover schaffen	Sylvie Müller	Erledigt durch Beschlusslage	29

B 5	AG 60plus OV Laatzen	Wir wollen mehr bezahlbaren und barrierefreien Wohnraum	Sylvie Müller	Erledigt durch Beschlusslage	30
B 6	Jusos Region Hannover	„Wer hat Angst im Dunkeln?“ – Angsträumen entgegentreten	Sylvie Müller	Annahme und Weiterleitung an die Regionsfraktion; Ratsfraktionen zur Kenntnis	31
B 7	Jusos Region Hannover	Wessen Welt ist die Welt? – Öffentlichen Raum für junge Menschen erkämpfen, bewahren und ausbauen	Sylvie Müller	Annahme und Weiterleitung an die Regionsfraktion; Ratsfraktionen zur Kenntnis	33
B 8	Jusos Region Hannover	Kommunale Grundversorgung sichern	Sylvie Müller	Annahme in der vorliegenden Fassung	37
C 1	Jusos Region Hannover	Kostenübernahme für Tests auf sexuell übertragbare Krankheiten	Claudia Schüssler	Annahme	39
C 2	Jusos Region Hannover	Mehr Geld und weniger Stress fürs Pflegepersonal durch mehr Arbeitsstellen	Claudia Schüssler	Annahme	40
C 3	Jusos Region Hannover	Bürgerversicherung	Claudia Schüssler	Annahme und Weiterleitung an Bundesparteitag	41
C 4	AG 60plus OV Neustadt	Erhöhung der Pauschbeträge	Claudia Schüssler	Annahme	45
C 5	Jusos Region Hannover	Abschaffung der Menstruationssteuer – Stop taxing my period	Claudia Schüssler	Annahme in geänderter Fassung	46
C 6	OV Laatzen	Gesetzentwurf zur Einführung einer solidarischen Bürgerversicherung	Claudia Schüssler	Erledigt durch Antrag C 3	47
C 7	OV Oststadt-Zoo	Antrag zur gesetzlichen Krankenversicherung	Claudia Schüssler	Erledigt durch Antrag C 3	48

C 8	OV Vahrenwald- List	Kirchenaustritte vereinfachen – Der Kirchenaustritt darf nicht mit einer Gebühr belegt werden	Claudia Schüssler	Annahme	50
C 9	AG 60plus UBV	Solidarische Bürgerversicherung Gesundheit – Krankenversicherung/ Pflegeversicherung	Claudia Schüssler	Erledigt durch Antrag C 3	51
D 1	Jusos Region Hannover	Mehr Gleichberechtigung - Vereinbarkeit von Beruf und Familie besser fördern	Hans-Dieter Keil-Süllow	Annahme	56
D 2	Jusos Region Hannover	Schutzlosigkeit beenden	Hans-Dieter Keil-Süllow	Annahme	58
D 3	ASF Region Hannover	Rückkehrrecht von Teilzeit in Vollzeit – jetzt!	Hans-Dieter Keil-Süllow	Annahme	59
D 4	ASF Region Hannover	Entgeltgleichheitsgesetz - jetzt!	Hans-Dieter Keil-Süllow	Annahme	60
E 1	Jusos Region Hannover	Sofortige Ächtung von Atomwaffen weltweit	Lisa van der Zanden	Annahme als Resolution	61
E 2	OV Vahrenheide- Sahlkamp	Neue Chancen für abgelehnte Asylbewerberinnen und - bewerber	Lisa van der Zanden	Annahme	63
E 3	OV Oststadt-Zoo	Einführung Weltfriedenstag als Feiertag	Lisa van der Zanden	Annahme	65
F 1	Jusos Region Hannover	Übertragung der Sitzungen kommunaler Gremien der Region Hannover	Frauke Meyer-Grosu	Annahme	66

F 2	Jusos Region Hannover	Fernsehunterhaltung barrierefrei gestalten	Frauke Meyer-Grosu	Annahme	67
G 1	Jusos Region Hannover	Abgeltungssteuer für Kapitaleinkünfte abschaffen	Torben Klant	Annahme	68
G 2	OV Herren- hausen- Stöcken	Technologischen Wandel sozial gestalten	Torben Klant	Annahme und Weiterleitung an den Bezirksparteitag	71
G 3	OV Kleefeld- Heideviertel	Für eine neue Finanzpolitik der EU, für eine Sicherung der Öffentlichen Daseins- vorsorge im Kreditwesen	Torben Klant	Überweisung als Material an UBV mit der Bitte, eine inhaltliche Veranstaltung zu diesem Thema zu initiieren	73
G 4	AG 60plus UBV	Erwerbstätigen- versicherung erweitern	Torben Klant	Annahme	74
G 5	OV Stadt Springe	Beseitigung der Einkommensungleichheit in Deutschland	Torben Klant	Annahme	78
G 6	OV Stadt Springe	Arbeitnehmerrechte stärken – Vertrags- missbrauch verfolgen	Torben Klant	Annahme als Resolution	79
G 7	OV Oststadt-Zoo	Beibehaltung des Filialnetzes, zur Absenkung der Girokontoführungsgebüh- ren zumindest für Geringverdienende und zur Deckelung von Vorstandsgehältern bei der Sparkasse Hannover	Torben Klant	Erledigt durch Resolution „Aufgaben der Sparkassen und Genossenschaftsbanken als kommunale/ regionale Geldinstitute erhalten!“	80
G 8	OV Oststadt-Zoo	Antrag zur Wiederbelebung der Vermögenssteuer	Torben Klant	Annahme und Weiterleitung	82
H 1	AG 60plus OV Laatzen	Wir fordern landesweit in allen Schulen Fachpersonal in der Sozialarbeit	Heiner Aller	Annahme in der vorliegenden Fassung	84

H 2	AG 60plus OV Laatzen	Wir wollen, dass sich alle Jugendlichen in der Region Hannover mittels eines akzeptierten Beteiligungsverfahrens in die Politik einmischen und mitentscheiden können	Heiner Aller	Annahme	85
H 3	OV Stadt Springe	Familien in den Mittelpunkt der Politik	Heiner Aller	Annahme als Resolution	86
H 4	OV Stadt Springe	Aktive Gestaltung Bildung 4.0	Heiner Aller	Ablehnung	87
H 5	AfB Region Hannover	Inklusion hat Priorität in der Bildungspolitik in Niedersachsen	Heiner Aller	Annahme	88
S 1	UBV	Satzungsänderung	Uta M. Biermann	Annahme	91

1 A 1 Gerechtigkeit und Zusammenhalt

2 *Antragsteller: SPD Unterbezirksvorstand Region Hannover*

3 Wir leben in spannenden Zeiten! Wir spüren: Die Welt ist im rasanten Wandel und es kommen
4 neue Herausforderungen auf uns zu. Wie reagieren wir? Die Antwort auf diese Frage polarisiert
5 unsere Gesellschaft in lange nicht gekanntem Maße. Es gibt Kräfte, die versprechen, mit
6 Abschottung und Einschränkung von Recht mehr Sicherheit zu schaffen. Wir
7 Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wissen: Mehr Nationalismus und die
8 Einschränkung von Freiheit und Recht führt niemals zu einer gerechten und friedlichen
9 Gesellschaft. Unsere Antwort ist: Mehr Zusammenhalt, mehr Dialog, mehr Gerechtigkeit und
10 mehr solidarisches Miteinander sind der Weg in eine gute Zukunft.

11 In diesem Sinne gehen wir selbstbewusst und mutig in die kommenden 2 Jahre, in denen wir in
12 Bundestags- und Landtagswahl für sozialdemokratische Mehrheiten kämpfen,

13 Die Region Hannover hat gute Voraussetzungen, erfolgreich um die Direktmandate zu streiten.
14 Unser Ziel ist: Wir wollen sie mit guter Politik vor Ort und klaren Ideen für die Politik auf
15 Landes- und Bundesebene gewinnen!

16 *Wahlkampfzeiten sind besondere Zeiten:*

- 17 • die Bürgerinnen und Bürger stehen unmittelbar vor der Entscheidung, wem sie mit
18 ihrer Stimme das Vertrauen aussprechen und die Verantwortung geben, ihre Interessen
19 gut zu vertreten
- 20 • es gibt eine gesteigerte Aufmerksamkeit für politische Inhalte sowohl in den Medien als
21 auch in Veranstaltungen, persönlichen Gesprächen, in Nachbarschaft und
22 Freundeskreis
- 23 • alle politischen Kräfte sind aktiv und werben mit zugespitzten Botschaften um die
24 Menschen
- 25 • gleichzeitig gibt es die Gefahr von Politikverdrossenheit und der Sorge, dass die
26 Parteien mit leeren Wahlkampfversprechen auf Stimmenfang gehen.

27 Unser höchstes Gut in diesem Spannungsfeld sind unsere Programmatik und die
28 Glaubwürdigkeit, dass Personen, Programm und Partei zu jeder Zeit für die Inhalte stehen, mit
29 denen wir im Wahlkampf antreten.

30 **Wir stehen für Gerechtigkeit und Zusammenhalt!**

31 Unser Kanzlerkandidat Martin Schulz hat soziale Gerechtigkeit und Zusammenhalt ganz oben
32 auf die Agenda gesetzt. Im nun vor uns liegenden Programmprozess müssen wir die
33 Instrumente dafür schärfen. Unsere Verantwortung für die Gesellschaft als Ganzes
34 wahrzunehmen, bedeutet für uns, neue Verteilungsantworten zu geben. Denn die soziale
35 Spaltung verläuft national wie international vor allem entlang der ungleichen Einkommens-
36 und Vermögensentwicklung. Es liegt auf der Hand, dass diejenigen mit großen Einkommen und
37 Vermögen mehr beitragen müssen, um den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu stärken.

38 Denn nur mit einem starken und finanziell handlungsfähigen Staat als Garant für
39 Zusammenhalt können wir eine Politik für mehr Gerechtigkeit auf unterschiedlichen Ebenen
40 umsetzen:

41 **Von jeher ist die SPD eine Friedenspartei.** Eine gerechte Verteilung von Wohlstand ist die
42 Voraussetzung für friedliche internationale Beziehungen. Mehr Mittel für die
43 Entwicklungszusammenarbeit, ein fairer Welthandel und ein aktives Eintreten für Frieden und
44 Entspannung sind die Eckpfeiler einer sozialdemokratischen Außenpolitik. Das gemeinsame
45 Agieren als Europäische Union ist dabei zentral: Wir wollen ein solidarisches Europa, das nicht
46 nur Binnenmarkt ist, sondern auch eine demokratische Wertegemeinschaft und eine soziale
47 Union, die wieder positives Identifikationspotential weckt.

48 Das heißt im Klartext: Der Kampf um mehr Demokratie, Gerechtigkeit und Frieden braucht
49 neue europäische und internationale Impulse. Die SPD muss mit den Schwesterparteien in den
50 27 Mitgliedstaaten in diesem Sinne ein starkes sozialdemokratisches Bündnis entwickeln, das
51 sich für ein Europa der Solidarität und sozialen Gerechtigkeit in einem gemeinsamen
52 Wirtschaftsraum, mit einer wirksamen Friedenspolitik und Sicherung der demokratischen
53 Grundrechte in allen Mitgliedstaaten einsetzt.

54 Es ist im wohlverstandenen Interesse Deutschlands, mit klaren Positionen in die
55 bevorstehenden Auseinandersetzungen um das aktuelle Grundsatzpapier („Weißbuch“) zur
56 Reform der Europäischen Union zu gehen. Den Rechtspopulisten und Anti-Europäern gilt es ein
57 überzeugendes Zukunftsmodell für ein Europa der Einheit entgegenzustellen.

58 **Eine verlässliche und solidarische Absicherung von Lebensrisiken ist der Grundpfeiler einer**
59 **gerechten Gesellschaft.** Eine zentrale Unsicherheit für viele Menschen ist, ob sie ihren
60 Lebensstandard im Alter halten können und eine gesetzliche Rente bekommen, die ihrer
61 Lebensleistung gerecht wird. Die SPD muss deshalb sicherstellen, dass das Rentenniveau der
62 gesetzlichen Rentenversicherung stabilisiert und eine existenzsichernde Mindestrente
63 eingeführt wird. Sich an den Alltagssorgen und Unsicherheiten der Menschen zu orientieren,
64 muss auch bedeuten, dass sie den Themen Gesundheit und Pflege eine hohe Priorität beimisst.
65 Alle Bürgerinnen und Bürger müssen durch die Bürgerversicherung unabhängig von Lebenslage
66 und Erwerbsstatus eine gute Kranken- und Pflegeversicherung haben. Auch wer arbeitslos
67 wird, darf nicht ins Bodenlose fallen und muss solidarisch abgesichert sein. Zur besseren
68 Bekämpfung von Langzeitarbeitslosigkeit brauchen wir einen starken öffentlichen
69 Beschäftigungssektor. Nur wer sich darauf verlassen kann, im Alter und bei Krankheit und
70 Arbeitslosigkeit abgesichert zu sein und keine Angst davor haben muss, in eine materiell
71 aussichtslose Lage zu geraten, kann Vertrauen in die Zukunft entwickeln.

72 **Damit nicht der Geldbeutel der Eltern über die Zukunft eines Kindes entscheidet, brauchen wir**
73 **gleiche Bildungschancen für alle.** Finanzielle Hürden müssen deshalb abgebaut und Familien
74 von Bildungskosten entlastet werden. Wir wollen den Ausbau flächendeckender
75 Ganztagsangebote vorantreiben und eine gute personelle Versorgung sicherstellen. Nur gut
76 sanierte und mit neuester Technik ausgestattete Schulen sind auch gute Lernorte. Gerade im
77 Zeitalter der Digitalisierung müssen wir deutschlandweit auf der Höhe der Zeit sein. Die

78 bestmögliche Bildung für alle ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die nur in
79 Zusammenarbeit zwischen Kommunen, Ländern und dem Bund gelingen kann.

80 **Eine offene Gesellschaft ist für uns die Voraussetzung für mehr Zusammenhalt.** Deshalb
81 kämpfen wir gegen Diskriminierung und strukturelle Benachteiligung überall dort, wo sie uns
82 begegnen. Zentral ist für uns, die Situation von Frauen und Alleinerziehenden zu verbessern
83 und bestehende Ungerechtigkeiten auf dem Arbeitsmarkt zu beenden. Wir wollen, dass
84 Zugewanderte und Geflüchtete eine echte Chance auf Integration und Teilhabe haben und
85 dass Rassismus und Ausgrenzung in unserer Gesellschaft keinen Raum bekommen.

86 **Eine nachhaltige Landwirtschaft, die dem Umwelt-, Tier- und Naturschutz, aber auch den
87 Verbraucherinnen und Verbrauchern gerecht wird, ist unser Anspruch.** Nachhaltigkeit und
88 gesellschaftlicher Zusammenhalt müssen gemeinsam gedacht werden.

89 Alle landwirtschaftlichen Betriebe müssen Ihre Produktion an diesem Leitbild ausrichten. In
90 vielen Bereichen der Gesellschaft erfahren landwirtschaftliche Produkte nur noch eine geringe
91 Wertschätzung. Ein fairer Preis für Lebensmittel, mündige Verbraucher und ein sich an die sich
92 veränderten Bedingungen anpassender landwirtschaftlicher Betrieb werden nicht nur die
93 Umwelt, die Natur und das Klima schützen, sondern tragen zu einer Erhaltung und
94 Wertschätzung unserer natürlichen Lebensgrundlage bei.

95 **Programm, Personal und Partei gehören zusammen!**

96 Als SPD in der Region Hannover haben wir mit unseren Kandidatinnen und Kandidaten beste
97 Voraussetzungen, glaubwürdig für diese Themen zu kämpfen. Es kommt darauf an, die gute
98 Arbeit der Legislaturperiode in Bund und Land und die Erfolge, die wir für die Menschen in der
99 Region erzielt haben, in den kommenden Wochen und Monaten offensiv zu vertreten und den
100 Wählerinnen und Wählern deutlich zu machen, dass wir als SPD für Gerechtigkeit und sozialen
101 Zusammenhalt stehen und arbeiten.

102 Aufgabe der gesamten Partei ist es, die Kandidatinnen und Kandidaten dabei zu unterstützen
103 und in Veranstaltungen, vor-Ort-Besuchen, an Infoständen, mit Tür- zu –Tür-Aktionen und mit
104 innovativen Ideen und klarem sozialdemokratischem Programm für sozialdemokratische
105 Wahlerfolge und einen sozialdemokratischen Bundeskanzler zu kämpfen!

106 **Nach der Bundestagswahl die Landtagswahl gewinnen!**

107 „Anpacken. Besser machen.“ – nach vier Jahren Rot-Grün in Niedersachsen macht sich ein
108 grundlegender Politikwechsel bemerkbar. Garant für diesen Politikwechsel ist Stephan Weil.
109 Als Niedersächsischer Ministerpräsident ist er bei den Menschen beliebt und genießt ihr
110 Vertrauen. Acht Abgeordnete der SPD vertreten aktuell die Interessen der 1,1 Millionen
111 Menschen aus der Region Hannover.

112 Wir haben angepackt: Abschaffung der Studiengebühren, Stärkung der Fachhochschulen, mehr
113 Gesamtschulen, gute Ganztagschulen, 2.100 zusätzliche Lehrkräfte, Einführung der Dritt-Kraft
114 in Krippen und 1.000 zusätzliche Stellen für die Polizei. 1,4 Milliarden Euro stehen für die
115 Investitionskostenförderung für Krankenhäuser und 800 Millionen Euro für die soziale
116 Wohnraumförderung zur Verfügung. Mit einem Aktionsprogramm bekämpfen wir die

117 Langzeitarbeitslosigkeit und haben das Landesblindengeld erhöht. Mit dem Landesaktionsplan
118 Inklusion sorgen wir für Teilhabe von Menschen mit Behinderungen und an vielen Stellen
119 haben wir die Situation in der Pflege verbessert.

120 Die Integration von Geflüchteten war in den letzten Monaten eine Querschnittsaufgabe für das
121 gesamte Land. Mit dem Bündnis „Niedersachsen packt an“ konnten Akteure vernetzt,
122 Unterstützung organisiert und Akzente gesetzt werden.

123 Wir haben dafür gesorgt, dass es in Niedersachsen endlich wieder eine Landeszentrale für
124 politische Bildung gibt. Dem Erstarken von Rechtspopulismus und dem Anstieg rechtsextremer
125 Straftaten begegnen wir mit dem „Landesprogramm gegen Rechtsextremismus“.

126 Mit dem Doppelhaushalt 2017/ 2018 konnte die Neuverschuldung des Landes Niedersachsen
127 auf Null gesenkt werden. Bei der Einhaltung der Schuldenbremse darf jedoch der vorhandene
128 Sanierungsstau der öffentlichen Infrastruktur im gesamten Land nicht aus dem Blick geraten.

129 Die Themen der SPD in der Region Hannover für die Landtagswahl 2018 sind klar: Bildung,
130 bezahlbarer Wohnraum, weitere Behebung des Sanierungsstaus bei den Krankenhäusern und
131 Ausbau des ÖPNVs. Wir wollen an den Erfolgen der Regierungszeit 2013 bis 2018 ansetzen und
132 weiter gute Politik für die Menschen machen.

133 Der Ausgleich zwischen städtischen Ballungszentren und dem ländlichen Raum muss zu einer
134 gleichmäßigen Verteilung der Ressourcen führen. Die Städte dürfen dabei mit ihren
135 besonderen Belastungen nicht aus dem Fokus geraten.

136 Unsere Perspektiven für die Landtagswahl am 14. Januar 2018 sind klar: Die SPD im
137 Niedersächsischen Landtag wird stärkste Kraft. Wir wollen alle 12 Wahlkreise in der Region
138 Hannover gewinnen. Mit Stephan Weil als Ministerpräsidenten und einer starken Rot-Grünen
139 Mehrheit wollen wir auch weiterhin Verantwortung für das Land tragen.

140 **Perspektiven für neue Mehrheiten in der Region Hannover**

141 Nach der Kommunalwahl im September 2016 ist es zu einer Zersplitterung der Räte
142 gekommen. Mehrheitsbildungen in den gewachsenen und vertrauten Konstellationen sind
143 oftmals nicht mehr möglich. In vielen kommunalen Räten gab es keine Mehrheiten mehr für
144 Rot-Grün. Eine Zäsur, die vielleicht vergleichbar mit dem Ende von absoluten Mehrheiten für
145 die Sozialdemokratie ist, ein Bruch in einer kulturellen, politischen Identität.

146 Dieser Bruch darf keine Auswirkungen auf Mehrheitsbildungen auf anderen Ebenen haben.
147 Das Kommunalwahlergebnis wirft Fragen auf. Wie lässt sich sozialdemokratische Politik
148 umsetzen? Wie lassen sich stabile Mehrheiten für eine Wahlperiode finden? Wer sind
149 Bündnispartnerinnen?

150 Die SPD in der Region Hannover ist nach der Kommunalwahl im Jahr 2016 nach vielen Jahren
151 der Zusammenarbeit mit den Grünen eine Koalition mit der CDU eingegangen. Der
152 Koalitionsvertrag trägt eine eindeutig sozialdemokratische Handschrift. Die Zusammenarbeit
153 hat konstruktiv und vertrauensvoll begonnen. In den Kommunen der Region sind
154 unterschiedliche Lösungen für Bündnisse gefunden worden.

155 Große Koalitionen sind für uns trotzdem keine dauerhafte Antwort auf die Zersplitterung der
156 Räte. Gestaltende linke Mehrheiten sind unser Ziel. Auf Basis unserer Grundwerte und
157 Wahlprogramme wollen wir die Lebenszusammenhänge der Menschen gestalten. Eine
158 Beteiligung an Mehrheiten ist für uns immer an der Umsetzung von sozialdemokratischen
159 Zielen festzumachen. Dafür wollen wir auch in den kommenden 2 Jahren arbeiten.

160 Mit unserem Regions-Wahlprogramm 2016-2021 haben wir wichtige sozialdemokratische
161 Projekte formuliert, die wir schrittweise mit unserer Mehrheit in der Regionsversammlung
162 umsetzen wollen. Die Koalitionsvereinbarung mit der CDU trägt dabei erkennbar unsere
163 Handschrift.

164 **Mit uns den sozialen Zusammenhalt sichern**

165 Wir wollen den sozialen Zusammenhalt in der Region Hannover stärken, indem wir die
166 öffentliche Daseinsvorsorge sichern, die Integration fördern, Vielfalt stärken und das Ziel der
167 Inklusion zur Querschnittsaufgabe in allen Lebensbereichen machen. Das bedeutet:

168 **Wir stehen für gelingende Integrationsarbeit und eine starke Zivilgesellschaft**

169 Die große Aufgabe der Integration wird in den Regionskommunen geleistet. Um sie zu
170 unterstützen, werden wir einen Rahmen für eine nachhaltige Integration in der Region
171 Hannover politisch einfordern und das bereits bestehende Integrationskonzept
172 weiterentwickeln. Es sollen konkrete Bedürfnisse in den Kommunen ermittelt werden,
173 Integrationsmaßnahmen benannt und Unterstützungsleistungen der Region Hannover für die
174 Kommunen festgelegt werden. Insbesondere sind die Angebote zum Erlernen der deutschen
175 Sprache in den Regionskommunen auszubauen, denn Sprachkompetenz bildet die Basis
176 erfolgreicher Integration.

177 **Wir stehen für die Verwirklichung der Inklusion im Schulsystem**

178 Den Weg zu einer inklusiven Gesellschaft werden wir in der Region Hannover konsequent
179 weitergehen. Auf dem Weg zu einem inklusiven Schulsystem wollen wir als SPD die politischen
180 Voraussetzungen schaffen, damit die Förderschulen in der Region Hannover schrittweise in
181 regionale Förderzentren umgewandelt werden. Wir wollen den Beginn dieses Projektes
182 politisch anstoßen. Langfristig wollen wir Sonderpädagoginnen und Sonderpädagogen für den
183 Bereich der Lern- und Entwicklungsstörungen als festen Bestandteil an allgemeinbildenden
184 Schulen etablieren.

185 **Wir stehen für eine für eine wohnortnahe Gesundheitsversorgung**

186 Die gesundheitliche Daseinsvorsorge ist in der Region Hannover ein wichtiges Gut. Eine
187 qualitativ hochwertige Gesundheitsversorgung soll in der Region Hannover für alle erreichbar
188 sein. Die tiefgreifenden Veränderungen im Gesundheitssektor wirken auch in der Region. Die
189 Regionspolitik muss daher die Entwicklungen im Blick behalten: Wir werden die beschlossene
190 „Medizinstrategie 2020“ mit dem Ziel der qualitativen medizinischen, pflegerischen, baulichen
191 und wirtschaftlichen Weiterentwicklung der KRH GmbH inhaltlich und gegebenenfalls
192 finanziell unterstützen. Die notwendigen Veränderungsprozesse werden wir für die
193 Öffentlichkeit transparent und nachvollziehbar gestalten.

194 **Wir stehen für echte und umfassende Gleichstellung**

195 Gleiche Chancen zwischen den Geschlechtern sind für uns unverzichtbar. Wir werden die
196 Erhöhung der Frauenerwerbsarbeit zu einem der Schwerpunkte unserer Beschäftigungspolitik
197 machen. Gleichstellungspolitik ist aber mehr als nur die Gleichstellung zwischen Frau und
198 Mann. Sie beinhaltet genauso, dass alle Menschen in der Region Hannover unabhängig von
199 Geschlecht, Alter, Herkunft, Behinderung, Religion oder sexueller Identität diskriminierungsfrei
200 leben können. In der Region bedeutet das: Nach wie vor bedarf es Maßnahmen zum Schutz vor
201 Gewalt. Wir haben hier in der Vergangenheit die Hilfen für Frauen deutlich ausgeweitet. Dies
202 wollen wir halten und wo notwendig weiter ausbauen.

203 **Mit uns Familien stärken**

204 Wir wollen Familien stärken, u.a. indem wir gerechte Bildungschancen erhöhen, den Ausbau
205 der Kinderbetreuung weiter voranbringen, die Kitas beitragsfrei stellen sowie die
206 kostengünstige ÖPNV-Nutzung für alle Schülerinnen und Schüler umsetzen.
207 Bildung - von der Kita bis zur Hochschule - sollte möglichst kostenfrei sein. Vor allem im
208 frühkindlichen Bereich ist es wichtig, Hürden abzubauen und damit die Eltern zu entlasten. Wir
209 begrüßen deshalb, dass die SPD Niedersachsen und die SPD-Landtagsfraktion die
210 Elternbeiträge für Kitas in Niedersachsen schrittweise abschaffen wollen. Dafür werden wir
211 zusammen politisch kämpfen. Als Regions-Partei werden wir uns darüber hinaus für eine
212 qualitative Verbesserung der Kitas in den Regionskommunen einsetzen und hierfür Konzepte
213 entwickeln. Die Kitas in der Region wollen wir Schritt für Schritt zu Familienzentren ausbauen.

214 **Mit uns bezahlbares Wohnen ermöglichen**

215 Unsere politische Aufgabe wird es in den nächsten zwei Jahren und darüber hinaus sein, dafür
216 zu sorgen, dass sich alle Menschen in der Region Hannover mit Wohnraum versorgen können.
217 Um guten und bezahlbaren Wohnraum für alle in der Region zu gewährleisten, muss sowohl
218 das Angebot an Mietwohnungen als auch das Angebot zur Wohneigentumsbildung durch
219 Neubau und Modernisierung des Bestandes verbessert und der soziale Wohnungsbau
220 ausgeweitet werden. Es müssen ausreichend neue Flächen für die Errichtung neuen
221 Wohnraums in den Regionskommunen bereitgestellt werden. Wichtig ist es, das Angebot
222 zentralen und barrierefreien Wohnens zu erhöhen. Dafür haben wir zusätzlich zu den
223 Fördermitteln von Land und Bund auch Mittel in der Region bereitgestellt.

224 **Mit uns Wirtschaft und Beschäftigung fördern**

225 Wir wollen Arbeitsplätze sichern und neue Beschäftigung schaffen, indem wir den
226 Wirtschaftsstandort Region Hannover weiterentwickeln, den Bestand an Fachkräften sichern,
227 die Jugendarbeitslosigkeit bekämpfen und die Digitalisierung der Arbeitswelt sozial gestalten.

228 **Wir stehen für eine starke Wirtschaft und steigende Beschäftigung**

229 Wir verbinden unsere Beschäftigungspolitik mit einer aktiven Wirtschaftsförderung in der
230 Region Hannover. Wir arbeiten für eine zukunftsfähige und nachhaltige Wirtschaftsstruktur in
231 der Region Hannover, die sichere Arbeits- und Ausbildungsplätze garantiert und neu
232 hervorbringt. Durch den demografischen Wandel wird der Wettbewerb um qualifiziertes

233 Personal weiter zunehmen. Im Zentrum unserer Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik steht
234 deshalb die Sicherung des Fachkräftenachwuchses in der Region Hannover.

235 **Wir stehen für die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit**

236 Die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit werden wir in den nächsten Jahren politisch
237 verstärkt begleiten. Unser Programm zur Bekämpfung von Jugendarbeitslosigkeit werden wir
238 dafür weiterführen und evaluieren. Wir wollen prüfen, wie die bisherigen Instrumente wirken
239 und ob es zusätzliche braucht. Im Fokus stehen bisher präventive Maßnahmen zur Gestaltung
240 von Übergängen, insbesondere mit Blick auf den Übergang Schule/Beruf. Wir wollen weitere
241 systemische und zielgruppenspezifische ergänzende Problemlösungen entwickeln und
242 diskutieren. Die öffentlich geförderte Beschäftigung erwerbsloser Jugendlicher durch einen
243 neuen, sozialen Jugend- Ausbildungs- und Arbeitsmarkt in der Region Hannover kann ein
244 weiterer zu entwickelnder Baustein sein.

245 **Wir stehen für eine soziale Gestaltung der Digitalisierung von Arbeit und Wirtschaft**

246 Durch die Digitalisierung der Wirtschaft werden sich die Anforderungen an die Arbeit stark
247 verändern. Wir wissen, es wird bei der Gestaltung darauf ankommen, dass sowohl
248 Unternehmen als auch Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer für diese Entwicklung
249 gewappnet sind. Wir wollen diesen Prozess politisch begleiten und fördern Ideen, wie der
250 technische Fortschritt auch zu sozialem Fortschritt führen kann. Voraussetzung für die
251 gelingende Digitalisierung ist auch eine flächendeckende Breitbandversorgung in der Region
252 Hannover. Diese lückenlose Versorgung mit schnellem Internet werden wir politisch vorrangig
253 in der Region Hannover in den nächsten zwei Jahren bearbeiten. Wir wollen, dass ab 2019
254 keine Kommune, kein Dorf in der Region Hannover ohne schnelles Internet auskommen muss.

255 **Die Arbeit der Partei: Mit attraktiver Politik vor Ort Menschen begeistern und mitnehmen**

256 Für die SPD haben Mitglieder eine besondere Bedeutung! Als soziale Bewegung gestartet,
257 prägen die Mitglieder bis heute das Gesicht der Partei und das auch zurecht. Die Mitglieder
258 sind die Botschafterinnen und Botschafter unserer Politik und zeigen durch ihre Person, wie
259 vielfältig, bunt und interessant die SPD ist. Damit haben Mitglieder eine enorme Strahlkraft in
260 die Gesellschaft hinein und organisieren den inhaltlichen Austausch mit den Bürgerinnen und
261 Bürgern. Das alles könnte ohne engagierte Mitglieder nicht geleistet werden.

262 Die SPD wird jedoch in Zukunft nur dann erfolgreich Politik gestalten und in der Gesellschaft
263 personell verankert sein können, wenn sie den anhaltenden Trends sinkender Mitgliederzahlen
264 und der demografischen Entwicklung erfolgreich und nachhaltig entgegenwirken kann. Das
265 gesellschaftliche Umfeld für Mitgliedschaften in Parteien oder anderen Großorganisationen
266 und die Bereitschaft zur kontinuierlichen Parteiarbeit haben sich in den vergangenen Jahren
267 stark verändert. Das hat sich nicht zuletzt bei Wahlergebnissen und der Wahlbeteiligung
268 gezeigt. Die SPD in der Region Hannover sieht den Handlungsbedarf – und nimmt die
269 Herausforderungen an. Die SPD galt und gilt noch immer als die Mitgliederpartei und eine der
270 großen Volksparteien. Um beides zu bleiben gilt es, unsere Mitglieder zu pflegen und neue zu
271 gewinnen.

272 Dazu gehört es, dass wir unsere Mitglieder zur Mitarbeit motivieren. Hier schöpfen wir bei
273 unseren Mitgliedern noch nicht aus dem Vollen: Viele unserer Mitglieder sind im Berufsleben
274 und in der Familie stark eingebunden und können nicht immer regelmäßig am Parteileben und
275 den Sitzungen teilnehmen. Es muss deshalb unser Ziel als Partei sein, neue
276 Beteiligungsmöglichkeiten auch für Mitglieder „in der Rush-Hour des Lebens“ anzubieten.

277 Durch die Kandidatur von Martin Schulz erlebt die Sozialdemokratie gerade eine Eintrittswelle.
278 Viele der Neumitglieder sind hochmotiviert und wollen sofort mitarbeiten. Ihnen geht es
279 jedoch nicht so sehr darum, an Sitzung teilzunehmen. Sie wollen raus, diskutieren und aktiv
280 Politik mitgestalten. Auch hier müssen wir als SPD Unterbezirk Region Hannover passende
281 Angebote, gerade auch für junge Mitglieder, schaffen.

282 Damit wir die passenden Angebote finden, müssen wir jedoch von unseren Mitgliedern, seien
283 es neue oder diejenigen, die schon lange in der SPD sind, mehr wissen. Warum sind sie
284 eingetreten? Was ist ihnen bei der Sozialdemokratie am wichtigsten? Welche Themen
285 interessieren sie am meisten und wo haben sie vielleicht sogar Expertenwissen? Für was
286 würden sie auf die Straße gehen und bei welcher Aktion, z.B. Infostände oder
287 Hausverteilungen, würden sie mitmachen? Je mehr wir voneinander wissen, umso besser
288 können wir als Partei den Mitgliedern nach ihren Stärken und Interessen ein Angebot machen.
289 Deshalb werden wir eine Mitgliederumfrage durchführen und genau die Stärken und
290 Interessen der Mitglieder abfragen. Denn was ist motivierender, als gebraucht zu werden und
291 mit seinen Stärken die Partei zu unterstützen?

292 **Klare Botschaft - Neue Arbeitsformen - Aktive Ansprache**

293 In den vergangenen zwei Jahren haben wir mit der Nachbarschaftskampagne neue Akzente in
294 unserer Politischen Arbeit gesetzt: Vom Themen- Infostand bis zum "Roten Sofa", vom Garten
295 der Ideen bis zum Politiker-Speed-Dating - wir sind bewusst auf unsere Nachbarn und
296 MitbürgerInnen zugegangen und mit ihnen ins Gespräch gekommen. Wir haben neue
297 Mitstreiter und Mitglieder gewonnen.

298 In den kommenden zwei Jahren wollen wir dies fortsetzen: mit der Unterstützung eines "**Team**
299 **Kampagne**" wollen wir noch mehr neue Formen der Zusammenarbeit innerhalb und außerhalb
300 der Partei erarbeiten und ausprobieren, u.a. mit dem Innovationsprojekt
301 „Nachbarschaftssprechstunde“. Dabei wollen wir Schwerpunkt-Themen bewusst mit
302 Zielgruppen verbinden: *Thema, Projektarbeit, Zielgruppe und Aktionsform gehören zusammen.*

303 **Ehrenamtliche leisten Großes – Wir wollen sie auch weiterhin einbinden und unterstützen**

304 Als SPD in der Region Hannover sind wir dabei auf einem guten Weg. Mit unserer
305 Veranstaltungsreihe „Neue Nachbarn“ haben wir es geschafft, mit einer wichtigen Zielgruppe
306 aktiv ins Gespräch zu kommen. Zu unserem Kongress „Hand in Hand!“ sind mehr als 100 Aktive
307 in der Integrationsarbeit gekommen, um mit uns über Herausforderungen und Lösungen zur
308 Integration von Geflüchteten in der Region Hannover zu diskutieren. Die Ehrenamtlichen in der
309 Flüchtlingshilfe leisten großartige Arbeit und wir wollen sie dabei unterstützen. Durch die
310 Möglichkeit mit allen politischen Ebenen in Kontakt zu kommen, haben wir eine Plattform
311 geschaffen, um Probleme anzusprechen und unbürokratische Lösungsmöglichkeiten

312 aufzuzeigen. Wir nehmen die Menschen ernst, hören ihnen zu und wollen tatsächlich
313 zusammen mit ihnen Lösungen finden. Es muss auch in den kommenden Jahren das Ziel sein,
314 zu zeigen, dass die SPD der Ansprechpartner bei Fragen und Problemen ist und diese auch lösen
315 kann.

316 Das begonnene Format „Neue Nachbarn unterwegs!“ wollen wir fortsetzen. Dabei besuchen
317 wir aktive Initiativen vor Ort, um ihre Arbeit kennenzulernen und Impulse für unsere Politik
318 mitzunehmen.

319 **Mit klaren Forderungen Jugendliche begeistern! Die Jugend-NetzCard**

320 Als SPD in der Region Hannover übernehmen wir Verantwortung in allen Bereichen unserer
321 Gesellschaft und kennen deshalb auch den Alltag der Familien und Jugendlichen. Da sich die
322 SPD für diese einsetzt, haben wir die Forderung der Jugend-NetzCard im öffentlichen
323 Personennahverkehr durchgebracht. Das massiv rabattierte Angebot ermöglicht Familien ab
324 dem 1. Januar 2018 eine starke finanzielle Entlastung und eröffnet Jugendlichen neue Wege,
325 um die Region Hannover zu erkunden. Es muss selbstverständlich werden, dass
326 gesellschaftliche Teilhabe nichts mit dem Geldbeutel der Eltern zu tun haben darf! Um diesen
327 Zugewinn für eine Vielzahl unserer MitbürgerInnen transparent zu machen, brauchen wir
328 moderne Aktionsformen. Diese sollen ansprechend, parteiextern wirksam sein und vermitteln,
329 dass die SPD den Alltag der Familien und Jugendlichen in der Region Hannover durch politische
330 Arbeit verbessert. Im Rahmen des „Team Kampagne“ werden diese Ideen ausgearbeitet und
331 umgesetzt. Stets steht hierbei auch im Fokus, die Ortsvereine inhaltlich auf dem aktuellen
332 Stand zu halten und ihnen neben kreativem Material auch Argumentationen und
333 Beschlusslagen rund um das Thema der Jugend-NetzCard zu bieten.

334 **Den Dialog mit den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern wieder stärken!**

335 In allen Ländern, in denen populistische Kräfte aktuell Auftrieb erfahren, haben zuvor
336 jahrzehntelange neoliberale Politiken der Entfesselung der Marktkräfte und der Umverteilung
337 von unten nach oben wachsende soziale Spaltungen und Schief lagen befördert und so den
338 Boden für antidemokratische Stimmungen bereitet. Inzwischen haben erhebliche Teile der
339 Mitte der Gesellschaft und prekarierte soziale Gruppen Abstiegsängste und das Gefühl, die
340 Kontrolle über ihr Leben verloren zu haben. Sie sehen sich um ihre Zukunft betrogen und
341 fühlen sich vom offiziellen Politikbetrieb und ihren traditionellen politischen Vertretungen
342 allein gelassen. Deshalb sind sie für populistische Parolen empfänglich.

343 Unsere Partei muss auf diese Menschen zugehen, mit ihnen reden, ihre Bedürfnisse und
344 Wünsche zur Kenntnis nehmen und ihre Interessen vertreten. Wir dürfen dabei aber nicht
345 „nur“ Stellvertreterpolitik betreiben, sondern müssen versuchen, sie an unserer Arbeit
346 teilhaben zu lassen bzw. sie daran zu beteiligen. Wünschenswert wäre es auch, das mit
347 Elementen politischer Bildung zu verbinden und dabei mit entsprechenden Bildungsträgern
348 zusammenzuarbeiten.

349 Zielgruppe ist an erster Stelle die Industriearbeiterschaft, deren traditionelle Bindung an die
350 Sozialdemokratie deutlich abgenommen hat. Wir müssen Veranstaltungsformate und

351 Aktionsansätze entwickeln, diese Bindung wieder zu verbessern. Dabei muss auch überlegt
352 werden, ob die Ansprache im Stadtteil oder betriebsbezogen erreicht werden soll und kann.

353 Von entscheidender Bedeutung beim Konzipieren, Planen und Verwirklichen eines solchen
354 Ansatzes ist neben der Beteiligung der AfA, dass wir unsere in den Gewerkschaften haupt- und
355 ehrenamtlich Verantwortung tragenden Genossinnen und Genossen schon von Beginn an
356 einbeziehen. Wir werden deshalb bereits einen Auftaktworkshop gemeinsam entwickeln und
357 organisieren.

358 Um die sich aus dieser Orientierung hoffentlich intensivierende Zusammenarbeit zu
359 verstetigen, sollte auch über die Gründung eines Gewerkschaftsrates auf UB-Ebene beraten
360 werden.

361 **Mit guter Öffentlichkeitsarbeit die SPD stärken!**

362 Wir leben in unruhigen Zeiten: Bedingt durch raschen Wandel in vielen Lebensbereichen und in
363 der täglichen Wahrnehmung von Krisen und Terror, die Angst auslösen und viele Menschen zur
364 Flucht zwingen, bekommen die Menschen das Gefühl von Unsicherheit und Überforderung.
365 Alte Gewissheiten schwinden.

366 National orientierte und populistisch auftretende Kräfte innerhalb und außerhalb der Politik
367 bieten scheinbar einfache Lösungen für die komplexen Herausforderungen. Sie erreichen zu
368 viele Leute, ohne von ihnen hinterfragt zu werden.

369 Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten haben eine klare Haltung: Wir wissen, dass
370 unsere Gesellschaft nur mit mehr Zusammenhalt statt mehr Ausgrenzung und nur mit mehr
371 sozialer Gerechtigkeit statt Neiddebatten eine gute und friedliche Zukunft für die Menschen
372 bieten kann. Dafür machen wir tagtäglich gute Politik. Aber das allein reicht nicht: Mit guter
373 Öffentlichkeitsarbeit müssen wir die Menschen erreichen und sie davon überzeugen, dass die
374 SPD die richtigen Antworten hat.

375 Um unsere Nachbarn und Freunde, unsere Familien und Kolleginnen und Kollegen zu
376 gewinnen, müssen wir auf sie zugehen und mit Ihnen reden, ihnen unsere
377 sozialdemokratischen Lösungen aufzeigen und sie einladen, mit uns dafür zu streiten.

378 Gute Öffentlichkeitsarbeit leisten, unsere Inhalte und Botschaften zum richtigen Zeitpunkt auf
379 den richtigen Kanälen an die richtige Zielgruppe zu bringen. Dabei gilt es sowohl, die Partei zu
380 erreichen und zu mobilisieren als auch die Öffentlichkeit zu informieren und in den Dialog zu
381 treten. Als gleichberechtigte Kanäle begreifen wir die klassische Presse (Print, Radio, Lokal-TV)
382 als auch Internet und die sozialen Medien.

383 **Alle zusammen für ein Ziel: Öffentlichkeitsarbeit bündeln und optimieren**

384 Die SPD ist in allen 21 Städten und Gemeinden der Region Hannover gut vertreten. Hier
385 werden Initiativen entwickelt und erfolgreich in politisches Handeln umgesetzt. Auch eine
386 große Anzahl von prominenten Gesichtern ist Teil der Sozialdemokratie in Hannover und der
387 Region: Wir stellen den Ministerpräsidenten, den Regionspräsidenten und den
388 Oberbürgermeister der Landeshauptstadt, wir sind durch 4 Bundestagsabgeordnete und 8
389 Landtagsabgeordnete vertreten. Einer von zwei niedersächsischen Europaabgeordneten, Bernd

390 Lange, kommt aus unserer Region. Wir stellen die Vorsitzenden vieler Mehrheitsfraktionen,
391 haben sozialdemokratische Hauptverwaltungsbeamte, Staatssekretärinnen und
392 Staatssekretäre, die Bundestagsvizepräsidentin und viele weitere erfolgreiche
393 Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten in allen Ebenen der Gesellschaft. Alle machen
394 gute Öffentlichkeitsarbeit und sind in den Medien präsent

395 Dennoch stehen alle vor der Herausforderung: Wie können wir dieses Handeln noch besser
396 vermitteln? Die Aufgabe: Wir müssen die Vielzahl der sozialdemokratischen Stimmen noch
397 stärker zu einem starken Chor werden zu lassen. Mit einem „Handlungskonzept
398 Öffentlichkeitsarbeit“ wollen wir in den nächsten zwei Jahren unsere Medienarbeit weiter
399 ausbauen und professionalisieren.

400 Dabei sind drei Ansätze vielversprechend:

401 **Die Unterstützung der Arbeit vor Ort**

402 Ein Angebot von Kurzseminaren für Ortsvereine, Abteilungen und Arbeitsgemeinschaften zu
403 praxisnahen Themen: Wie schreibe ich eine Presseinformation oder einen Artikel (Stichwort:
404 Schreibwerkstatt)? Was muss ich bei der Veröffentlichung von Fotos beachten? Wie gestalte
405 ich einen attraktiven Internet-Auftritt? Was macht unser Facebook-Profil noch
406 beachtenswerter? Wie mache ich eine SPD-Zeitung? Wie gehe ich mit Fakenews oder Pöbeleien
407 um?

408 **Erfahrungsaustausch**

409 Die einzelnen Gliederungen der Partei haben eine Vielfalt von Ideen und Kampagnen
410 entwickelt. Jeder und jede hat eigene Erfahrungen gemacht. Doch diese Erfahrungen bleiben
411 am Ort. Sinnvoll wäre ein regelmäßiger Workshop auf Unterbezirksebene zum Austausch von
412 Best Practice-Ideen, beispielsweise mit Erfahrungen aus der Nachbarschaftskampagne oder
413 gelungenen Kampagnen auf Facebook oder im Internet. Denn voneinander lernen heißt
414 miteinander gewinnen!

415 **Bündelung und Stärkung vorhandener Ressourcen**

416 Über die gesamte Region Hannover betrachtet verfügt die SPD über ein beeindruckendes
417 Potential von Aktivitäten und damit auch Darstellungsmöglichkeiten. Doch das konzentriert
418 sich überwiegend auf die Möglichkeiten vor Ort. Dieses Engagement soll im gemeinsamen
419 Internet-Auftritt des Unterbezirks wie auch auf Facebook zusätzlich gebündelt werden.
420 Gelungen aufbereitete Nachrichten aus den Ortsvereinen sowie über das politische
421 Engagement der vielen politischen Mandatsträger in Region, Land, Bund und Europa können
422 die Online-Angebote des Unterbezirks noch vielseitiger und attraktiver gestalten und die SPD
423 in der Region nach außen noch besser repräsentieren.

424 Um das alles zu ermöglichen, müssen aber auch Grundvoraussetzungen erfüllt werden: Wir
425 wollen auf hauptamtlicher Ebene wirksame Instrumente entwickeln, die in der ganzen Partei
426 ohne großen Zeitaufwand, schnell und erfolgreich genutzt werden können. Das erfordert
427 zunächst konzeptionelle Arbeit. Um dies zum Erfolg zu bringen, sind zudem zusätzliche
428 Qualifikation der Ehrenamtlichen und eine personelle Verstärkung im Unterbezirksbüro für

429 Öffentlichkeitsarbeit unerlässlich. Unser Ziel ist, dass jede Gliederung eine/n
430 Ansprechpartner/in für Öffentlichkeitsarbeit hat, der/die in diesen Prozess einbezogen werden
431 kann.

432 Denn wie in der Politik gilt auch in der Öffentlichkeitsarbeit: „Es gibt nichts Gutes, außer man
433 tut es.“

434 **Demokratie verteidigen! Auseinandersetzung mit Rechtspopulismus**

435 Wichtiges Ziel ist für uns, das Erstarken der rechtspopulistischen Kräfte wirksam
436 zurückzudrehen. AfD & Co sollen in unseren Parlamenten keine Rolle spielen!

437 Unter Populismus kann man eine Kommunikations- und Argumentationsstrategie verstehen,
438 die zielgruppenbezogen und medienwirksam einfache Erklärungen für komplexe
439 wirtschaftliche oder politische Zusammenhänge verbreitet. Von Rechtspopulismus kann man
440 sprechen, wenn dazu Argumentationsbausteine politisch rechten Gedankenguts verwendet
441 werden, insbesondere nationalistische, fremdenfeindliche, sich auf das Volk berufende,
442 rassistische, Angst vor Fremdem schürende, Vielfalt denunzierende, schuldzuweisende oder
443 das sogenannte Establishment bekämpfende und verunglimpfende Inhalte.

444 Die Medienwirksamkeit ist deshalb so wichtig, da völlig unabhängig von der inhaltlichen
445 Richtigkeit die Häufigkeit der Verwendung von Begriffen ihre Selbstverständlichkeit und
446 Akzeptabilität in der öffentlichen Kommunikation bewirkt. Wenn man nur lange und oft genug
447 Begriffe wie Volksfeinde, Überfremdung, Sozialschmarotzer u.ä. in die Presse bekommt,
448 werden diese Begriffe Allgemeingut.

449 Rechtspopulistisches Gedankengut ist in Deutschland schon lange vorhanden. Die AfD bietet
450 ihm nun ein auch für Teile der bürgerlichen Mitte akzeptables Sprachrohr.

451 Demgegenüber war die Sozialdemokratie für viele Menschen, die sich von der Gesellschaft
452 abgehängt und nicht mehr gehört fühlen, lange keine Alternative mehr. Wenn man die
453 Wählerwanderungen zur AfD hin anschaut, wird deutlich, dass der größte Teil aus der Gruppe
454 der Nichtwähler kommt, aber auch ein nicht geringer Teil aus der SPD. Die Sozialdemokratie
455 hat ihre Fähigkeit zur politischen Gegnerschaft gegen den Neoliberalismus und seine
456 Konsequenzen auf nationaler wie europäischer Ebene teilweise verloren. Wir müssen wieder
457 deutlich machen, dass sie für eine demokratische Beteiligung möglichst vieler Menschen steht,
458 dass sie ein alternatives Politik- und Wirtschaftsprogramm hat, das Freiheit und Gleichheit
459 wieder in die Balance bringt, die im neoliberalen Wirtschaftssystem, in dem Politik kaum noch
460 regulierenden Einfluss hat, spürbar verloren gegangen ist.

461 Der Slogan „Die SPD ist die Politik der sozialen Gerechtigkeit“ muss einfach für die Menschen
462 wieder erlebbar werden, die Korrekturen für die Verlierer dieser Politik wie Mindestlohn u.ä.
463 erreichen das nicht, weil sie das grundsätzliche Problem nicht angehen.

464 Das Ziel muss sein, die enttäuschten und orientierungslosen Menschen für die SPD
465 zurückzugewinnen.

466 Um dieses Ziel zu erreichen, kommt es auf die politischen Ziele und das entsprechende
467 politische Agieren der SPD an: Was wollen wir? Wofür stehen wir? Mit diesem Papier bieten
468 wir dafür eine Reihe wichtiger Antworten und Ansatzpunkte!

469 Zudem ist die Kommunikation über rechtspopulistische Gruppierungen und mit ihnen
470 entscheidend. Das heißt z.B.:

- 471 • Keine pauschale Ausgrenzung oder pauschale Polemik; wir dürfen die Wortführer nicht
472 als politikunfähig ausgrenzen oder der Lächerlichkeit preisgeben.
- 473 • Sich nicht einlassen auf das Argumentations-, Agitations- oder Aggressionsniveau der
474 Rechtspopulisten.
- 475 • Ruhige und kontinuierliche Entzauberung von Worten, Aktionen und Personen der
476 rechtspopulistischen Szene; akribische Auseinandersetzung mit den Forderungen,
477 Versprechungen und Strategien der Rechtspopulisten; Widerlegung der
478 Selbststilisierung als uneigennützig für die Anliegen des "Volks".
- 479 • Sachliche Aufklärung leisten, insbesondere zu den von den Rechtspopulisten in den
480 Vordergrund gestellten Themen (Migration; Islam; Europa; Presse und Justiz etc.).
- 481 • Entschlossenes Eintreten für die Meinungsbildungs- und Entscheidungswege der
482 repräsentativen Demokratie.
- 483 • Verständliche Sprache.
- 484 • Ausdauer, Frustrationstoleranz in der Auseinandersetzung.
- 485 • Unter Verweis auf die oben angedeutete Politik dem Zentralvorwurf entgegentreten,
486 die Politiker seien korrupt und verfolgten nur ihre Individualinteressen.
- 487 • Eine Gegenöffentlichkeit zur rechtspopulistischen Ideologie in den sozialen Netzwerken
488 etablieren.

489 Die Kommunikation mit den Rechtspopulisten sollte gestützt und flankiert werden durch

- 490 • Zivilcourage in der Auseinandersetzung;
- 491 • praktische Solidarität mit den Gruppen, die von den Rechtspopulisten als feindliche
492 Bedrohung ausgegrenzt werden;
- 493 • entschlossenes Vorgehen gegen verbale und physische Gewalt, in diesem
494 Zusammenhang auch Stärkung der Handlungsfähigkeit der Polizei und der Justiz;
- 495 • Bündnisse eingehen, ohne Angst vor Berührung und Konkurrenz (mit Gewerkschaften,
496 Religionsgemeinschaften, anderen Parteien und sonstigen Organisationen);
- 497 • Kooperation mit der Presse und mit sozialen Netzwerken wie z.B. correctiv, die sich für
498 solide Informationspolitik einsetzen.
- 499 • Vermeidung bzw. entschlossenes Sanktionieren von Skandalen in den eigenen Reihen;
500 deutliche Positionierung auch in Fällen wie dem VW-Skandal;
- 501 • verstärkte Bildungsanstrengung auf allen Ebenen, insbesondere Aufbau kreativer und
502 kritischer Medienkompetenz.

503 Die Auseinandersetzung mit dem Rechtspopulismus ist in diesem Sinne eine Chance für die
504 Partei zu zeigen, dass die SPD die besseren Konzepte und die besseren Leute hat.

505 **Es ist Zeit für Zusammenhalt und soziale Gerechtigkeit! Es ist Zeit für die SPD!**

506 Die SPD ist eine Mitgliederpartei! Unsere Stärke entwickeln wir durch breit getragene, gute
507 Politik auf allen Ebenen – vom Ortsverein bis zum Parteivorstand, vom Gemeinderat bis zu den
508 Landesregierungen und als starke Kraft in der Bundesregierung. Alle müssen gemeinsam und
509 solidarisch für unsere Werte einstehe und die Politik gestalten.

510 Wir als SPD in der Region Hannover sind vielfältig aufgestellt und gut vernetzt in
511 Nachbarschaft und Gesellschaft!

512 Wir wollen dies nutzen und wo notwendig wieder stärken – um gemeinsam mit den Menschen
513 für unsere Region eine gute Zukunft in Frieden, mit gutem Zusammenhalt und sozialer
514 Gerechtigkeit zu gestalten. Dafür engagieren wir uns gerne – und werben für neue
515 Mitstreiterinnen und Mitstreiter!

516 **Empfehlung der Antragskommission: Annahme in der vorliegenden**
517 **Fassung**

1 A 2 Mitgliederpartei SPD

2 *Antragsteller: SPD Unterbezirksvorstand Region Hannover*

3 Die SPD in der Region Hannover sieht sich mit den gleichen Entwicklungen konfrontiert, die die
4 traditionellen gesellschaftlichen Großorganisationen vor neue Herausforderungen stellen:
5 Sinkende Mitgliederzahlen, demografische Entwicklung und unzureichende Einbindung von
6 wichtigen gesellschaftlichen Gruppen prägen die Mitgliederstruktur.

7 Trotz Quote, auf Zielgruppen ausgerichteter Arbeitsgemeinschaften und immer wieder neuen
8 Kampagnen ist es nicht gelungen, diese Trends zu stoppen bzw. gar umzukehren. Das gilt für
9 die Gesamtpartei (und bis auf Ausnahmen) für Teile der regionalen und kommunalen
10 Gliederungen.

11 Die sogenannten Volksparteien verlieren an Attraktivität. Wählerinnen und Wähler zweifeln an
12 der Gestaltungsfähigkeit von Politik. Aktuell droht ein „Roll Back“ in der nationalen und
13 internationalen Politik.

14 Diese Erkenntnisse sind nicht neu. Sie werden untermauert durch Mitgliederstatistiken und
15 Wahlergebnisse.

16 *Steinmeier-Schulz-Schub nutzen!*

17 Mit unserem neuen Bundespräsidenten Frank-Walter Steinmeier und unserem
18 Kanzlerkandidaten Martin Schulz verbinden wir und viele einen (überraschenden) Aufschwung
19 der SPD.

20 Auch die Medien und wichtige Multiplikatoren sehen das so. Das ist gut und hilfreich. Wahlen
21 zu gewinnen und Regierungen zu führen sind wieder realistische Ziele!

22 Stimmungen sind jedoch noch keine Stimmen bzw. neue Mitglieder.

23 Für eine solide Absicherung einer künftig starken Position in der Parteienlandschaft muss die
24 SPD hart arbeiten.

25 Ziel ist es, durch eine solide Mitgliederbasis und die Rolle als Volkspartei über stabil gute
26 Wahlergebnisse politische Meinungsführerschaft zu legitimieren.

27 *Kampagne „SPD – sozial und bürgernah“*

28 Selten in der jüngeren Vergangenheit waren die Chancen für die SPD so günstig - die
29 Herausforderungen jedoch so komplex -

- 30 • um in der Zeit von drei aufeinanderfolgenden Wahlen (Bundestag 2017, Landtag 2018,
31 Europa 2019) die Zeit für die Vorbereitung auf die nächsten Kommunalwahlen in
32 Niedersachsen (2021) zu nutzen;

- 33
- Elemente einer auf Nachhaltigkeit und zählbaren Erfolg angelegte
- 34 Mitgliederkampagne in der Praxis erfolgreich einzusetzen;
- im SPD-Unterbezirk Region Hannover insbesondere die FunktionärInnen, MandatsträgerInnen und viele engagierte Mitglieder für eine Kampagne „SPD - sozial und
- 36 bürgernah“ einzubinden.
- 37

38 Richtig und wichtig war immer, dass die SPD in ihren über 150 Jahren politischer Arbeit und

39 gesellschaftlichen Engagements flächendeckend und auf allen Ebenen die Begriffe

40 Mitgliederpartei und Volkspartei inhaltlich überzeugend darstellen konnte. Der Anspruch

41 Mitgliederpartei zu sein, hat sich - aus welchen Gründen auch immer – in den letzten Jahren

42 vor allem gemessen an den eigenen Ansprüchen immer mehr relativiert.

43 Eine Reihe von Indikatoren belegen, dass ein ehrlicher Umgang mit den Zahlen, Daten und

44 Fakten wichtige Voraussetzung dafür ist, den „Genossen Trend“ wieder in die richtige Richtung

45 zu bewegen.

46 Wir haben keine Erkenntnisdefizite, sondern erhebliche Handlungsdefizite. Es fehlt nicht an

47 Ideen. Es fehlt nicht an Kampagnen.

48 In der Region Hannover zeigen einige Indikatoren die Defizite auf, die gleichzeitig die

49 konkreten Ansatzpunkte für die am nachhaltigen Erfolg messbare Maßnahmen ergriffen

50 werden müssen.

51 An den Anfang einer objektiven Bestandsaufnahme gehört es deshalb zu konstatieren,

- dass Koalitionsbildungen unterschiedlichster Zusammensetzung auf allen politischen
- 53 Ebenen zu Lasten der eigenen Profilbildung gehen
- dass Wählerinnen und Wähler durch Nichtwählen und Abwanderung reagieren, sich
- 55 die Stammwählerschaft der etablierten Parteien reduziert und neue Parteien entstehen
- dass erhöhte bei insgesamt zu niedriger Wahlbeteiligung nicht notwendigerweise der
- 57 SPD zu Gute kommt, sondern derzeit die Rechtspopulisten stärkt
- dass die politischen Landkarten je nach Thema (Mitgliedszahlen der Parteien,
- 59 MandatsträgerInnen, BürgermeisterInnen/ Landrätinnen,
- 60 Regierungszusammensetzungen/ Koalitionen, etc.) ein für Mitglieder und Wählerinnen
- 61 und Wähler verwirrendes Bild ergeben
- dass Bürgerbeteiligung, Lobbyismus und eine sich verändernde Medienlandschaft die
- 62 Parteien, ihre Abgeordneten und MandatsträgerInnen in unserer repräsentativen
- 63 Demokratie ein neues Rollenverständnis abverlangen
- 64

65 Sich rapide verändernde (gesellschafts-) politische Rahmenbedingungen, Parteienwettbewerb,

66 Medienlandschaft oder auch die Entsolidarisierung/ Individualisierung usw. haben Trends

67 verstärkt, ohne dass zahlreiche Initiativen zur notwendigen Mitgliedergewinnung nachhaltig

68 gesteuert werden konnten. Das gilt auch für die SPD in der Region Hannover.

69 Spätestens seit dem Zeitpunkt der deutschen Wiedervereinigung und einem
70 zwischenzeitlichen Anwachsen der Mitgliedschaft nicht nur bei der SPD beobachtet Parteien,
71 Kirchen, Gewerkschaften usw. die Mitgliedentwicklung/Mitgliederstruktur mit Sorge.

72 1. Dazu zählen u. a.:

- 73 • die anhaltend sinkenden Mitgliederzahlen,
- 74 • die Überalterung der Partei,
- 75 • die mangelnde Teilhabe/Mitgliedschaft wichtiger gesellschaftlich relevanter Gruppen.

76 2. Dazu zählen weiter als mittelbare Folgen u.a.:

- 77 • in Teilregionen Mangel an sozialdemokratischen Kandidatinnen/Kandidaten
- 78 insbesondere auf der kommunalen Ebene,
- 79 • sinkende Zahlen bei MandatsträgerInnen und kommunalen Spitzenpersonals
- 80 (Fraktionsstärken, BürgermeisterInnen)
- 81 • reduzierte Wahrnehmung der SPD als die Partei der „Kümmerer“

82 3. Die SPD in der Region Hannover steht gleichermaßen vor der Herausforderung:

- 83 • im großstädtischen, verstädterten und ländlichem Umfeld erfolgreich die
- 84 Mitgliedschaft zu pflegen und die Wechselbeziehungen zwischen einer attraktiven
- 85 Mitgliederpartei und „im Volk verankerten Partei“ neue Mitglieder zu werben
- 86 • zwar eine offene, themen- und bündnisorientierte Arbeit zu praktizieren, aber den
- 87 Anspruch, über die vier „P“s (Partei, Programme, Personen und Pressearbeit) die Rolle
- 88 der SPD als Partei und ihre Mitglieder glaubwürdig zu vertreten
- 89 • die in vielfältigen Beschlüssen immer wieder betonte Bedeutung von Leitmotiven -wie
- 90 Basisorientiertheit, Kampagnenfähigkeit, Bürgernähe - nicht nur in der Theorie,
- 91 sondern auch in der Praxis umzusetzen
- 92 • die neuen E-Medien und soziale Netze zwar als unverzichtbare Instrumente in einer
- 93 Informations- und Kommunikationsgesellschaft zu verstehen und einzusetzen,
- 94 • aber nicht an die Stelle der Erkenntnis treten zu lassen: „Bei uns stehen die Menschen
- 95 im Mittelpunkt unseres politischen Handelns! Wir pflegen das solidarische Miteinander
- 96 und kümmern uns!“

97 Wenn in den Medien regelmäßig vor und nach Wahlen Demoskopen, Wissenschaftler,
98 Journalisten oder bisweilen Parteivertreter selbst mit immer neuen Erkenntnissen den Zustand
99 der Parteien – insbesondere der SPD – und ihrer Wählerschaft kommentieren, sollten wir in der
100 überschaubaren Region Hannover die zentralen Fragen nicht nur ansprechen, sondern auch
101 beantworten.

102 Aus Überzeugung: Gemeinsam für die SPD als „Mitgliederpartei“ und „Volkspartei“ -

- 103 • Wir im Unterbezirk werden gemeinsam mit den Ortsvereinen (incl. Abteilungen) eine
- 104 realistische (Stärken-/Schwächen-) Analyse zur Mitgliedschaft, Mitgliederstruktur,

- 105 deren Kampagnenfähigkeit, zu MandatsträgerInnen, Koalitionen und künftigen
106 KandidatInnen, Best-Practice-Beispielen und Vorschläge an die Organisation erarbeiten.
- 107 • Wir im Unterbezirk werden helfen, die Abstimmung und Gewichtung von
108 Schwerpunkten der Partei- und Gremienarbeit sowie eine überzeugende PR-
109 /Öffentlichkeitsarbeit zu entwickeln und auf Entlastung („Zu wenige machen zu viel!)
110 der Ehrenamtlichen auf allen Ebenen hinarbeiten.
 - 111 • Wir im Unterbezirk werden darauf hinwirken, dass durch weniger Verwaltungs- und
112 Organisationsaufwand mehr Raum für politische Aktivitäten („Pflicht / Kür“)
113 geschaffen wird und gleichzeitig die Partei „vor Ort“ als glaubwürdige Partnerin für
114 Politikthemen in so unterschiedlichen Politikfeldern wie Kommunalpolitik – Europa-
115 /internationaler Politik, für so komplizierter Zusammenhänge wie
116 Migration/Integration/soziale Gerechtigkeit oder Zukunftsinvestitionen in
117 Energiewende und Infrastruktur versus Steuerpolitik sein kann.
 - 118 • Wir im Unterbezirk werden uns mit zentralen Kampagnen differenzierter an der
119 Leistungsfähigkeit der OV/Abt.-Ebene orientieren, Hilfestellung durch Kooperationen
120 und mit dem Ziel organisieren, neue Mitglieder über Themen und Arbeitsformen zu
121 gewinnen. MandatsträgerInnen können hierbei tatkräftige Unterstützung leisten.
 - 122 • Wir im Unterbezirk werden für mehr verbindliche Einbeziehung der Basis in wichtige
123 Entscheidungsprozesse befördern um Interessierten das „Mitmachen bzw.
124 Mitbestimmen“ zu ermöglichen. Dazu sind die bestehenden Strukturen zu überprüfen.
 - 125 • Wir im Unterbezirk werden dafür werben, die SPD lokal und regional als interessanten
126 Ort der Begegnung, der ehrenamtlichen Zusammenarbeit und des politischen
127 Engagements wahrgenommen wird, in dem es sich lohnt Mitglied zu sein. Dazu können
128 alle Mitglieder, Mandatsträger und Funktionäre beitragen.
 - 129 • Wir im Unterbezirk werden deutlich machen, dass die Pflege Mitgliedschaft und das
130 Werben um neue Mitglieder zwei Seiten derselben Medaille sind. „Wir kümmern uns!“ -
131 Aus Tradition, denn unsere Mitglieder sind im wohlverstandenen Interesse unser
132 „Kapital“.
 - 133 • Wir im Unterbezirk werden den Ortsvereinen/Abteilungen Hilfen für konkrete Projekte
134 anbieten, um Zielgruppen zu erreichen. Alle Interessierten sind eingeladen Mitglied zu
135 werden.
136 Gezielt angesprochen werden sollen innerhalb der nächsten Wahlperiode des UBV neue
137 Mitglieder, die in der SPD noch unterrepräsentiert sind: junge Menschen, Frauen,
138 Arbeitnehmer und Menschen mit Migrationshintergrund.
 - 139 • Wir im Unterbezirk werden uns mit den Teilnehmern an der Mitgliederkampagne
140 darauf verständigen, ob und wie Incentives eingesetzt, Maßnahmen und
141 Zielvereinbarungen verabredet und nach der Referenzperiode Ergebnisse ausgewertet
142 werden.

143 **Empfehlung der Antragskommission: Annahme**

144 **A 3 Beteiligung der ddivg und Grundwerte der SPD in Einklang**
145 **bringen**

146 *Antragsteller: SPD Unterbezirksvorstand Region Hannover*

147 Der Parteitag der SPD in der Region Hannover stellt fest:

- 148 • Der Abdruck von Werbung für Rechtspopulistische Parteien, Ausgliederungen von
149 Betriebsteilen für Einsparungen bei Personalkosten und Tarifflicht sind nicht konform
150 mit den Grundwerten der SPD.
- 151 • Die Rendite der Beteiligungen der SPD darf niemals vor den politischen Zielen der SPD
152 stehen.
- 153 • Das aktuelle Wirtschaften innerhalb der Beteiligungen der SPD schädigt der
154 Glaubwürdigkeit unserer Partei und verunsichert Mitarbeitende, Kunden und
155 Bevölkerung.

156 Der Parteitag der SPD in der Region Hannover fordert den Vorstand der Bundes-SPD auf:

- 157 • Die Anlagestrategie und das Handeln der ddivg sollen in Zukunft auf die
158 sozialdemokratischen Grundwerte zurückgeführt werden. Die Vermögensanlage der
159 SPD soll wirtschaftliche, ethische, soziale und ökologische Aspekte in Einklang bringen.
- 160 • Einen Beirat für die Anlageentscheidungen des Vermögens der SPD nach dem Vorbild
161 des norwegischen Pensionsfonds einzurichten, um Anlagegrundsätze zu definieren und
162 deren Umsetzung zu begleiten. Dieser Beirat soll mit wirtschaftlicher, ethischer,
163 sozialer und ökologischer Kompetenz besetzt werden.
- 164 • Die vorhandenen Beteiligungen auf diese Grundsätze hin zu überprüfen, auf die
165 Einhaltung der Grundsätze zu dringen und bei Bedarf erforderliche Desinvestitionen
166 bzw. Portfolioumschichtungen vorzunehmen.
- 167 • Bei der wertebundenen Führung der Beteiligungen der SPD innerhalb der Partei für
168 mehr Transparenz zu sorgen.

169 Begründung:

170 Aus den Arbeiterroschen der Sozialdemokratie ist die „Deutsche Druck- und Verlags-
171 gesellschaft“ (ddivg) geworden. Hier bündelt die SPD ihre Unternehmensbeteiligungen. Das
172 Beteiligungsportfolio der ddivg beinhaltet Verlage, Tageszeitungen, Zeitschriften, Hörfunk,
173 neue Medien, Druckereien, Tourismus und Handel.

174 Die eigene Unternehmensphilosophie beschreibt die ddivg folgendermaßen: „Die ddivg ist der
175 Tradition der sozialdemokratischen Unternehmungen verpflichtet. Ihre Entscheidungen
176 orientieren sich streng nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten, ohne dabei die sozialen
177 Verpflichtungen unternehmerischen Handelns zu ignorieren.“

178 Die Erträge dieser Beteiligungen sichern der SPD eine gewisse Unabhängigkeit von Spenden
179 von Unternehmen und ermöglichen eine Finanzierung der politischen Arbeit. Das Vermögen
180 der Partei ist über Jahrzehnte aufgebaut worden und hat besonders nach den Erfahrungen im
181 Faschismus und der vollständigen Beschlagnahmung der Werte durch die Nationalsozialisten
182 emotionale Bedeutung. Im Gegensatz zu anderem Besitz der Arbeiterbewegung (coop, Neue
183 Heimat) konnte die SPD bislang ihr Vermögen bewahren. Dieses Vermögen gilt es zum Wohle
184 der Partei auch für zukünftige Generationen zu erhalten.

185 Die Grundwerte der SPD seit Gründung im Jahr 1863 Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität
186 gelten unverändert. Sie haben eine Geltung nach Innen und Außen. Somit gelten sie auch für
187 die Führung von Beteiligungen.

188 Die Beteiligungen der SPD werden auch in der öffentlichen Wahrung eng mit der Partei
189 verbunden. Verantwortungsvolle Unternehmensführung ist deshalb auch eine Frage der
190 politischen Glaubwürdigkeit und unterliegt einer besonderen öffentlichen Wahrnehmung.

191 Eine Orientierung für die Ausrichtung kann dabei die „DIN ISO 26000 - Leitfaden der
192 gesellschaftlichen Verantwortung von Organisationen“ geben. Bei den Empfehlungen benennt
193 der Leitfaden sieben Kernthemen: Unternehmensführung, Umwelt, Menschenrechte,
194 Arbeitspraktiken, Faire Betriebs- und Geschäftspraktiken, Konsumentenangelegenheiten sowie
195 Einbindung und Entwicklung der Gemeinschaft.

196 Verantwortungsvolles unternehmerisches Handeln mit Stichworten wie Compliance-
197 Regelungen, Corporate Social Responsibility oder Corporate Governance muss für die SPD in
198 der Führung ihrer Beteiligungen ein bedeutendes Thema sein. Hier kann sich die Partei an
199 befreundeten Organisationen, wie zum Beispiel der AWO orientieren.

200 **Empfehlung der Antragskommission: Annahme und Weiterleitung an**
201 **Bundesparteitag**

1 **A 4 Gremienzeiten**

2 *Antragssteller: SPD Jusos Region Hannover*

3 Wir fordern, dass Gremien in der Kommunalpolitik, wie etwa Regions-, Stadt- oder Bezirksräte
4 aber auch Ausschüsse und Arbeitsgemeinschaften sowie innerparteilichen Gremien zu einer
5 Zeit beginnen, bei der Arbeitnehmer*innen mit einem normalen Achtstundentag teilnehmen
6 können, auch wenn sie von ihren Arbeitgebern nicht freigestellt werden. Die Sitzungszeiten
7 sollen dafür grundsätzlich arbeitnehmer*innenfreundlich gestaltet werden und sich in erster
8 Linie an den Mitgliedern des jeweiligen Gremiums orientieren.

9 Begründung:

10 Erfolgt mündlich.

11 **Empfehlung der Antragskommission: Annahme**

1 **A 5 Kommunalwahlprogramm für die Region Hannover**
2 **frühzeitig vorlegen!**

3 *Antragssteller: SPD OV Vahrenwald-List*

4 Entwurf des Kommunalwahlprogramms für die Region Hannover frühzeitig zur Diskussion
5 vorlegen!

6 Der Unterbezirksparteitag möge beschließen:

7 Der Unterbezirksvorstand legt zukünftig den Entwurf für das Kommunalwahlprogramm für die
8 Region Hannover spätestens drei Monate vor der beschlussfassenden Wahlgebietskonferenz
9 vor.

10 Begründung:

11 Eine frühzeitigere Vorlage des Entwurfs des Kommunalwahlprogramms ermöglicht eine
12 ausführlichere Diskussion in den Ortsvereinen und Arbeitsgemeinschaften über Inhalte,
13 Schwerpunkte und Ziele der SPD für die Region Hannover.

14 **Empfehlung der Antragskommission: Überweisung als Material an den**
15 **Unterbezirksbeirat mit der Bitte, ein sachgerechtes Konzept zu erarbeiten.**

16 **A 6 Ortsvereine stärken – Basisdemokratie jetzt!**

17 *Antragssteller: SPD Jusos und OV Laatzen*

18 Der SPD-Unterbezirk möge beschließen:

19 Wir fordern den Aufbau eines Online-Antragssystems, das es den SPD-Ortsvereinen ermöglicht,
20 öffentlichkeitswirksam Einfluss auf politischen Entscheidungen der SPD auf höhere Ebenen zu
21 nehmen.

22 Dazu soll eine öffentlich einsehbare Internetseite entworfen werden, auf der die Ortsvereine
23 nach eigenem Ermessen beschlossene Anträge veröffentlichen können. Diese Anträge können
24 anschließend von anderen Ortsvereinen ebenfalls beschlossen werden, sodass ein
25 demokratisches Meinungsbild der SPD-Basis in ganz Deutschland entsteht.

26 Auf diese Art und Weise nehmen die Ortsvereine aktiv, dauerhaft und basisdemokratisch an
27 der politischen Willensbildung der Partei teil und haben die reelle Möglichkeit, die politischen
28 Entscheidungen der Partei auf höheren Ebenen öffentlichkeitswirksam zu beeinflussen.

29 Begründung:

30 Das Online-Antragssystem verbessert die Transparenz über politische Entscheidungen!
31 Politische Diskussionen würden dezentral und parteiöffentlich auf der Ortsvereinsebene
32 geführt werden. Die Art und Weise, wie die politische Entscheidung im Ortsverein zustande
33 gekommen ist, wäre so für jedes Mitglied erheblich transparenter. Zudem gäbe es durch das
34 Online-Antragssystem für jeden Ortsverein, für jedes Mitglied eine zentrale und einfache
35 Möglichkeit, auf die Anträge der anderen Ortsvereine zuzugreifen und Synergieeffekte zu
36 erzeugen.

37 Das Online-Antragssystem schafft Legitimität für politische Entscheidungen! Bei strittigen
38 Themen wie zum Beispiel aktuell der Krisenpolitik um Griechenland, den
39 Freihandelsabkommen TTIP, CETA oder TISA oder der Vorratsdatenspeicherung gäbe es mit
40 dem Online-Antragssystem ein demokratisches Meinungsbild der SPD-Basis in ganz
41 Deutschland. Die SPD-Parteispitze würde ihre Politik an der Mehrheit ihrer Mitglieder
42 ausrichten und könnte mit der Rückendeckung der SPD-Basis politisch legitimiert und gestärkt
43 politische Verhandlungen führen!

44 Das Online-Antragssystem macht die SPD attraktiv für neue Mitglieder! Die SPD hat seit 1998
45 knapp 40 Prozent ihrer Mitglieder verloren. Waren noch 1998 über 775 000 Menschen in der
46 SPD, waren es Anfang 2015 nur noch knapp 460 000 Mitglieder. Auch die Altersstruktur der
47 SPD ist alarmierend: 80 Prozent der Mitglieder sind über 45 Jahre alt, 40 Prozent der Mitglieder
48 der SPD sind über 65 Jahre alt. Um ehemalige Mitglieder zurückzugewinnen und neue junge
49 Menschen für die SPD zu begeistern, muss die SPD neue Wege der politischen Mitbestimmung
50 gehen. Die SPD muss ihren Mitgliedern die reelle Chance eröffnen, politische Entscheidungen
51 auch auf höheren Ebenen beeinflussen zu können!

52 Das Online-Antragssystem ist ein Gewinn für die Demokratie in Deutschland! Die Ortsvereine
53 der SPD würden zu gelebten Orten der Demokratie werden. Orte, an denen inhaltlich über
54 Politik, über die Art und Weise, wie wir in unserer Gesellschaft zusammenleben wollen,
55 diskutiert wird. Menschen hätten wieder das Gefühl, am politischen Entscheidungsprozess
56 teilzunehmen und etwas durch das eigene Engagement positiv verändern zu können!

57 Transparenz. Legitimität. Neue Mitglieder. Gelebte Demokratie!
58 Ortsvereine stärken - Basisdemokratie jetzt!

59 **Empfehlung der Antragskommission: Annahme in der vorliegenden**
60 **Fassung und Weiterleitung an den Bundesparteitag**

1 **B 1 Gigaliner sind keine Lösung – Güterverkehr auf die Bahn**

2 *Antragssteller: SPD OV Stadt Springe*

3 Während es in vielen Bereichen gelungen ist, den CO₂- und Schadstoffausstoß zu senken,
4 wurde dies im Verkehrssektor nicht geschafft. Die Gründe dafür liegen in der Zunahme der
5 Transporte, den steigenden Entfernungen für die einzelnen Produkte und Just-in-time-
6 Ansprüchen bei der Zulieferung in die Werke.

7 Die Deutsche Bahn hat sich aus der Fläche weitgehend zurückgezogen, so dass es für die
8 Feinverteilung in und aus der Fläche keine Alternative zum Lkw mehr gibt. Trotz des
9 bestehenden Förderprogramms für Gleisanschlüsse ist auch bei Großkunden keine Änderung
10 in Sicht.

11 Während bei der Bahn die Kosten des Netzes auf den Cent genau abgerechnet werden, ist dies
12 bei der Straße nicht der Fall. So wird bei Investitionen und Unterhaltungsmaßnahmen des
13 Bundes in das Schienennetz stets von Subventionen gesprochen, während das bei Straßen und
14 Autobahnen nicht der Fall ist. Die volkswirtschaftlichen Belastungen des Straßenverkehrs
15 durch Unfälle, Feuerwehreinsätze und Staus werden als selbstverständlich hingenommen.
16 Trotz der angekündigten Verringerung der Inanspruchnahme von Flächen für Siedlung und
17 Verkehr in Deutschland werden ständig neue Straßen und Straßenausbauten geplant. Zugleich
18 besteht ein erheblicher Widerstand in der Bevölkerung gegen Bahnvorhaben, auch wegen einer
19 völlig überschätzten Lärmbelastung.

20 Vor allem auf der Ost-West-Achse A2 haben die LKW-Belastungen inzwischen einen Stand
21 erreicht, der weiteren Zuwachs nicht zulässt. Eine Bahnverladung von Sattelaufliegern
22 zwischen der polnischen Grenze und dem Ruhrgebiet, den Nordseehäfen und Frankreich
23 besteht nicht oder hat nur belanglose Bedeutung, obwohl die elektrifizierte Eisenbahn das
24 Verkehrsmittel der Zukunft für große Gütermengen darstellt.

25 Als Lösung wird nun der Gigaliner propagiert, weil noch größere Gütermengen mit einer Person
26 und einem LKW transportiert werden können. Der Gigaliner löst die Schadstoffproblematik
27 nicht.

28 Die SPD muss sich für die Bahnverladung im Fernverkehr, die Schadstoffreduzierung und die
29 strikte Einhaltung der Regelungen im Straßengüterverkehr zugunsten der Arbeitnehmerinnen
30 und Arbeitnehmer einsetzen.

31 **Empfehlung der Antragskommission: Annahme als Resolution**

1 B 2 Kein Alkohol ist auch keine Lösung! Resolution gegen 2 Alkoholkonsumverbote im ÖPNV

3 *Antragssteller: SPD Jusos Region Hannover*

4 Seit Beginn dieses Neuen Jahres 2017 herrscht in den Bussen, Bahnen und in den Stationen der
5 üstra in Hannover ein Alkoholkonsumverbot. Als Jusos haben wir uns stets gegen solche
6 Verbote positioniert und – zumindest in Hannover – auch mit unserer Mutterpartei darüber
7 gestritten und sie in vielen Punkten auch überzeugen können. Wir bedauern außerordentlich,
8 dass aufgrund einer Meinungsumfrage unter den Fahrgästen nun ein Alkoholkonsumverbot in
9 den Verkehrsmitteln der üstra gilt. Der Zeitpunkt, an dem sich die SPD in der Region Hannover
10 zu diesem Schritt entschlossen hat, so kurz vor der Kommunalwahl, war zudem katastrophal.
11 Wie viele Erst- und Jungwähler*innen wir durch diese Entscheidung verloren haben, wissen wir
12 nicht, aber gewonnen haben wir dadurch mit Sicherheit keine*n Einzige*n.

13 Wir Jusos bleiben dabei: Wir wollen keine Verschiebedebatten führen, die sich weder mit den
14 eigentlichen Problemen befassen, noch Lösungen für diese Probleme bereithalten. Natürlich
15 verschließen wir nicht die Augen davor, dass alkoholisierte Personen im öffentlichen Raum und
16 im öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) durchaus für Probleme sorgen können.
17 Vandalismus, Lärm sowie Handgreiflichkeiten kommen in Verbindung mit Alkohol vor. Solche
18 Verhaltensweisen verurteilen wir klar und deutlich, da öffentlicher Raum aus unserer Sicht ein
19 Wohlfühlraum für alle sein muss. Allerdings ist Alkohol nicht die einzige Ursache für solches
20 Verhalten. Auch nicht-alkoholisierte Menschen können sich so verhalten.

21 Außerdem geht es bei den diskutierten Verboten stets nur um den aktuellen Konsum von
22 Alkohol. Ein Alkoholkonsumverbot bestimmt also nicht darüber, wo sich bereits alkoholisierte
23 Personen aufhalten und ob diese auch weiterhin Bus und Bahn nutzen. Hinzu kommt, dass die
24 erwähnten Verhaltensweisen bereits jetzt nicht erlaubt sind – egal ob alkoholisiert oder nicht.
25 Durch Fehlverhalten können Menschen im öffentlichen Raum von der Polizei durch
26 Platzverweise und im ÖPNV durch den*die Fahrer*in des Busses oder der Bahn über das
27 Hausrecht der üstra verwiesen werden.

28 Wer glaubt durch ein Alkoholkonsumverbot unerwünschtes Verhalten alkoholierter Personen
29 im öffentlichen Raum oder ÖPNV zu verhindern, irrt also! Stattdessen sorgen wir mit einem
30 Verbot nur dafür, dass der Konsum von Alkohol kriminalisiert wird, ohne dabei irgendeine
31 wirkliche Verbesserung für irgendwen zu erreichen.

32 Gerade in einer Stadt wie Hannover, in der die Verweildauer im ÖPNV sehr kurz ist, sind
33 Bahnpartys kein Phänomen, das in nennenswerter Häufigkeit auftritt. Die Menschen nutzen
34 den ÖPNV, um vom Vorglühen zur Party zu kommen und nach der Party für den Heimweg. Der
35 Vorteil daran, dass während der zwischenzeitlichen kurzen Verweildauer in der Bahn, dem Bus
36 und der Haltestelle kein Alkohol konsumiert werden darf, ist für uns weder erkennbar noch
37 verständlich. Auch das Argument des höheren Maßes an Sauberkeit durch dieses Verbot

38 leuchtet nicht ein. Es wird auch weiterhin in Bussen, Bahnen und Stationen der üstra gegessen
39 und - Nicht-Alkoholisches - getrunken werden und auch sich übergebende alkoholisierte
40 Personen wird man hier weiterhin antreffen.

41 Abschließend soll klargestellt werden, dass dies kein Plädoyer dafür ist, Verbote gegen
42 alkoholisierte Menschen im ÖPNV oder allgemein im öffentlichen Raum zu erwirken.
43 Eben diese Argumente gegen ein Alkoholkonsumverbot im ÖPNV gelten auch für andere
44 öffentliche Räume. Wenn man solche oder ähnliche Verbote auf der Limmerstraße, um die
45 Lutherkirche oder auf dem Raschplatz einführen und durchsetzen möchte, dann verlagert man
46 dadurch den Alkoholkonsum nur auf andere Plätze, in Nebenstraßen und auf Spielplätze.

47 Solche Ansätze sind für uns blinder Aktionismus und „Verdrängeritis“ anstatt das zu tun, was
48 eine Stadt wie Hannover tatsächlich braucht: eine mutige und gestaltende Kommunalpolitik,
49 die das Miteinander in der Stadtgesellschaft fördert!

50 Kurzum: Es ist einfach nicht nachvollziehbar, warum sonst so oft vermeintliche Vernunft-
51 Argumente oder angebliche Sachzwänge als Begründung für unpopuläre politische
52 Entscheidungen bemüht werden. In der Frage eines Alkoholkonsumverbotes im ÖPNV aber
53 hingegen die vielen vernünftigen Argumente einfach übergangen wurden. Hier hätten wir von
54 der SPD Region Hannover und unserer Regionsfraktion mehr Haltung und mehr Loyalität
55 gegenüber unseren Beschlusslagen erwartet!

56 Das Alkoholkonsumverbot ist und bleibt Symbolpolitik. - Das Symbol sorgt für die
57 Kriminalisierung von Alkohol konsumierenden Menschen. Verbesserungen bringt das Verbot
58 dagegen nicht.

59 **Empfehlung der Antragskommission: Annahme**

1 **B 3 Mehr Bauland für mehr Wohnen**

2 *Antragssteller: SPD Jusos Region Hannover*

3 Bezahlbarer Wohnraum wird in Teilen der Region Hannover und insbesondere im Zentrum
4 Hannovers immer knapper. Dies liegt nur zum Teil an unseren neuen zu uns geflüchteten
5 NachbarInnen und ist schon länger ein Problem und liegt auch am Anstieg von
6 Studierendenzahlen und gesellschaftlichen Veränderungen. Seit langem beklagen junge
7 Menschen und StudienanfängerInnen, dass es zunehmend schwieriger würde, bezahlbaren
8 Wohnraum zu finden. Auch Menschen mit geringer Rente, LeistungsempfängerInnen,
9 GeringverdienerInnen und Menschen mit schwierigen, etwa durch Sucht geprägte Biografien
10 haben es schon länger schwer, geeigneten Wohnraum zu finden.
11 Durch weniger Leerstand und energetisch sanierten Wohnraum steigen auch die Mieten.
12 Nun ist es bereits so, dass insbesondere das Land Niedersachsen bereits ein
13 Wohnraumförderungsprogramm auf den Weg gebracht hat ebenso wie die Kommunen, die
14 bereits versuchen günstigen Wohnraum zu fördern. Zu neuem Wohnraum, der bezahlbar und
15 gut angebunden ist, bedarf es aber auch adäquaten Baulands.
16 Wir wollen damit keinesfalls die Grünflächen der Kommunen zubetonieren oder nur noch
17 Hochhäuser bauen. Es müssen andere Wege gefunden werden um den neuen
18 Herausforderungen gerecht zu werden.

19 Wir fordern daher:

- 20 • Es muss mehr attraktives Bauland ausgeschrieben werden,
- 21 • Es muss geprüft werden, wo gut angebundene leerstehende Industriefläche -
22 etwa in Gewerbegebieten - umgewidmet werden und als Bauland
23 ausgeschrieben werden kann. (Beispiele dafür wären etwa die Leerstände im
24 Gewerbegebiet zwischen Davenstedter und Badenstedter Straße oder in
25 Vahrenwald in der Stadt Hannover.),
- 26 • Es muss bei Ausschreibungen weiterhin darauf geachtet werden, ausreichend
27 sozialen Wohnungsbau bereit zu stellen,
- 28 • Die SPD hat sich immer für sozialen Wohnungsbau eingesetzt und muss auch in
29 der Baulandpolitik eine VorreiterInnenrolle einnehmen. Neubauten müssen von
30 Vorhinein barrierefrei sein, um der UN BRK gerecht zu werden,
- 31 • Einige Kommunen in der Region Hannover haben bereits Baulandoffensiven
32 angeschoben, die SPD muss sich für weitere ähnliche Initiativen stark machen,
- 33 • Auf eine gute Durchmischung von Ein- und Mehrfamilienhäusern und
34 Geschossbau muss geachtet werden.

35 Mehr attraktives und bezahlbares Bauland in Kombination mit Wohnungsförderprogrammen
36 und der Einbindung von WohnungsbaugenossInnenschaften wird auch zu mehr bezahlbarem
37 Wohnraum in den Stadtzentren führen und allen zu Gute kommen.

38 **Empfehlung der Antragskommission: Erledigt durch Beschlusslage**

1 **B 4 Barrierefreien neuen Wohnraum in der Region Hannover**
2 **schaffen**

3 *Antragssteller: SPD AG 60plus OV Laatzen*

4 Wir wollen Anreize für mehr barrierefreien neuen Wohnraum in der Region Hannover schaffen.

5 Der SPD-Unterbezirk Region Hannover und die SPD-Regionsfraktion werden aufgefordert, sich
6 für ein Anreizsystem für Bauherren von (selbstgenutztem) barrierefreien Wohnraum in der
7 Region Hannover einzusetzen.

8 Begründung:

9 Über ein zu schaffendes Anreizsystem für alle Bauherren von Wohnraum, auch dem
10 selbstgenutzten Einfamilienhaus, wollen wir erreichen, dass mehr (junge) Menschen von
11 vornherein barrierefrei bauen. Wir wollen, dass mehr Menschen tatsächlich bis ins hohe Alter
12 selbstbestimmt und ohne nachträglichen Umbau in ihrer Wohnung/in ihrem Haus wohnen
13 bleiben können. Auch bei plötzlichen Einschränkungen ist dann zumindest die mangelnde
14 barrierefreie Bauweise kein Grund mehr, um die Selbstständigkeit aufgeben zu müssen.
15 Das System sollte mit entsprechenden finanziellen Zuschüssen (oder auch kommunalen
16 Darlehen) zum barrierefreien Wohnbau in der Region Hannover etabliert werden.
17 Mindestens sollte aber eine Informations- und Aufklärungskampagne für alle potentiellen
18 Häusle- und Wohnungsbauer in der Region Hannover entwickelt werden. Diese sollte dann
19 offensiv, beispielweise über die Bauverwaltung und/oder Wirtschaftsförderung, in die
20 Öffentlichkeit getragen werden.

21 **Empfehlung der Antragskommission: Erledigt durch Beschlusslage**

1 **B 5 Wir wollen mehr bezahlbaren und barrierefreien Wohnraum**

2 *Antragssteller: SPD AG 60plus OV Laatzen*

3 Die SPD-Unterbezirk Region Hannover und die SPD -Regionsfraktion werden aufgefordert, sich
4 für mehr bezahlbaren und barrierefreien Wohnraum in der Region Hannover einzusetzen.

5 Begründung:

6 Es gibt einen zunehmenden Bedarf für bezahlbaren und barrierefreien Wohnraum im
7 gesamten Regionsgebiet. Unsere Forderung gilt für alle Bevölkerungsgruppen. Ob jung oder alt,
8 ob alleinstehend oder im Familienverband, ob gesund oder behindert, ob hier geboren oder
9 zugewandert – bezahlbare Wohnungen unterschiedlicher Größe werden dringend in allen
10 Kommunen gebraucht.

11 Es sollten rasch alle Möglichkeiten zu öffentlichen Förderungen beispielsweise dem „Sozialen
12 Wohnungsbau“ ausgelotet und dann genutzt werden. In „neu“ ausgewiesenen Wohngebieten
13 muss durch die Festlegung einer Quote von mindestens 25 % der „Sozialwohnungsbau“
14 festgeschrieben werden, beispielsweise über das Bauordnungsverfahren. Die Kommunen in der
15 Region sollten aktiv unterstützt werden.

16 Ebenfalls sollte mit interessierten Eigentümern bestehender Gebäude (z.B.
17 Wohnungsgenossenschaften) offensiv nach „neuen Wege“ gesucht werden. Das Ziel ist auch
18 hier den Mietzins auf ein bezahlbares Niveau zu senken.

19 **Empfehlung der Antragskommission: Erledigt durch Beschlusslage**

1 B 6 „Wer hat Angst im Dunkeln?“ - Angsträumen 2 entgegentreten

3 *Antragssteller: SPD Jusos Region Hannover*

4 In den letzten Wochen war viel zu lesen über sogenannte Angsträume im öffentlichen Raum.
5 Nach den Vorfällen der Silvesternacht konnte man, neben rassistischer Hetze und Diskussionen
6 über das Versagen der Polizei, viel lesen über die Ängste von Frauen - leider viel zu oft nur um
7 populistische Forderungen zu stützen. Aber etwas bleibt und war auch lange vor Köln schon so:
8 Insbesondere für Frauen gibt es in unserem öffentlichen Raum Angsträume. Jede dritte Frau
9 wird in ihrem Leben Opfer von Gewalt. Die meisten von ihnen jedoch nicht im öffentlichen
10 Raum von Fremden, sondern durch ihnen nahestehenden Personen in der Familie, in
11 Beziehungen oder anderen sozialen Kontakten. Wir stellen damit aber zu keinem Zeitpunkt in
12 Frage, dass Frauen auch im öffentlichen Raum Opfer von sexueller und sexualisierter Gewalt
13 werden. Dabei muss es auch nicht immer zu körperlicher Gewalt kommen, oft werden Frauen
14 in der Öffentlichkeit, nachts im Club, auf dem Schützenfest, beim Konzert, im Schwimmbad, in
15 Menschenmengen, bedrängt, belästigt oder sexistisch angegangen.

16 Mit Angsträumen sind zunächst Orte gemeint, an denen Menschen mehr Angst vor
17 Gewaltübergriffen haben und sich bedrohter fühlen, als an anderen, ohne dass es dafür
18 zwangsweise begründete Voraussetzungen gibt. Meist handelt es sich um nicht sonderlich
19 belebte, stille und häufig dunkle Orte, besonders wenn es dunkel ist, etwa Tiefgaragen, U-
20 Bahnhaltstellen, schlecht einsehbare Ecken, kleine schlecht beleuchtete Straßen oder Parks.

21 *Gesellschaftliche Rollenbilder*

22 Frauen werden in unserer Gesellschaft als besonders schwach dargestellt. Darüber hinaus neigt
23 die Gesellschaft dazu, Frauen mit besonderen Verhaltensregeln zu belehren – wie auch die
24 Schwachsinn-Armlänge von Köln gezeigt hat. Hier wird Frauen, die Opfer geworden sind, eine
25 Mitschuld unterstellt. Dazu gehören auch Fragen wie: Sollten Frauen nachts alleine nach Hause
26 gehen, sollten sie Pfefferspray dabei haben, sollten sie sich nicht zu aufreizend kleiden, um
27 keine Vorfälle zu provozieren?

28 Als feministischer Richtungsverband setzen wir uns kritisch mit solchen Rollenbildern und
29 ihren Folgen auseinander und fordern auch weiterhin solche und viele weitere Stereotype, wie
30 z.B. Mädchen spielen mit Puppen und Jungs mit Autos zu durchbrechen. Dieser Kampf gegen
31 die Stereotypen geht mit unserem ständigen Streben nach der Überwindung des Patriarchats
32 Hand in Hand.

33 *Subjektive Wahrnehmung*

34 Angst ist etwas subjektiv Empfundenes. Sie ist nicht immer rational erklärbar und viel zu oft
35 können wir uns ihr nicht entziehen. Auch und gerade wenn wir feststellen, dass Menschen, vor
36 allem Frauen, sei es aufgrund realer Gefahr oder anerzogener, Angst im öffentlichen Raum
37 haben, müssen wir das Möglichste tun dieser entgegenzutreten. In einigen Bereichen wird
38 dabei in Planungen bereits Rücksicht genommen, sei es etwa durch Frauenparkplätze in

39 Parkhäusern und Tiefgaragen (Nein, wir meinen nicht nur Mutter-Kind-Parkplätze.) oder bei
40 der Beleuchtung von öffentlichen Plätzen und Straßen.
41 Wir fordern die Kommunen dazu auf, bei der Stadtentwicklung die Vermeidung von
42 Angsträumen mitzudenken. Sei es bei der Vermeidung von engen Gassen oder verwinkelten
43 Plätzen, sowie der Einrichtung von Über- statt Unterführungen um nur einige Beispiele zu
44 nennen, in vielen Bereichen kann bei der baulichen Gestaltung mit geeigneten Maßnahmen
45 Angsträumen entgegengewirkt werden. Diese sollten bei der Bauplanung für Sanierungen und
46 Neubau berücksichtigt und schriftlich in einem Bericht festgehalten werden. Eine ausgeweitete
47 Überwachung von öffentlichen Räumen halten wir ausdrücklich nicht für ein geeignetes Mittel
48 für die Vermeidung von Angsträumen.

49 *Das Heimwegtelefon*

50 Projekte wie „das Heimwegtelefon“, eine ehrenamtliche Initiative, die von Berlin aus
51 bundesweit anbietet, dass Menschen nachts anrufen können, um auf dem Heimweg nicht
52 allein zu sein. AnruferInnen können ihren Standort und ihre Route mitteilen und so können die
53 ehrenamtlichen TelefonistInnen im Notfall Hilfe alarmieren und schicken. Das Angebot soll
54 sein: Ruf an und fühl dich ein bisschen weniger alleine. Durch das Gespräch sollen
55 AnruferInnen abgelenkt und beruhigt werden. In brenzligen Situationen sollen den Anrufenden
56 außerdem Hilfestellungen gegeben werden, sich selbst zu helfen.
57 Wir fordern: Initiativen wie das Heimwegtelefon sollten unterstützt werden. Außerdem
58 fordern wir die MandatsträgerInnen der SPD Region Hannover dazu auf, sich mit diesem
59 Projekt, mit Angsträumen, mit klischeehaften Rollenbildern und ihren Folgen zu beschäftigen
60 und das Problem aktiv anzugehen.

61 **Empfehlung der Antragskommission: Annahme und Weiterleitung an die**
62 **Regionsfraktion; Ratsfraktionen zur Kenntnis**

1 B 7 Wessen Welt ist die Welt? – Öffentlichen Raum für junge 2 Menschen erkämpfen, bewahren und ausbauen

3 *Antragssteller: SPD Jusos Region Hannover*

4 Öffentlicher Raum gehört allen Bürger*innen in einer Stadt und er sollte auch allen
5 gleichermaßen zugänglich und für alle nutzbar sein. Als politische Jugendorganisation sehen
6 wir die Nutzung und Gestaltung von öffentlichen Plätzen, Gebäuden und Räumlichkeiten in
7 öffentlicher Hand sowie selbstverständlich von Parks und Grünflächen als zentrales Instrument
8 an, um unsere Stadt bzw. unsere Kommune zu einem lebenswerten und liebenswerten Ort zu
9 machen.

10 Leider beobachten wir vermehrt, dass es in der öffentlichen sowie in der politischen Debatte
11 oft vordergründig darum geht, wie man bestimmte Gruppen aus öffentlichem Raum
12 ausschließt oder wie man öffentlichen Raum am besten vermarkten kann. So mussten wir
13 zusehen, wie beispielsweise der Falkenkeller in Barsinghausen geschlossen wurde und wie in
14 jedem Sommer eine öffentliche Debatte über das „Limmern“ und neuerdings auch über das
15 „Luthern“ entflammt. Schließlich erinnert auch das Alkoholkonsumverbot, das seit dem
16 Jahreswechsel in Bussen, Bahnen und Stationen der üstra gilt, an diese Tendenz.

17 Wir stellen uns dieser Entwicklung klar und deutlich entgegen! Wir wollen nicht, dass die
18 Flächen im öffentlichen Raum immer kleiner werden oder durch langwierige und komplizierte
19 Genehmigungsverfahren der Verwaltung der Zugang zu ihnen stets mit mehr Aufwand und
20 immer höheren Hürden verbunden ist.

21 Emanzipation junger Menschen im und durch öffentlichen Raum stärken
22 Auch in einer immer älter werdenden Gesellschaft dürfen die Bedürfnisse junger Menschen im
23 öffentlichen Raum nicht außer Acht gelassen werden. Wir brauchen Sportanlagen, Bolzplätze
24 und Jugendzentren, deren Zugang so niedrigschwellig wie möglich sein muss.

25 Öffentlicher Raum ist für junge Menschen meistens die einzige Möglichkeit sich jenseits von
26 der Schule und dem Elternhaus selbstbestimmt zu treffen. Diese Möglichkeit ist von zentraler
27 Bedeutung für die Entwicklung von Jugendlichen. Daher ist es falsch öffentlichen Raum für
28 junge Menschen zu verkleinern oder ihn durch ein Übermaß an Regeln oder Verboten für diese
29 Gruppe unbenutzbar zu machen. Wir wollen Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene nicht
30 in private Räume verdrängen. Wir wollen öffentlichen Raum an ihren Bedürfnissen orientieren,
31 weil sie dort genauso hingehören, wie alle anderen Menschen auch. Partykeller der Eltern statt
32 Jugendzentrum oder elterlicher Pool statt kommunales Freibad sind keine Konzepte, die zu
33 einer jungen und lebenswerten Stadt beitragen. – Sie führen zu Verdrängung, zu sozialer
34 Spaltung nach den Besitzverhältnissen der Eltern und zu einer Stadt, mit der sich niemand
35 identifiziert.

36 Wir begrüßen sehr, dass Städte dieses Problem zum Teil erkennen und versuchen darauf
37 aufmerksam zu machen, wie dies zum Beispiel die Stadt Hannover mit ihrer Aktion „Platz
38 nehmen! Mehr Akzeptanz für Jugendliche im öffentlichen Raum“ getan hat.

39 Demokratie statt Verbote: Bürger*innenbeteiligung in unserer Nachbar*innenschaft stärken
40 Unsere Antwort auf die eben beschriebenen Herausforderungen lautet: Demokratie statt
41 Verbote!
42 Elementarer Bestandteil einer modernen Stadtentwicklung ist Bürger*innenbeteiligung bzw.
43 Nachbar*innenschaftsbeteiligung. Sowohl in kleineren Städten als auch und insbesondere in
44 größeren Städten ist es meist die mangelnde soziale Kontrolle, die öffentlichen Raum zu Angst-
45 oder Gewalträumen werden lässt. Wir wollen, dass öffentlicher Raum in Zusammenarbeit und
46 mit Beteiligung der Menschen gestaltet wird, die diesen Raum nutzen und/oder in der direkten
47 Nachbar*innenschaft wohnen. Wir sind davon überzeugt, dass allein durch die
48 Alltagsperspektive und -erfahrung der Anwohner*innen Räume entstehen, die einerseits
49 weniger Potential für Angst- und Gewalträume bieten und in denen andererseits von der Seite
50 der Anwohner*innen auch mehr Aufmerksamkeit und Rücksicht für diese Räume herrscht, da
51 sie ja selbst an der Gestaltung mitgewirkt haben. Durch die gemeinsame Erarbeitung und
52 Gestaltung unserer Nachbar*innenschaft wird eine wichtige Sensibilität für den öffentlichen
53 Raum und die in ihm geschaffenen Nutzungsangebote sowie auch für die möglichen
54 Nutzungskonflikte entwickelt.

55 Nutzungskonflikte wollen wir nicht mit Verboten und einem Übermaß an Regeln verschieben
56 oder verdrängen. Wir stehen stattdessen auch hier für einen Weg der breiten Beteiligung. Alle
57 Gruppen, die bestimmten öffentlichen Raum freiwillig oder zwangsläufig nutzen, sollten ihre
58 Nutzungsvorstellungen einbringen können und diese sollten sich in der Raumplanung auch
59 wiederfinden. Egal ob Familien mit kleinen Kindern auf dem Spielplatz, Menschen mit
60 Handicap, Jugendliche auf einer Skateranlage, ein ansässiges Trinker*innenmilieu oder welche
61 Gruppen und Nutzungen man sonst noch antrifft: Es gibt städtebauliche Möglichkeiten die
62 verschiedensten Nutzungen nebeneinander zu realisieren, ohne dass zwangsläufig Konflikte
63 entstehen müssen. Auch der Einsatz von Sozialarbeiter*innen oder Streetworker*innen sind
64 denkbare Varianten, um konfliktfreie, barrierefreie, öffentliche Räume mit einem vielfältigen
65 Angebot für alle zu realisieren.

66 Ein weiterer Aspekt von Beteiligung ist für uns die Berücksichtigung und Akzeptanz von
67 bestehendem Nutzungsverhalten. Öffentlicher Raum wird zwangsläufig von bestimmten
68 Gruppen genutzt und von anderen nicht. Hierbei gilt für uns der Grundsatz, dass sich nicht die
69 Menschen der Städteplanung anzupassen haben, sondern dass das bestehende
70 Nutzungsverhalten für die Planungen relevant zu sein hat. Wenn der Raum bereits bestimmte
71 Gruppen anspricht, sollte dieses Potential genutzt werden. Natürlich kann man immer darüber
72 diskutieren, ob der Raum noch weitere Möglichkeiten bietet, um andere Nutzungsangebote zu
73 schaffen.

74 Statt für eine viel benutzte Wiese in einem Park ein Grillverbot oder ein langwieriges
75 Genehmigungsverfahren für das Grillen auf dieser Fläche zu debattieren, sollte darüber

76 nachgedacht werden, ob die Möglichkeit besteht, auf dieser Wiese städtische Grillplätze zur
77 Verfügung zu stellen, die niedrigschwellig und kostenlos genutzt werden können. Statt über
78 Vermüllung zu klagen, sollten einfach dort viele Mülleimer aufgestellt werden, wo viel Müll
79 anfällt usw.

80 Wir wollen schlichtweg, dass sich die Stadt so entwickelt, wie es dem Alltag der Bürger*innen
81 entspricht und nicht im Sinne von Entwürfen, denen keine Lebenswirklichkeit innewohnt. Wir
82 wollen berücksichtigen, welche Plätze sich Menschen in der Stadt suchen und nehmen, um –
83 wo es möglich ist - das entsprechende Angebot zu schaffen.

84 Rechtliche Auseinandersetzungen um Verbote oder Gebote in einer Nachbar*innenschaft sind
85 selten konstruktiv. Hier könnte man auch über gesetzliche Änderungen diskutieren, die
86 beispielsweise bei einer Wohnortwahl in der Nähe eines Kindergartens, eines Sportplatzes oder
87 einer Schule auch eine Einwilligung in besondere Lärmbeeinträchtigungen voraussetzen, die im
88 Zusammenhang mit der spezifischen Nutzung dieser öffentlichen Räume stehen.

89 Unser Konzept: Öffentliche Wohlfühlräume schaffen.

90 Öffentlicher Raum muss aus unserer Sicht ein Raum sein, in dem für alle Menschen Sicherheit
91 besteht – aber dies nicht nur im Sinne von Polizeipräsenz und positiver Kriminalstatistiken,
92 sondern es muss auch für alle ein subjektives Wohlbefinden möglich sein. Um diesem Konzept
93 auch einen Begriff zu geben, sprechen wir von öffentlichen Wohlfühlräumen.

94 Wohlfühlräume stehen zum einen für die bereits beschriebenen konfliktfreien, barrierefreien,
95 öffentlichen Räume mit einem vielfältigen Angebot für alle, die unter Beteiligung von
96 Bürger*innen und Nachbar*innen gestaltet werden. Sie sind aber andererseits auch der
97 Gegenbegriff zu Angst- und Gewalträumen, die für bestimmte Gruppen ein
98 Unsicherheitsgefühl oder sogar Abschreckung bedeuten. Vor allem dunkle Ecken, Baustellen,
99 Verdreckung, unangenehmer Geruch und nicht ausgeräumte Nutzungskonflikte verschiedener
100 Gruppen im öffentlichen Raum begünstigen Angst- und Gewalträume immens. Dem setzen
101 öffentliche Wohlfühlräume eine offene, übersichtliche, gut beleuchtete und auf die Nutzung
102 der ansässigen Menschengruppen abgestimmte Bauweise entgegen. Darüber hinaus fördern
103 Beteiligung und die verstärkte Belegung von Wohlfühlräumen die soziale Verantwortung und
104 die Sensibilität der Anwohner*innen.

105 Die Existenz von Angst- und Gewalträumen ist ein sehr wesentliches Problem im öffentlichen
106 Raum. Sie zu relativieren, zu stigmatisieren oder gar zu negieren wird dem Problem nicht
107 gerecht. Auch die bloße Erhöhung von Polizeipräsenz oder die Ausweitung von
108 Videoüberwachung im öffentlichen Raum sind nicht hilfreich, um dieses Problem nachhaltig zu
109 lösen.

110 Sicherlich ist es sinnvoll, Aufklärungsarbeit gegenüber einigen Gruppen zu betreiben, um
111 darauf aufmerksam zu machen, dass das subjektive Sicherheitsgefühl und die „objektive“
112 Gefahrensituation zum Teil doch deutlich auseinanderliegen, aber dennoch bleibt es dabei,
113 dass das Konzept öffentlicher Wohlfühlräume das Leitbild der Städteplanung für eine moderne
114 Kommune des 21. Jahrhunderts werden muss.

115 **Empfehlung der Antragskommission: Annahme und Weiterleitung an die**
116 **Regionsfraktion; Ratsfraktionen zur Kenntnis**

1 B 8 Kommunale Grundversorgung sichern

2 *Antragssteller: SPD Jusos Region Hannover*

3 Die Direktvergaben von öffentlichen Aufträgen und Konzessionen ohne Auswahlverfahren
4 (sog. „in-House-Vergaben“) müssen gesetzlich zulässig sein. Bei Konzessionsvergabeverfahren
5 müssen Kommunen über den Gas- und Stromkonzessionspartner grundsätzlich
6 eigenverantwortlich entscheiden können. Es müssen gemeindliche Belange berücksichtigt
7 werden können. Gesetze und Verordnungen, die dem entgegenstehen sind – soweit
8 erforderlich - entsprechend abzuändern.

9 Begründung:

10 Wir Jusos unterstützen eine starke Selbstbestimmung der Kommunen über die
11 Grundversorgung der Gemeinschaft. Ziel muss es sein, den Kommunen das Betreiben von
12 Stadtwerken und die entsprechende Vergabe von Konzessionen zu erleichtern. Daher stellen
13 wir uns entschieden dem Bestreben des Bundeswirtschaftsministeriums entgegen, die
14 Direktvergabe an kommunale Stadtwerke im Energiesektor weiter zu erschweren. Einem
15 Referentenentwurf aus dem Bundeswirtschaftsministerium zufolge sollen
16 Energiekonzessionen verpflichtend auszuschreiben sein. Eine Vergabe an Stadtwerke wäre
17 dann nur noch möglich, wenn sich diese gegenüber den großen Energiekonzernen als
18 wirtschaftlich günstiger erweisen. Demgegenüber sollen kommunale Kriterien nur nachrangig
19 zu betrachten sein.

20 Die Durchsetzung von politischem Willen fängt in den Kommunen an. Deren
21 Handlungsspielraum in der Grundversorgung ist, auch durch eigenes Verschulden, stark
22 begrenzt. Nachdem Jahre und Jahrzehnte die Maxime, der Markt könne alles besser, gepredigt
23 worden ist, findet dort aber langsam ein Umdenken statt. Mehr und mehr Kommunen sind
24 bestrebt die Angebote der Grundversorgung wie Strom, Wasser und Gas, wieder selbst in die
25 Hand zu nehmen, ein Trend zur Neugründung von Stadtwerken ist seit einigen wenigen Jahren
26 erkennbar. Dies ist jedoch schon auf Grund der bestehenden Regelungen nicht ganz einfach, in
27 der Regel bestehen Verträge mit großen VersorgerInnen, welche Investitionen getätigt haben.
28 Diese Verträge sind in der Regel langfristig angelegt und die Position der Kommunen
29 gegenüber den Konzernen ist eher schlecht. Es kann aber nicht sein, dass die Konzerne sich so
30 langfristige Gewinne sichern, welche die eigenen Investitionen auch Jahre später bei weitem
31 überschreiten. Hier muss politischer Wille zur Gestaltung demonstriert und stärker das
32 Selbstbestimmungsrecht der Kommunen berücksichtigt werden als das Devisenpotential von
33 Aktiengesellschaften. Dazu bedarf es gerade gesetzlicher Neuregelungen, die es den
34 Kommunen ermöglicht möglichst schnell aus den bestehenden Verträgen auszusteigen und
35 Infrastruktur selbst in die Hand zu nehmen.

36 Wo Kommunen bisher versuchen, die Grundversorgung wieder in die eigene Hand zu nehmen
37 und Konzessionen an Stadtwerke vergeben, müssen sie mit dem Widerstand der
38 EnergieversorgerInnen rechnen, welche bisher ein gutes Geschäft damit machen. Gerade die
39 Möglichkeit der In-House Vergabe ist daher Voraussetzung, um den Städten und Gemeinden

40 die Rekommunalisierung der Energieversorgung zu ermöglichen. Wenn kommunale
41 Eigenbetriebe aber dem Preiswettbewerb mit den Energieriesen ausgesetzt sind ohne
42 Möglichkeit der Kommunen hier weitere Kriterien zur Steuerung anzulegen befördert dies
43 gerade die weitere Abhängigkeit von EnergieversorgerInnen.
44 Wir fordern daher die Neuregelung der Vergabekriterien zugunsten einer stärkeren
45 Selbstbestimmung der Kommunen und einer vereinfachten Vergabe an kommunale
46 Stadtwerke. Die SPD ist dazu aufgefordert sich auf allen Ebenen gerade für die Schaffung von
47 Stadtwerken und eine größere Autonomie dieser einzusetzen. Der Bestandsschutz von
48 EnergieerzeugerInnen und anderen VersorgerInnen ist dabei auf den Prüfstand zu stellen und
49 dem Subsidiaritätsprinzips Einhaltung zu gebieten. Eine Verschärfung der Ausschreibungspflicht
50 zugunsten eines stärkeren Wettbewerbs mit den privaten Versorgungsunternehmen lehnen
51 wir entschieden ab.

52 **Empfehlung der Antragskommission: Annahme in der vorliegenden**
53 **Fassung**

1 C 1 Kostenübernahme für Tests auf sexuell übertragbare 2 Krankheiten

3 *Antragssteller: SPD Jusos Region Hannover*

4 Tests auf sexuell übertragbare Krankheiten gehören zu einer aufgeklärten und
5 selbstbestimmten Gesundheitsvorsorge und müssen für jeden Menschen unabhängig von der
6 individuellen finanziellen Situation möglich sein. Daher müssen regelmäßige, ärztlich
7 durchgeführte Tests auf verbreitete sexuell übertragbare Krankheiten zu den Pflichtleistungen
8 der Krankenkassen gehören, deren Kosten vollständig übernommen werden. Die Frage, welche
9 Krankheiten dazu gehören und in welchen zeitlichen Abständen diese Tests von den
10 Leistungen der Krankenkasse gedeckt werden, ist einheitlich zu regeln und regelmäßig neu zu
11 überprüfen.

12 Begründung:

13 Für uns gehört zu einem selbstbestimmten Leben auch eine selbstbestimmte Sexualität. Das
14 heißt aber nicht nur, dass Menschen sich ihre Partner*innen frei aussuchen und ihre Sexualität
15 nach ihren Vorstellungen gestalten können. Dazu gehört auch und vor allem, dass Menschen
16 ihr Sexualleben auch verantwortungsvoll gestalten können, indem sie sich in regelmäßigen
17 Abständen auf sexuell übertragbare Krankheiten testen lassen. Die Untersuchung auf sexuell
18 übertragbare Krankheiten ist für uns nicht verwerflich, sondern Ausdruck einer
19 wahrgenommenen Verantwortung gegenüber der eigenen Gesundheit sowie gegenüber den
20 jeweiligen Partner*innen. Insofern ist es unhaltbar, dass durch den Besuch bei Urolog*innen
21 oder Gynäkolog*innen, um sich auf Krankheiten wie HPV, HIV, Syphilis, Chlamydien und
22 ähnliches testen zu lassen, gegebenenfalls eine Rechnung von über 100 Euro entstehen kann.
23 Eine selbstbestimmte Gesundheitsvorsorge und ein verantwortungsbewusstes Sexualleben
24 können keine Fragen des Geldbeutels sein.

25 Die Prävention von Krankheiten gehört zu den Aufgaben der Krankenkassen. Daher müssen
26 Tests auf sexuell übertragbare Krankheiten zu den Pflichtleistungen der Krankenkassen nach
27 SGB V aufgenommen werden, welche diese vollständig zu bezahlen haben. Dabei müssen die
28 Tests auf Wunsch in sinnvollen zeitlichen Abständen ermöglicht werden.

29 **Empfehlung der Antragskommission: Annahme**

1 **C 2 Mehr Geld und weniger Stress fürs Pflegepersonal durch**
2 **mehr Arbeitsstellen**

3 *Antragssteller: SPD Jusos Region Hannover*

4 Wir fordern die Entlastung des Gesundheitssystems, durch die Schaffung von mehr
5 Arbeitsplätzen sowie eine Attraktivitätssteigerung im Pflegebereich in Krankenhäusern und
6 Kliniken durch bessere Bezahlung, Ausbildung und Arbeitsbedingungen. Zudem fordern wir
7 einen besseren Personalschlüssel.

8 Begründung:

9 Wir sind dafür, dass Pflegekräfte besser bezahlt werden und des Weiteren mehr Arbeitsplätze
10 geschaffen werden, um diese nicht nur finanziell (Arbeitsmotivation) sondern auch körperlich
11 zu entlasten. Die Arbeitsbedingungen sollten sich damit verbessern, da sowohl das Rentenalter
12 als auch die Lebenserwartung der Menschen weiter steigt und dies zu einer Doppelbelastung in
13 diesem Berufsfeld führt. Durch einen niedrigen Personalschlüssel kann dem entgegengewirkt
14 werden. In Folge daraus, fordern wir auch eine Überstundengrenze nach der Schaffung von
15 mehr Arbeitsplätzen. Gesundheit ist unser größtes Gut und das sollten wir schützen.

16 **Empfehlung der Antragskommission: Annahme**

1 C 3 Bürgerversicherung

2 *Antragssteller: SPD Jusos Region Hannover*

3 Die Jusos fordern hiermit, das System der deutschen Krankenversicherung in ein System der
4 Bürgerversicherung umzugestalten. Dabei sind im Wesentlichen die folgenden Eckpunkte
5 umzusetzen.

- 6 • In das System sollen ausnahmslos alle Bürgerinnen und Bürger einzahlen.
- 7 • Die Beitragspflicht soll für sämtliche Einkunftsarten gelten.
- 8 • Gleichzeitig sollen sämtliche Bürgerinnen und Bürger anspruchsberechtigt sein.
- 9 • Das so entstehende Krankenversicherungssystem soll nicht nur Leistungen auf
10 Grundsicherungsniveau erbringen, sondern für sämtliche Leistungen aufkommen, die
11 dem jeweils aktuell anerkannten Stand der Wissenschaft entsprechen, insbesondere
12 Zahnersatzleistungen sind in weitaus größerem Umfang von diesem System zu leisten.

13 Begründung:

14 *a) Darstellung der gegenwärtigen Situation*

15 Das System der Krankenversicherung ist derzeit stark zerfasert. ArbeitnehmerInnen sind
16 grundsätzlich in der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) pflichtversichert, die Beiträge
17 bemessen sich i.d.R. vom Arbeitsentgelt. Übersteigt das Arbeitsentgelt die jeweils geltende
18 Beitragsbemessungsgrenze führt dies dazu, dass vom darüber Hinausgehenden keine Beiträge
19 mehr zu entrichten sind. ArbeitnehmerInnen deren Arbeitsentgelt die Jahresarbeits-
20 entgeltsgrenze übersteigt, unterliegen (unter Beachtung weiterer Voraussetzungen) nicht
21 mehr der Versicherungspflicht in der GKV. Sie können allerdings freiwillig in der GKV
22 verbleiben oder in das System der privaten Krankenversicherung (PKV) wechseln.

23 Beamte und Beamtinnen sind von der Versicherungspflicht in der GKV befreit. Für diese
24 übernimmt der Dienstherr ganz, pauschal oder prozentual Kosten im Zusammenhang mit
25 Krankheits-, Geburts-, Pflege- und Todesfällen. Für Richter und Soldaten gelten ähnliche
26 Regelungen. Sofern für diese Gruppen keine vollständige Kostenübernahme besteht, müssen
27 sie den restlichen Anteil im System der PKV absichern bzw. freiwillig in das System der GKV
28 wechseln, letzteres oftmals jedoch unter Aufgabe sämtlicher Beihilfeansprüche.

29 Für Freiberufler und Selbständige besteht, unter Beachtung der gesetzlichen Regelungen,
30 ebenfalls die Möglichkeit der freiwilligen Mitgliedschaft in der GKV, häufig versichern sich
31 diese Personen aber im System der PKV. Weitere Besonderheiten ergeben sich noch z.B. durch
32 die Künstlersozialkasse für Künstler und Publizisten.

33 Anders als im System der GKV bemisst sich das Versicherungsentgelt (Prämie) regelmäßig nicht
34 nach dem Einkommen, sondern wird durch privatrechtlichen Vertrag zwischen
35 Versicherungsunternehmen und Versicherungsnehmer festgesetzt (in der Regel durch
36 Tarifbestimmungen).

37 Der Wechsel zwischen das System wurde in den letzten Jahren durch gesetzliche Regelungen
38 zunehmend eingeschränkt.

39 *b) Probleme mit der gegenwärtigen Situation*

40 An dem unter a) dargestellten System gibt es viele Kritikpunkte. Von uns werden insbesondere
41 die folgenden gesehen.

- 42 ● Der Umstand, dass Besserverdienende prozentual (auf ihr Einkommen gerechnet)
43 geringer mit Beiträgen belastet werden ist mit einem solidarischen Prinzip der
44 Sozialversicherung nicht vereinbar. Die Deckelung der Beiträge ist nicht
45 nachvollziehbar, da auch im Leistungsfall die Leistungen nicht gedeckelt werden.
- 46 ● Der Umstand, dass Besserverdienende aus dem System der GKV aussteigen können ist
47 ebenfalls unsolidarisch, da nicht erkennbar ist, warum ausgerechnet weniger
48 gutverdienende Arbeitnehmer allein dieses System finanzieren sollen. Hierbei ist ferner
49 zu beachten, dass das System der PKV keineswegs rein prämienfinanziert ist, sondern
50 durch Kapitalanlagen finanziert wird (Kapitaldeckungsverfahren). Die entsprechenden
51 Zinsen und Dividenden werden bei volkswirtschaftlicher Betrachtung somit anteilig
52 wieder von der Gemeinschaft der ArbeitnehmerInnen erwirtschaftet.
- 53 ● Das System der PKV ist unsozial, da es gesundheitlich vorbelastete und ältere
54 Versicherungsnehmer ausschließt bzw. mit sehr hohen Prämien belastet.
- 55 ● Das System der PKV ist unsozial, da Privatversicherte oftmals vorrangig Termine bei
56 (Fach)ärzten erhalten und ein umfangreicheres Spektrum an Therapien erhalten; dies
57 führt zu einer sog. Zweiklassenmedizin.
- 58 ● Durch das Prämiensystem und dem damit verbundenen Kapitaldeckungssystem der
59 PKV haben sich in den letzten Jahren teilweise erhebliche Prämiensteigerungen
60 ergeben. Insbesondere junge Selbständige und Freiberufler wurden dabei zunächst mit
61 günstigen Prämien in die PKV "gelockt", sahen sich später aber zunehmend kaum noch
62 finanzierbaren Prämien ausgesetzt. In der Folge zeigte sich, dass gerade Selbständige
63 und Freiberufler in wirtschaftlich schwierigen Zeiten oftmals die Prämienzahlungen
64 einstellen mussten. Die privaten Krankenversicherer hatten hier teilweise erhebliche
65 Beitragsausfälle zu verkraften, der Gesetzgeber musste mehrfach eingreifen um für
66 diese Personen überhaupt noch den Zugang zum Gesundheitssystem zu ermöglichen
67 (z.B. sog. Notlagentarife etc.). Auch der Steuergesetzgeber musste in den letzten Jahren
68 hier den betroffenen Unternehmen bereits Erleichterungen einräumen (z.B. § 21 KStG).
69 Gerade im jetzigen Niedrigzinsumfeld zeigt sich, dass Kapitaldeckungsverfahren keine
70 Lösung zur Deckelung der Prämien sein können. Die Prämien werden in 2017 im Schnitt
71 um ca. 11 Prozent steigen. Damit sind weitere Schwierigkeiten in der
72 Gesundheitsversorgung von Selbständigen und Freiberuflern mit geringem Einkommen
73 zu erwarten.
- 74 ● Der Gesundheitsökonom Hartmut Reiners hat zur Effizienz der PKV ferner folgendes
75 festgestellt: "...dass die PKV einschließlich der Vertriebsagenturen für die
76 Krankenversicherung von 11 Prozent der Bevölkerung 60.000 Personen beschäftigt, wo
77 die GKV für 89 Prozent mit 136.000 Mitarbeitern auskommt. Die Techniker
78 Krankenkasse hat als größte gesetzliche Krankenkasse etwas mehr Versicherte als die
79 gesamte PKV (9,5 gegenüber 9 Mio.), aber nur 13.500 Beschäftigte, also etwas weniger
80 als ein Viertel der PKV-Mitarbeiter. Dabei hat die GKV ein größeres Aufgabenspektrum
81 als die PKV. Sie muss sich nicht nur um die Versicherten kümmern, sondern im

82 Unterschied zur PKV auch die umfangreichen Vertragsbeziehungen mit Kassenärzten,
83 Krankenhäusern, Arzneimittelherstellern usw. pflegen.”

84 *c) Lösungsansätze*

85 Zunächst ist logisch, dass eine solidarische Einbeziehung sämtlicher Bürgerinnen und Bürger
86 und einer erheblichen Erweiterung der Bemessungsgrundlage zum einen zu einer spürbaren
87 Entlastung von Geringverdienern (gleich ob Arbeitnehmer, Selbständiger etc.) führen würde
88 und außerdem die Möglichkeit böte das Leistungsspektrum der GKV erheblich zu erweitern.
89 Dadurch würde insgesamt das Gesundheitssystem Deutschlands gestärkt und zukunftsfest
90 werden. Ferner dürften sich zusätzliche Effizienzgewinne in einem dann vereinfachten System
91 der GKV einstellen, deren Reinvestition ebenfalls dem Gesundheitswesen zugutekäme.
92 Es würden automatisch sämtliche Härten, Risiken und Ungerechtigkeiten entfallen, da ein
93 umfassender, günstiger und von Vorerkrankungen, Alter und Anzahl der Kinder unabhängiger
94 Zugang zum Gesundheitswesen jederzeit gewährleistet wird.
95 Für die Überführung des dualen Systems von GKV und PKV in ein einheitliches
96 Krankenversicherungssystem sprechen also insgesamt handfeste ökonomische Argumente.
97 Wir weisen ausdrücklich darauf hin, dass die immer wieder vorgetragenen
98 verfassungsrechtlichen Aspekte eines vermeintlichen Verstoßes gegen die
99 Gewerbefreiheit/Berufsfreiheit nach unserem Verständnis nicht einschlägig sind, die von uns
100 hierzu gelesenen Auffassungen sind jedenfalls weitgehend tendenziös geschrieben oder lassen
101 eindeutig jede Auseinandersetzung mit der Rechtsprechung des BVerfG vermissen.
102 Der im PKV-System angesparte Kapitalstock könnte dem System der GKV zugeführt werden. Er
103 steht ohnehin den Versicherungsnehmern zu und kann nicht von der PKV vereinnahmt
104 werden.
105 Für Beamte und ähnlich Gruppen wäre entweder ein schleichender Übergang erforderlich, also
106 Bestandswahrung für bisherige Beamte und Eintritt in das System der GKV durch jüngere, oder
107 ebenfalls ein sofortiger Übertritt. Hierbei ist durch Besoldungsanpassungen sicherzustellen,
108 dass sich keine finanziellen Nachteile für die Betroffenen einstellen. Es ist klar, dass die
109 öffentliche Hand hiervon zunächst durch finanzielle Mehrbelastungen betroffen wäre, auf
110 lange Sicht dürften sich diese aber wieder ausgleichen. Hieran zeigt sich übrigens abermals,
111 wie hinderlich die Schuldenbremse für progressive und ökonomisch sinnvolle Projekte noch
112 werden kann.
113 Immer wieder wird ferner vorgetragen, dass viele Ärzte allein durch den Anteil an
114 Privatpatienten ihre Praxis ökonomisch sinnvoll betreiben können. Nach den uns bekannten
115 Statistiken kann dies angezweifelt werden. Der Gesundheitsökonom Hartmut Reiners hat
116 hierzu im Dezember 2016 folgende Zahlen vorgelegt: “Die Arztpraxen machen gegenwärtig im
117 Durchschnitt etwa 30 Prozent ihres Umsatzes mit Privatpatienten. Da Kassenpatienten für
118 vergleichbare Leistungen nur halb so viel Honorar einbringen, drohen Umsatzeinbußen von
119 durchschnittlich 15 Prozent. Das wäre aber nur für einige Arztpraxis wirklich eine
120 Existenzbedrohung. Deren durchschnittlicher Umsatz betrug 2011 nach Angaben des
121 Statistischen Bundesamtes (hier) 336.000 Euro, der Anteil der Praxiskosten lag bei 50 Prozent.
122 Bei einem um 15 Prozent auf 285.600 Euro sinkenden Umsatz bliebe immer noch ein

123 Bruttoüberschuss von 143.000 Euro. Ärzte in Gemeinschaftspraxen kämen wegen der
124 niedrigeren Praxiskosten auf 150.000 Euro. Diese Zahlen dürften aktuell wegen der inzwischen
125 erfolgten Vergütungsanhebungen für Kassenärzte jeweils um etwa 10 Prozent höher liegen.
126 Auf jeden Fall bringt die Bürgerversicherung die niedergelassenen Ärztinnen und Ärzte kaum in
127 wirkliche Existenznöte. Auch wären sie nach Fachrichtungen und Regionen bzw. Stadtteilen
128 unterschiedlich betroffen. Hausärzte machen noch nicht einmal halb so viel Umsatz mit
129 Privatpatienten wie Orthopäden oder Dermatologen. Arztpraxen in ländlichen Regionen und
130 Stadtteilen mit einkommensschwacher Bevölkerung hätten meist nur geringe
131 Umsatzeinbußen. Das gilt generell auch für Krankenhäuser. Der Status des Privatpatienten ist
132 dort, wie erwähnt, von einer Zusatzversicherung anhängig, die weiterhin abgeschlossen
133 werden könnte.”
134 Tatsächlich dürfte es aber hier tatsächlich gewisse Härten geben, wie diese auch aus der
135 Hebammenversorgung bekannt geworden sind. Hier sollte es aber möglich sein, im Detail noch
136 zu erarbeitende, Lösungen zu finden.

137 **Empfehlung der Antragskommission: Annahme und Weiterleitung an den**
138 **Bundesparteitag**

1 C 4 Erhöhung der Pauschalbeträge

2 *Antragssteller: SPD AG 60plus OV Neustadt*

3 Der UB-Parteitag möge beschließen:

4 Die SPD-Bundestagsfraktion wird aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass die Pauschalbeträge
5 bei der Einkommenssteuer für Schwerbehinderte (§ 33b Abs. 2 EStG) endlich den tatsächlichen
6 jetzigen finanziellen Gegebenheiten angepasst und damit entsprechend erhöht werden.

7 Begründung:

8 Bereits 1975 wurden die Pauschalbeträge laut unten aufgeführter Tabelle festgesetzt und trotz
9 Preiserhöhungen bis heute nicht angepasst.

10 *Grad der Behinderung und Pauschalbetrag:*

11 GdB 25 bis 30	310 EUR
12 GdB 35 bis 40	430 EUR
13 GdB 45 bis 50	570 EUR
14 GdB 55 bis 60	720 EUR
15 GdB 65 bis 70	890 EUR
16 GdB 75 bis 80	1.060 EUR
17 GdB 85 bis 90	1.230 EUR
18 GdB 95 bis 100	1.420 EUR

19 **Empfehlung der Antragskommission: Annahme**

1 **C 5 Abschaffung der Menstruationssteuer – Stop taxing my**
2 **period**

3 *Antragssteller: SPD Jusos Region Hannover*

4 Der Juso Bezirk Hannover fordert eine Abschaffung der Besteuerung von Tampons und Binden.
5 Perspektivisch muss darüber nachgedacht werden, den Zugang zu Hygieneartikel, sowie
6 Kondomen und Lecktücher zu erleichtern und kostenlos zu gestalten.

7 **Begründung:**

8 Eine Frau hat im Schnitt für 38 Jahre einmal im Monat ihre Menstruation, das sind 456
9 Perioden, etwa 2280 Tage und 6,25 blutende Jahre im Leben. Manchmal ist sie willkommen,
10 manchmal nicht so sehr – nur eines ist sicher: man kann es sich nicht aussuchen. Und doch
11 werden Tampons und Binden im deutschen Steuerrecht als Luxusartikel angesehen und mit
12 derzeit 19 Prozent belegt, während man für einen Strauß frischer Blumen, eine Nacht im Hotel
13 oder einen Cheeseburger nur sieben Prozent bezahlen
14 Seit dem EU-Gipfel im März 2016 können „Sanierartikel“ von der Mehrwertsteuer befreit
15 werden. Wir fordern daher, dass diese Möglichkeit umgesetzt wird und oben genannte
16 Hygieneartikel von der Steuer befreit werden. Eine Steuer, die nur von Frauen für notwendige
17 Artikel entrichtet wird ist diskriminierend und sexistisch. Als Lecktuch wird eine Folie
18 bezeichnet, die beim Sex auf die Vulva oder den Anus des Sexualpartners gelegt wird, um sich
19 beim Oralverkehr vor Krankheiten zu schützen.

20 **Empfehlung der Antragskommission:**

21 **Annahme in der folgenden Version:**

22 Ersetze Zeilen 4-6 durch:

23 Wir fordern eine Abschaffung der Besteuerung von Tampons und Binden. Perspektivisch muss
24 darüber nachgedacht werden, den Zugang zu diesen Hygieneartikeln zu erleichtern und
25 kostenlos zu gestalten.

1 **C 6 Gesetzentwurf zur Einführung einer solidarischen**
2 **Bürgerversicherung**

3 *Antragssteller: SPD OV Laatzen*

4 Die SPD wird aufgefordert, auf die SPD-Bundestagsfraktion dahingehend einzuwirken, einen
5 Gesetzentwurf für die Einführung einer solidarischen und paritätischen „Bürgerversicherung“
6 (Kranken- und Pflegeversicherung) auf alle Einkünfte einzubringen.

7 Dieser Antrag ist von der Mitgliederversammlung des Ortsvereins Laatzen am 25. Januar
8 beschlossen worden.

9 **Empfehlung der Antragskommission: Erledigt durch Antrag C 3**

1 C 7 Antrag zur gesetzlichen Krankenversicherung

2 *Antragssteller: SPD OV Oststadt-Zoo*

3 Es möge der Parteitag des SPD Unterbezirks Hannover folgenden Beschluss fassen und diesen
4 an den SPD-Landes- und Bundesvorstand, die Landesregierung und die SPD-Landtagsfraktion
5 für die Vorbereitung einer entsprechenden Bundesratsinitiative weiterleiten:

6 „Die SPD setzt sich dafür ein, dass die gesetzliche Krankenversicherung zur Stärkung des
7 Solidarprinzips und Senkung des Beitrags bei gleichzeitiger Verbesserung der Leistungen nach
8 dem SGB V weiterentwickelt wird zu einer gesetzlichen Bürgerpflichtversicherung für alle unter
9 Einbeziehung aller Einkunftsarten (auch Spekulationsgewinne und Kapitaleinkünfte) und unter
10 Aufhebung der Versicherungspflichtgrenze.

11 Eine - dann mögliche - entsprechende Senkung des Beitragssatzes auf dann rund 12 % wird
12 angestrebt. “

13 Begründung:

14 Das System der gesetzlichen Krankenversicherung steht massiv unter Druck.

15 Unter dem Vorwand der Steigerung der Wirtschaftlichkeit werden seit Jahren immer mehr
16 Leistungen der GKV eingeschränkt, ArbeitnehmerInnen werden überproportional an der
17 Finanzierung beteiligt, Ärzte und Krankenhäuser mit immer neuen Budgetierungen gegängelt.

18 Zeitgleich werden viele Versicherte bei Ärzten und in Krankenhäusern als Menschen zweiter
19 Klasse behandelt – sie bekommen später Termine, bekommen eine deutlich schlechtere
20 Versorgung als Privatversicherte.

21 Ca. 90 % der Menschen in Deutschland sind gesetzlich krankenversichert, lediglich 10 % voll
22 privatversichert.

23 Gutverdienende ArbeitnehmerInnen tragen zur solidarischen Finanzierung gar nichts mehr bei,
24 wenn ihr Arbeitsentgelt jährlich die Versicherungspflichtgrenze von derzeit 57.600,- € (2017)
25 überschreitet und sie sich nicht freiwillig gesetzlich krankenversichern.

26 Millionengewinne an Börsen, Kapitaleinkünfte sowie Einkünfte aus Vermietung und
27 Verpachtung bleiben im Regelfall bei der Finanzierung der GKV außen vor mit der Folge, dass
28 gerade Erwerbseinkünfte den Mammutanteil an der Finanzierung der GKV leisten.

29 Unter Einbeziehung aller Menschen und in Deutschland tätiger Unternehmen könnte die
30 Versorgungssicherheit auch auf dem Land deutlich gestärkt werden, das Leistungsniveau

- 31 angehoben, die Personalausstattung in den Krankenhäusern wieder auf ein sinnvolles Maß
32 angehoben werden und der Beitrag für alle gesenkt werden.
- 33 Daher braucht Deutschland die solidarische gesetzliche Krankenpflichtversicherung für alle für
34 mehr Gerechtigkeit und Chancengleichheit.
- 35 **Empfehlung der Antragskommission: Erledigt durch Antrag C 3**

1 **C 8 Kirchenaustritte vereinfachen – Der Kirchenaustritt darf nicht**
2 **mit einer Gebühr belegt werden**

3 *Antragssteller: SPD OV Vahrenwald-List*

4 Der SPD-UB-Parteitag möge beschließen und an den SPD Bezirks-, Landes- und
5 Bundesparteitag weiterleiten.

6 Die Gebühr (zwischen 10,- und 31,- Euro), die momentan in allen Bundesländer (Ausnahmen
7 Bremen und Brandenburg) beim Kirchenaustritt erhoben wird, muss mit sofortiger Wirkung
8 abgeschafft werden.

9 Begründung:

10 Die Kirchensteuer an sich stellt bereits eine Unterstützung der Kirchengemeinden durch den
11 Staat dar, die der Trennung von Staat und Kirche widerspricht.

12 Der Austritt aus der Kirche darf allerdings unter gar keinen Umständen mit einer Gebühr belegt
13 werden. Momentan kostet der Austritt in Niedersachsen 25,- Euro in Bayern sogar 31,- Euro.

14 Insbesondere für Minijobber*innen oder schlechter Verdienende kann diese Gebühr
15 ausschlaggebend sein, um den Wunsch aus der Kirche auszutreten, nicht nachzukommen. Die
16 Bundesländer Bremen und Brandenburg zeigen bereits, dass es auch ohne Gebühr geht.

17 **Empfehlung der Antragskommission: Annahme**

1 C 9 Solidarische Bürgerversicherung Gesundheit – 2 Krankenversicherung/Pflegeversicherung

3 *Antragssteller: SPD AG 60plus Unterbezirksvorstand*

4 Die Arbeitsgemeinschaft 60plus in der SPD beantragt:

5 Die Zusammenführung von Krankenversicherung, Pflegeversicherung und medizinischer
6 Rehabilitation unter dem Dach der GKV

7 Eine Bürgerversicherung ist gerechter als die derzeitige Beitragsfinanzierung, weil sie die
8 Finanzierung von Kranken- und Pflegeversicherung konsequent am Grundsatz der
9 Leistungsfähigkeit eines jeden Bürgers orientiert.

10 In der Kranken- und Pflegeversicherung werden vergleichbare Lebensrisiken versichert. Die
11 organisatorische Trennung der teilweise wettbewerblich ausgerichteten GKV von der
12 nichtwettbewerblich organisierten sozialen Pflegeversicherung (SPV) bringt erhebliche
13 Nachteile für die Nutzer. Sie ermöglicht Verschiebungen der Kosten zwischen beiden
14 Versicherungszweigen und führt in vielen Fällen zu unklaren Zuständigkeiten, welche die
15 Versorgung des Pflegebedürftigen erheblich erschweren können.

16 Begründung:

17 Folgende Elemente sollten Inhalt einer solidarischen Kranken- und Pflegeversicherung
18 einschließlich der medizinischen Rehabilitation unter einem Dach sein:

19 *Aufklärung in der Bevölkerung (in allen gesellschaftlichen Bereichen)*

- 20 • Das Risiko, pflegebedürftig zu werden, als auch die Prävention von Pflegebedürftigkeit
21 bedarf verstärkter gesellschaftlicher und gesundheitspolitischer Aufmerksamkeit.

22 *Nicht zum Nulltarif*

- 23 • die selbst organisierte und finanzierte Vorsorge wird mehr als bislang die solidarische

24 *Absicherung ergänzen müssen.*

- 25 • Dabei geht es nicht allein um eine finanzielle Absicherung des Risikos
26 Pflegeabhängigkeit, sondern ebenso um die Entwicklung eines Bewusstseins dafür,
27 dass Pflegebedürftigkeit kein unabwendbarer Zustand ist, der sich z. B. durch Lebensstil
28 oder Anpassung des Wohnumfeldes verhindern oder zumindest in seiner Schwere
29 verringern bzw. verzögern lässt.

30 *Umverteilung*

- 31 • Politisch muss die Debatte zu Umverteilungsprozessen in die Langzeitpflege und
32 Betreuung chronisch Kranker aufgenommen werden und neue Akzente der
33 gesundheitlichen Versorgung in der altersgewandelten Gesellschaft setzen

34 *Generationengerechtigkeit*

- 35 • Generationengerechtigkeit die Postulate der Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit
36 verlangen, dass zukünftige Generationen bei vergleichbarer Abgabenlast vergleichbare
37 Leistungen von der Versichertengemeinschaft erhalten wie die heutige Generation.

38 *Geschlechtergerechtigkeit*

- 39 • Im Sinne einer Geschlechtergerechtigkeit sollte mit den künftigen gesetzlichen
40 Rahmenbedingungen auch angestrebt werden, die Aufgaben der Pflege solidarischer
41 zwischen den Geschlechtern zu teilen. Heute tragen vor allem Frauen (Ehefrauen,
42 Töchter und Schwiegertöchter) die - oft sehr hohen - Belastungen der häuslichen Pflege
43 Familienangehöriger.

44 *Wettbewerbliches Versicherungssystem*

- 45 • Die Integration der SPV in ein wettbewerbliches Versicherungssystem setzt allerdings
46 einen funktionsfähigen, morbiditätsorientierten Risikostrukturausgleich (RSA) voraus.
- 47 • Bei seiner Konstruktion können die Erfahrungen mit dem RSA in der GKV als nützliche
48 Informationsgrundlage dienen.
- 49 • Die Integration dieser beiden sozialen Versicherungszweige löst zwar insofern nicht alle
50 Schnittstellenprobleme, als der Interessenkonflikt zwischen den Versicherten und den
51 Krankenkassen wegen des Teilkaskocharakters der SPV in vielen Fällen bestehen
52 bleiben wird. Die Versicherten verfügen jedoch in einem wettbewerblichen System
53 über die Möglichkeit, auf die Entscheidungen der Krankenkassen Einfluss zu nehmen, d.
54 h. mit einem Kassenwechsel zu drohen bzw. zu reagieren.

Wegfall der Versicherungspflichtgrenze

- 55 • Sofern die GKV über einen Wegfall der Versicherungspflichtgrenze zu einer sog.
56 Bürgerversicherung erweitert wird, bietet sich im Falle der Integration dieser beiden
57 Versicherungszweige auch eine entsprechende Ausgestaltung der SPV an.
- 58 • Auch unabhängig von einer Integration dieser beiden Versicherungszweige, d. h. bei
59 Fortbestehen einer eigenständigen SPV im derzeitigen Ordnungsrahmen, sprechen
60 Effizienzaspekte für eine wettbewerbliche SPV mit einem Risikostruktur- statt eines
61 Finanzausgleichs.

62 *Einbeziehung aller Einkunftsarten*

- 63 • die Versichertenbeiträge sollten auf alle Einkunftsarten ausgeweitet, der Beitrag des
64 Arbeitseinkommens jedoch weiter paritätisch finanziert werden.

65 *Familienversicherung und Splitting der Beitragsgrundlagen*

- 66 • Die Familienmitversicherung wird weiterhin als sinnvoll erachtet.
- 67 • Empfohlen wird das Splitting des gemeinsamen Arbeitsentgeltes bzw. Einkommens mit
- 68 anschließender Anwendung des hälftigen Beitragsatzes auf beide Entgeltteile. Das
- 69 Splittingverfahren belastet im Vergleich zur geltenden Regelung nur solche Familien
- 70 stärker, bei denen das Arbeitsentgelt des erwerbstätigen Partners die
- 71 Beitragsbemessungsgrenze übersteigt, und solche, bei denen das Arbeitsentgelt des
- 72 einen Partners über und das des anderen Partners unter der Beitragsbemessungsgrenze
- 73 liegt

74 *Anreize zur ambulanten Pflege*

- 75 • Um stärkere Anreize zur ambulanten Pflege zu setzen, sollten die Sätze im ambulanten
- 76 Bereich etwas angehoben und im stationären etwas abgesenkt werden

77 *Wettbewerb durch Vertragsfreiheit*

- 78 • Im bisher nichtwettbewerblichen System der Pflegeversicherung könnten
- 79 Wettbewerbselemente den Pflegebedürftigen zu Gute kommen. Wenn Pflegekassen
- 80 mit einzelnen Pflegeheimen oder Pflegeheimketten für ihre Versicherten besondere
- 81 Tarife aushandeln, verringern sie den Eigenanteil der Versicherten. Jeder Versicherte
- 82 erhält jedoch die Möglichkeit, sich auch für einen anderen Anbieter zu entscheiden,
- 83 muss dann allerdings einen höheren Eigenanteil in Kauf nehmen.

84 *Stärkere Berücksichtigung der Kindererziehung*

- 85 • Bei der Umsetzung des Bundesverfassungsgerichtsurteils zur Entlastung der
- 86 Erziehenden im Beitragssystem der Pflegeversicherung ist der generative Beitrag der
- 87 Eltern zu honorieren. Erziehende sollten nicht generell und einheitlich, sondern in
- 88 Zusammenhang mit der Anzahl der Kinder entlastet werden.

89 *Geriatrische Rehabilitation zu den Pflegekassen*

- 90 • Die Chance, durch Prävention und Rehabilitation Pflegebedürftigkeit zu verhindern, zu
- 91 mindern oder hinauszuzögern, wird bislang unzureichend genutzt. Für Krankenkassen
- 92 besteht der Anreiz, Leistungen auf die Pflegeversicherung zu verlagern. Sie selbst
- 93 besitzen nur dann ein Interesse an präventiven und rehabilitativen Maßnahmen, wenn
- 94 sich deren Erfolge in der GKV und nicht als externe Effekte in der SPV niederschlagen.
- 95 Rehabilitation sollte von dem Träger finanziert werden, der auch den Nutzen für den
- 96 Erfolg der Maßnahme trägt. Daraus folgt die Forderung nach der Anerkennung der
- 97 Pflegekassen als Rehabilitationsträger. Eine solche Entscheidung hebt die Trennung von
- 98 Finanzierungslast und Erfolgsinteresse bei der geriatrischen Rehabilitation auf und
- 99 überträgt die Verantwortung für die geriatrische Rehabilitation den Pflegekassen.

100 *Einbindung der Kommunen in die Verantwortung*

- 101 • Für die Prävention der Pflegeabhängigkeit sind auch die Kommunen und Länder
102 mitverantwortlich. Ihnen fällt die Aufgabe zu, die notwendige Infrastruktur zu schaffen
103 und zu erhalten. Dies umfasst die Wohngebäudeausgestaltung, die Bereitstellung
104 gemeindenaher Dienste für Hilfeleistungen, die nicht Gegenstand der Pflege oder der
105 Pflegeversicherung sein können, aber auch die Stärkung und Unterstützung
106 ehrenamtlichen Engagements.

107 *Versicherungsfremde Leistungen steuerfinanziert*

- 108 • die krankenversicherungsfremden Leistungen auf der Ausgabenseite belaufen sich auf
109 über 30 Mrd. € Eine Umfinanzierung aus Steuermitteln führt zu einer
110 Beitragssatzabsenkung in der GKV von über 3 Beitragssatzpunkten.
- 111 • Für eine Verlagerung der krankenversicherungsfremden Leistungen von der Beitrags- in
112 die Steuerfinanzierung sprechen auch arbeitsmarktpolitische Gründe. Bei gleichem
113 Leistungsvolumen erfordert die Beitragsentlastung der GKV zwar eine Erhöhung von
114 Steuern und/oder öffentlicher Schuld in gleicher Höhe, dabei können die
115 beschäftigungspolitischen Effekte aber erheblich differieren. Die Beitragsentlastung
116 reduziert die Lohnnebenkosten und fördert damit den Einsatz des Produktionsfaktors
117 Arbeit, während sich die Steuererhöhungen auf den Konsum konzentrieren können.

118 *Gegenüberstellung der Organisationsunterschiede der gesetzlichen Krankenversicherung und der*
119 *sozialen Pflegeversicherung*

Gesetzliche Krankenversicherung

Vollkasko-Versicherung
Risikostrukturausgleich
wettbewerbliches System
Festlegung des Beitragssatzes durch die jeweilige
Krankenkasse (bei gleicher Beitrags-
bemessungsgrenze)
Leistungen nach dem Bedarfsprinzip
Heterogenität in der Ausgestaltung der
Vertragsverantwortlichkeiten (unterschiedliche
Vertragsausgestaltung auf Landesebene,
Modellprojekte usw.)
in der Regel Leistungsgewährung bei
Inanspruchnahme (implizite
Leistungsgewährung)
sektorale Budgetierung
geringe Wahlmöglichkeiten bei den Leistungen

Soziale Pflegeversicherung

Teilkasko-Versicherung
ausgabenorientierter Finanzausgleich
nichtwettbewerbliches System
Festlegung des Beitragssatzes durch den Ge-
setzgeber (bei gleicher Beitragsbemessungs-
grenze)
Leistungen nach dem Budgetprinzip
gemeinsames und einheitliches Vorgehen in der
Ausgestaltung der Vertragsverantwortlichkeiten
(die einzelne Pflegekasse verfügt nicht über
eigene Entscheidungsspielräume)
Leistungsgewährung nach Antrag und
Begutachtung (explizite Leistungsgewährung)
Gesamtbudget
größere Wahlmöglichkeiten bei den Leistungen
(Sach- oder Geldleistungen in der ambulanten
Versorgung, ambulante oder stationäre
Versorgung)

120 Fazit:

121 *Folgende Gesichtspunkte sprechen mittelfristig für eine engere Verzahnung von GKV und SPV:*

- 122 ● das Nebeneinander der GKV und der SPV ist nicht effektiv, da strukturell ähnlich
123 gelagerte Risiken abgesichert werden,
- 124 ● bei älteren Versicherten kommt es oft zu Überschneidungen der Ansprüche aus beiden
125 Versicherungszweigen,
- 126 ● Maßnahmen der Prävention und Rehabilitation zur Vermeidung von
127 Pflegebedürftigkeit werden aufgrund verschiedener ökonomischer Anreizstrukturen
128 unzureichend ergriffen,
- 129 ● Chancen für die Etablierung von Modellen der integrierten Versorgung werden kaum
130 genutzt und
- 131 ● die anspruchsberechtigten Pflegebedürftigen erleiden erhebliche Nachteile, wenn
132 Leistungen von der GKV in die budgetierte SPV verschoben werden.

133 Angesichts des zu erwartenden drastischen Anstiegs von Krankheits- und Pflegekosten –
134 aufgrund der demografischen Entwicklung - sollen die Kranken- und Pflegeversicherung und
135 medizinische Rehabilitation zusammengeführt werden. Das Nebeneinander von
136 Pflegeversicherung und Krankenkassen ist unwirtschaftlich, weil beide Systeme ähnliche
137 Risiken absichern. Zudem verschieben die Krankenkassen oft Ausgaben in die
138 Pflegeversicherung um zu sparen. Mit der Zusammenführung von Krankenversicherung,
139 Pflegeversicherung und medizinischer Rehabilitation lägen die Aufgaben von Prävention,
140 Behandlung, Rehabilitation und Pflege in einer Hand. So könnten die Aufgaben auch aus einer
141 Hand koordiniert, integriert geplant und finanziert werden.

142 **Empfehlung der Antragskommission: Erledigt durch Antrag C 3**

1 D 1 Mehr Gleichberechtigung – Vereinbarkeit von Beruf und 2 Familie besser fördern

3 *Antragssteller: SPD Jusos Region Hannover*

4 Wir schlagen eine Reihe von Maßnahmen vor, welche zukünftig ermöglichen sollen, dass beide
5 Ehepartner*innen auch nach der Geburt der Kinder Vollzeit arbeiten können:

6 Zunächst muss das Ehegattensplitting abgeschafft werden. Stattdessen soll aus den erhöhten
7 Steuereinnahmen das Elterngeld erhöht werden, um die Familien unabhängig vom Verdienst
8 der Ehepartner*innen zu fördern. Nach dem Ende des Elterngeldes werden Eltern über eine
9 gleichberechtigte Steuerentlastung gefördert, die unabhängig ist von der Art des
10 Familienmodells.

- 11 • Es muss für eine vollumfängliche, ganztägige und kostenlose Kinderbetreuung gesorgt
12 werden, die es beiden Eltern ermöglicht, mit dem Ende des Elterngeldes, wieder Vollzeit
13 zu arbeiten. Die gesicherte Kinderbetreuung sollte deshalb schon vor Vollendung des
14 ersten Lebensjahres beginnen. Kita- und Krippenplätze müssen deswegen noch weit
15 intensiver ausgebaut werden, als dies bisher in Planung ist.
- 16 • Damit sowohl Männer und Frauen zu gleichen Teilen Elternzeit nehmen, sollte dies
17 über das Elterngeld subventioniert werden. Nur wenn beide Lebenspartner*innen
18 gleichviel Elternzeit nehmen, soll dieses zur vollen Höhe ausgezahlt werden. Die Höhe
19 des Elterngeldes soll dabei nach dem Familieneinkommen bemessen werden.
- 20 • Um zu verhindern, dass der Mann, auch in vergleichbaren Berufen der
21 Besserverdienende ist, und deswegen es finanziell sinnvoller ist, wenn die Frau
22 Elternzeit nimmt, muss endlich die Gehaltlücke zwischen den Geschlechtern
23 geschlossen werden („Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“).
- 24 • Unternehmen die ihre Mitarbeiter*innen für das beantragen von Elternzeit
25 benachteiligen, werden sanktioniert. Eine solche Benachteiligung kann bei einer
26 Behörde durch Geschädigte angezeigt werden.

27 Begründung:

28 In keinem europäischen Land werden das traditionelle Familienbild und die traditionelle Ehe in
29 einem vergleichbaren Maße staatlich gefördert wie in der Bundesrepublik Deutschland. Dies
30 hat nicht nur ideelle Folgen, sondern ist außerdem mitverantwortlich dafür, dass all jene, die
31 diesem Modell nicht folgen, finanziell bestraft und benachteiligt werden. Besonders betroffen
32 sind hierbei die Gruppe der Alleinerziehenden Eltern. Aus einer Monitor Studie von 2010 geht
33 hervor, dass 19 % aller Familien mit Kindern, Alleinerziehenden sind. Hiervon sind weiterhin 58
34 % geschieden.

35 Aus dieser Studie geht weiterhin hervor, dass 39% der Alleinerziehenden Eltern weniger als
36 1300 ,-Euro im Monat verdienen. Nur 8% verdienen mehr als 2300,-Euro. Fast die Hälfte
37 verdient zwischen 1300-2600,-Euro. Weiterhin geht aus dieser Studie hervor, dass 30% auf
38 zusätzliche Transferleistungen wie Arbeitslosengeld II oder Sozialhilfe angewiesen. Da 90% der

39 alleinerziehenden Mütter sind, zeigt sich das insbesondere Frauen Gefahr laufen, in die
40 Einkommensarmut zu verfallen, sollte die Ehe scheitern.

41 Diese bedauernswerte Lage wird durch den Staat aktiv gefördert:

- 42 • Durch das Ehegattensplitting werden die Gehälter der Ehepartner*innen
43 zusammengerechnet, und daraufhin für die Berechnung der jeweiligen Steuern wieder
44 hälftig geteilt. Dadurch entsteht ein enormes Steuerersparnis für verheiratete Paare,
45 insbesondere wenn einer der Lebenspartner, meistens die Frau, nicht arbeitet. Es lohnt
46 sich somit aus finanzieller Sicht mehr, wenn die Frau nicht arbeitet und somit auch
47 nicht vorsorgt für eine mögliche Zeit nach der Ehe.
- 48 • Da das Angebot an frühzeitiger und ganztägiger Kinderbetreuung in Deutschland noch
49 weit hinter dem europäischen Vergleich zurück ist, ist es oftmals schwierig, Kind und
50 Beruf zu vereinbaren. Es werden zwar immer mehr Kitas und Krippen gebaut und auch
51 Ganztagsangebote geschaffen, dies ist aber noch lange nicht ausreichend, um eine
52 unkomplizierte Rückkehr in den Beruf nach der Geburt zu ermöglichen. Auch das
53 Betreuungsgeld als Herdprämie muss abgeschafft werden.
- 54 • Obwohl die Möglichkeit besteht, dass beide Lebenspartner*innen Elternzeit nehmen
55 können, tun dies immer noch hauptsächlich Frauen. 2015 haben 41,6% der Frauen mit
56 Kindern unter 3 Jahren Elternzeit genommen. Dem gegenüber standen nur 2,5% der
57 Männer. Bei Frauen mit Kindern unter 6 Jahren nahmen 24,1% Elternzeit. Dem
58 gegenüber standen nur 1,5 der Männer. Dies hängt damit zusammen, dass es einerseits
59 nicht vom Staat gefördert wird, gleichberechtigt Elternzeit zu nehmen und andererseits
60 die Wirtschaft diese benachteiligt. Nimmt man sich Elternzeit heißt dies zumeist, seine
61 berufliche Karriere aufzugeben. Da außerdem, durch die ungleiche Entlohnung von
62 Frauen und Männern, entscheiden sich die Familien aus finanzieller Sicht zumeist, dass
63 der Besserverdienende, oftmals der Mann, arbeitet, während die Frau Elternzeit nimmt.
64 Auch hiermit hängt es zusammen, dass insbesondere geschiedene Frauen später in die
65 Einkommensarmut verfallen.

66 **Empfehlung der Antragskommission: Annahme**

Quellen:

<https://www.bmfsfj.de/blob/76232/4abcbfc3b6124fcc2766fd4cc11e87c/monitor-familienforschung-ausgabe-28-data.pdf>

1 D 2 Schutzlosigkeit beenden

2 *Antragssteller: SPD Jusos Region Hannover*

3 Frauen müssen grundsätzlich vor Gewalt und Übergriffen geschützt werden. Das gilt in
4 besonderem Maße für Frauen und Familien, die bei uns in Form von Asyl Schutz suchen. Um
5 diese wirksam vor Übergriffen zu schützen muss es in jeder Unterkunft von Geflüchteten für
6 Frauen und Kinder einen räumlich getrennten, für Männer nicht ohne weiteres zugänglichen
7 Bereich geben, welcher Privatsphäre und Sicherheit bietet. Das gilt auch für kurzfristig
8 eingerichtete und nur vorübergehende Sammelunterkünfte. Schutz vor Gewalt ist nicht
9 verhandelbar, sondern Mindestbedingung jeder menschenwürdigen Unterbringung.

10 Begründung:

11 Frauen und Familien mit Kindern bilden unter den Menschen, die sich derzeit auf der Flucht
12 befinden und Schutz suchen, eine Minderheit dar. Dadurch geraten auch ihre besonderen
13 Anliegen und Bedürfnisse allzu oft in Vergessenheit. Dabei brauchen gerade Frauen und Kinder,
14 die die Strapazen der Flucht hinter sich haben und oft genug Opfer von Gewalt geworden sind,
15 besonderen Schutz um ihnen das Gefühl von Sicherheit zu vermitteln aber auch sie vor
16 neuerlicher Gewalt und Missbrauch zu schützen. In vielen Erstaufnahmeeinrichtungen und
17 Sammelunterkünften gibt es dagegen keine Rückzugsmöglichkeit für Frauen und Familien die
18 die benötigte Privatsphäre bieten, es gibt keinen gesicherten Raum in dem sie vor neuerlicher
19 Gewalt oder Übergriffen geschützt wären. Türen zu Zimmern sind regelmäßig nicht
20 abschließbar, in Turnhallen werden schlicht Bettenlager errichtet. Das ist ein unhaltbarer
21 Zustand. Wenn wir Geflüchteten Schutz bieten wollen muss dieser schon in der Unterbringung
22 anfangen.

23 Die häufig erforderliche kurzfristige Unterbringung von Geflüchteten stellt Kommunen,
24 Verwaltung und Ehrenamtliche vor enorme Herausforderungen. Trotzdem dürfen auch hier
25 gewisse elementare Anforderungen nicht missachtet werden. Dazu gehören auch und vor
26 allem Schutzstandards um zu verhindern, dass Menschen noch mehr Leid geschieht und sie
27 erneut Opfer von Gewalt werden oder in Angst leben müssen.

28 **Empfehlung der Antragskommission: Annahme**

1 **D 3 Rückkehrrecht von Teilzeit in Vollzeit – jetzt!**

2 *Antragssteller: SPD ASF Region Hannover*

3 Die SPD im Unterbezirk Region Hannover möge beschließen:

4 Das Rückkehrrecht von einer Teilzeitbeschäftigung in die Vollzeitarbeit muss gesetzlich klar
5 geregelt sein. Die Gesetzesinitiative der SPD-Bundestagsfraktion muss daher mit Nachdruck in
6 die jetzige und künftige Regierung hineingetragen werden.

7 Der Antrag soll an den SPD-Bezirksparteitag, SPD-Landesparteirat und SPD-Landesparteitag
8 sowie SPD-Bundesparteitag und SPD-Bundestagsfraktion weitergeleitet werden.

9 Begründung:

10 Dass das Rückkehrrecht von Teilzeit in Vollzeit eine schon lange bestehende Forderung –
11 ausgehend von der ASF – für die SPD ist, ist darin begründet, dass insbesondere Frauen von der
12 Teilzeitfalle betroffen sind und die Möglichkeit erhalten müssen, aus ihr wieder
13 herauszukommen, um bei Veränderung des Lebensverlaufs wieder in eine
14 Vollzeitbeschäftigung zu gelangen.

15 Über die Hälfte der erwerbstätigen Frauen – zum großen Teil Mütter – arbeiten häufig
16 unfreiwillig in Teilzeit. Dadurch ist in vielen Fällen weder die eigene Existenzsicherung noch die
17 der Kinder gewährleistet. Teilzeitbeschäftigte arbeiten häufig unter ihrer Qualifikation, werden
18 schlechter bezahlt als Vollzeitkräfte, haben kaum Möglichkeiten zur betrieblichen oder
19 überbetrieblichen Weiterbildung und werden beim beruflichen Aufstieg wegen ihrer
20 Arbeitszeit kaum berücksichtigt. Dies führt am Ende eines Erwerbslebens in der Regel zu nicht
21 existenzsichernden Rentenansprüchen.

22 Ein entsprechender Gesetzesentwurf liegt im Bundesministerium für Arbeit bereits vor, doch
23 wird aufgrund der CDU/CSU noch verhindert. Die SPD muss an diesem Thema dranbleiben und
24 dieser Forderung auch weiterhin nachkommen. Ebenso sieht es die Resolution der
25 Bundesarbeitsgemeinschaften „Zeit für mehr Gerechtigkeit“ für das kommende SPD-
26 Regierungsprogramm von 2017 – 2021 vor. Der vorliegende Antrag soll die SPD-
27 Bundestagsfraktion weiterhin dazu bekräftigen, an diesem Vorhaben festzuhalten und sich
28 dafür einzusetzen, dass dieses Gesetz in Kraft tritt.

29 **Empfehlung der Antragskommission: Annahme und Weiterleitung**

1 D 4 Entgeltgleichheitsgesetz – jetzt!

2 *Antragssteller: SPD ASF Region Hannover*

3 Die SPD im Unterbezirk Region Hannover möge beschließen:

4 Das vorliegende Lohntransparenzgesetz im Deutschen Bundestag soll zu einem
5 Entgeltgleichheitsgesetz weiterentwickelt werden, in dem alle Beschäftigten erfasst werden,
6 verbindliche Kriterien für Prüfverfahren, verbindliche Verfahren zur Herstellung der
7 Entgeltgleichheit und zur Bewertung gleichwertiger Arbeit sowie ein Verbandsklagerecht
8 vorgesehen werden.

9 Die SPD-Bundestagsfraktion soll sich mit Nachdruck dafür einsetzen, dass die entsprechende
10 Gesetzesinitiative in die jetzige und künftige Regierung hineingetragen wird.

11 Der Antrag soll an den SPD-Bezirksparteitag, SPD-Landesparteirat und SPD-Landesparteitag
12 sowie SPD-Bundesparteitag und die SPD-Bundestagsfraktion weitergeleitet werden.

13 Begründung:

14 Die SPD und vor allem die ASF kämpfen schon lange dafür, dass die Forderung nach gleichem
15 Lohn für gleiche Arbeit auch gesetzlich verankert wird. Jedes Jahr wird erneut der Tag
16 berechnet, an dem der Lohnunterschied zwischen Frauen und Männern deutlich wird. In
17 diesem Jahr ist es der 18. März 2017. Durch verschiedene Maßnahmen kommen wir diesem
18 Ziel zwar immer näher, jedoch ist es notwendig und von allen Gewerkschaften schon lange
19 gefordert, den Equal Pay auf gesetzlicher Grundlage in Deutschland zu etablieren.

20 In der neusten Resolution der Bundesarbeitsgemeinschaften „Zeit für mehr Gerechtigkeit“
21 werden dies und noch mehr explizit gefordert für das kommende SPD-Regierungsprogramm
22 von 2017 – 2021.

23 Ein entsprechender Gesetzesentwurf liegt im Bundesministerium für Arbeit und Soziales zwar
24 vor, doch wird er von der CDU/CSU noch blockiert. Die SPD muss an dieser Forderung
25 dranbleiben und nicht aufhören, sich dafür einzusetzen, bis das Gesetz verabschiedet wird.

26 **Empfehlung der Antragskommission: Annahme und Weiterleitung**

1 E 1 Sofortige Ächtung von Atomwaffen weltweit

2 *Antragsteller: SPD Jusos Region Hannover*

3 Momentan gibt es weltweit etwa 15400 Atomwaffen (geschätzt). Mindestens 9 Staaten
4 besitzen Atomwaffen. Sie sind momentan alle in militärische Konflikte mit anderen Ländern
5 verwickelt. Deutschland hat zwar keine Atomwaffen, ist aber über die Nato in einer
6 sogenannten nuklearen Allianz. Diese Allianz beinhaltet Solidarität aller Mitgliedsstaaten im
7 Bereich nuklearer Rüstung. Das hat zur Folge, dass in sämtlichen Nato-Mitgliedsstaaten, die
8 keine Atommacht sind, nukleare Sprengsätze gelagert sind. Beispiel Mitglied Deutschland: In
9 Rheinland-Pfalz sind 20 Atomwaffen von den USA gelagert. Trotz Bestrebungen des
10 Bundestages, diese Atomwaffen von Deutschland abziehen zu lassen, sind sie noch da. Auch
11 deutsche Soldaten lernen, diese Waffen zu fliegen und sogar abzuwerfen. Beispiel Mitglied
12 Türkei: Dort sind 90 Waffen am Stützpunkt Incirlik gelagert. Incirlik liegt an der syrischen
13 Grenze und damit vor der Haustür einer Konfliktregion. Atomwaffen werden also nicht nur von
14 Nationen besessen, die in Konflikte verwickelt sind. Sie werden auch in konfliktnahen Regionen
15 gelagert.

16 „Im Oktober 2015 beschloss die Generalversammlung der Vereinten Nationen (GV-VN) die
17 Einberufung einer Open Ended Working Group (OEWG) zu nuklearer Abrüstung, die sich u. a.
18 mit möglichen Verhandlungen über ein Verbot dieser Massenvernichtungswaffen beschäftigen
19 sollte. [...] Die Bundesregierung stimmte in der OEWG sowohl gegen die Empfehlung,
20 Verhandlungen über ein Atomwaffenverbot zu beginnen, als auch gegen den Abschlussbericht
21 insgesamt.“¹ Dabei sind uns allen seit Hiroshima, wenn nicht sogar vorher, die Risiken und
22 Nachteile von Atomwaffen bekannt. Ihr Einsatz kann verheerende humanitäre Folgen haben
23 und schadet in jedem Fall der Umwelt. Explosion samt Hitze und Druckwelle sowie
24 Strahlenbelastungen über mehrere Jahrzehnte sind nur einige Folgen, die allgemein bekannt
25 sind. Weniger bekannt, aber ebenso gefährlich ist ein nuklearer Winter. Dabei fällt die globale
26 Temperatur bei jedem Einsatz einer Atomwaffe. 1% aller Atomwaffen würde genügen, eine
27 weltweite kältebedingte Dürre auszulösen. Ein Atomschlag würde in diesem Sinne der
28 Zivilbevölkerung so nachhaltig schaden wie keine andere Waffe.

29 Unabhängig davon ist fraglich, welchen Zweck Atomwaffen tatsächlich erfüllen können. Ihre
30 Produktion und Modernisierung kostet den Besitzerstaat Milliarden. Dabei machen sie mehr
31 Angst als sie nehmen. Denn wenn sich Staat A in Berufung auf einen Konflikt mit Staat B
32 Atomwaffen anschafft, dann wird Staat B verängstigt. Um militärisch zu unterliegen, rüstet -
33 soweit möglich- Staat B auch auf, vielleicht auch atomar. Daraus folgt: Durch die Gewaltspirale
34 ist niemandem geholfen oder gar die Angst vor dem Anderen genommen. Stattdessen stehen
35 sich zwei gefährlich bewaffnete Nationen gegenüber. Der mögliche zivile Schaden im Falle
36 eines Konfliktes ist angestiegen. Einen solchen Konflikt haben wir zwischen den Atomnationen
37 Indien und Pakistan, zwischen Israel und der restlichen orientalischen Welt und nicht zuletzt
38 zwischen den USA+ GB+ Frankreich auf der einen und Russland auf der anderen Seite.

¹ <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/18/100/1810002.pdf>

39 Deutschland stimmte gegen Empfehlung und Abschlussbericht der OEWG in seiner Pflicht als
40 Nato-Partner. Das ist verständlich, denn eine Zustimmung würde einem Vertragsbruch
41 entsprechen. Im aktuellen Koalitionsvertrag ist jedoch die Bestrebung enthalten „die
42 Bedingungen für eine Welt ohne Kernwaffen zu schaffen“.² Das Versprechen bleibt illusorisch,
43 wenn die Besitzer von Atomwaffen die Verhandlungen bestimmen. Denn die Besitzer
44 modernisieren momentan ihre Waffen für mehrere Milliarden und sehen keinen Grund,
45 abzurüsten. Und genau das soll doch unterbunden werden. Im Notfall müsste die deutsche
46 Bundesregierung die atomare Allianz der Nato hintergehen. Ja, das wäre ein bewusstes
47 schweres Vergehen gegen das Solidaritätsprinzip der NATO. Und ja, das Verhalten wäre zu
48 sanktionieren. Aber Deutschland kann in seiner Rolle als Nation ohne Atomwaffen einen
49 wichtigen und unverzichtbaren Beitrag zur Entschärfung von Konfliktpotential auf der Welt
50 leisten. Und diese Rolle überwiegt. Künftige Generationen werden uns dafür danken, dass
51 derartig katastrophale humanitäre Folgen frühzeitig ausgeschlossen wurden.
52 Abschließend noch einmal zurück zur Stationierung der Waffen in Deutschland. 85% der
53 deutschen Bevölkerung sind gegen eine weitere Lagerung der Waffen auf deutschem Boden.
54 Dennoch: Vorbehalte gegen nukleare Abrüstung sind noch immer tief in unserer Gesellschaft
55 verwurzelt, mit Argumenten unterlegt wie „Atomwaffen geben Sicherheit!“ (Geben sie nicht,
56 s.o.), „Lieber Atomwaffen in ‚guten‘ als in ‚falschen‘ Händen!“ (Nordkorea schreckt auch nicht
57 zurück, Waffen zu haben.) oder „Atomwaffen schützen vor Terrorismus!“ (Er ist unverändert
58 da.). Ein Grund dafür könnte sein, dass viele Bürger*innen in ihrem Alltag nicht die reale Gefahr
59 eines nuklearen Schlages wahrnehmen können. Die Frage nach sicherer Lagerung der Waffen
60 kann nie vollständig gelöst werden, zumal wir wissen, dass einige dieser Waffen sich in Krisen-
61 bzw. konfliktnahen Regionen aufhalten. Dass Atomwaffen in die falschen Hände gelangen und
62 damit eine Krise oder sogar eine Katastrophe auslösen, ist immer möglich.
63 Atomwaffen zählen zu den größten Gefahren der Menschheit. Wenn wir es schaffen,
64 Atomwaffen zu bauen: Warum schaffen wir es nicht, sie abzubauen?

65 **Empfehlung der Antragskommission: Annahme als Resolution**

² Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD, 2013, S. 118

1 E 2 Neue Chancen für abgelehnte Asylbewerberinnen und - 2 bewerber

3 *Antragssteller: SPD OV Vahrenheide-Sahlkamp*

4 Der SPD Unterbezirksparteitag möge beschließen:

5 Die SPD-Bundestagsfraktion wird dazu aufgefordert, eine gesetzliche Übergangsregelung für
6 abgelehnte Asylbewerberinnen und Asylbewerber zu schaffen, wodurch sie eine
7 Aufenthaltserlaubnis bekommen können, wenn sie nachweislich

- 8 - Integrationsleistungen erbracht haben,
- 9 - die deutsche Sprache auf mind. A2-Niveau beherrschen,
- 10 - keine negativen polizeilichen Einträge vorweisen,

11 bis das von der SPD geforderte Einwanderungsgesetz in Kraft tritt.

12 Begründung:

13 Im Jahr 2016 haben 745.545 Menschen in der Bundesrepublik einen Asylantrag gestellt. Die
14 Antragssteller kommen aus vielen verschiedenen Herkunftsländern. Die Betroffenen aus Syrien
15 und dem Irak fliehen vor den kriegerischen Konflikten. Viele der Betroffenen bekommen
16 zumindest einen subsidiären Schutzstatus.

17 Flüchtlinge aus anderen Ländern haben oftmals andere Gründe in die Bundesrepublik zu
18 kommen. Bei wirtschaftlichen oder sonstigen Fluchtursachen ist die Anerkennungsquote im
19 Rahmen des Asylverfahrens geringer. In Folge dessen werden viele der Asylbewerberinnen und
20 Asylbewerber auf ihren Asylantrag hin abgelehnt.

21 In der Gruppe der abgelehnten Asylberechtigten gibt es aber zahlreiche Personen, die
22 versuchen, so schnell wie möglich die Sprache zu erlernen, eine Beschäftigung zu finden und
23 sich bestmöglich in die Gesellschaft zu integrieren. Werden ihre Asylanträge abgelehnt,
24 werden die Betroffenen abgeschoben oder wegen Passlosigkeit bzw. aus anderen Gründen
25 geduldet. Das Ziel bei der Duldung ist oftmals die schnellstmögliche Abschiebung in das
26 jeweilige Heimatland. Damit gehen viele hart erkämpfte und erlernte Integrationsleistungen
27 und -bemühungen verloren.

28 Die Bundesregierung hat dieses Defizit erkannt und im Rahmen des Integrationsgesetzes die
29 Anspruchsduldung bei Berufsausbildung nach § 60 a Absatz 2 Satz 4 Aufenthaltsgesetz
30 eingeführt. Nach der abgeschlossenen Ausbildung haben diese Personen die Möglichkeit eine
31 Aufenthaltserlaubnis für zwei Jahre zu erhalten. Was passiert aber mit den Personen die nicht
32 die Möglichkeit erhalten eine Ausbildung zu beginnen. Sollen ihre Integrationsbemühungen
33 verfallen?

34 Wer sich um Integration bemüht, der sollte auch nach der Ablehnung seines Antrages auf
35 Asylanerkennung die Möglichkeit erhalten die erworbenen Integrationsleistungen zu nutzen.

36 Die Sozialdemokratie muss sich dafür einsetzen, dass alle Menschen, die versuchen sich in
37 unsere Gesellschaft zu integrieren, auch die Möglichkeiten zur Teilhabe am gesellschaftlichen
38 Leben erhalten.

39 Daher ist die bestehende Forderung der SPD nach einem Einwanderungsgesetz so erforderlich
40 und notwendig für Deutschland.

41 **Empfehlung der Antragskommission: Annahme**

1 E 3 Einführung Weltfriedenstag als Feiertag

2 *Antragssteller: SPD OV Oststadt-Zoo*

3 Es möge der Parteitag des SPD-Unterbezirks Hannover folgenden Beschluss fassen und diesen
4 an den SPD-Landes- und Bundesvorstand, die Landesregierung und die SPD-Landtagsfraktion
5 für die Vorbereitung einer entsprechenden Gesetzesinitiative weiterleiten:

6

7 „Der Weltfriedenstag bzw. Antikriegstag, der jedes Jahr am 1. September begangen wird, wird
8 zum gesetzlichen Feiertag Im Sinne des Feiertagsrechts erklärt.“

9 Begründung:

10 Selten zuvor seit dem Ende des 2. Weltkrieges war es national und international so notwendig,
11 die Bedeutung des Friedens als Grundlage des Zusammenlebens zwischen den Völkern,
12 zwischen internationalen Organisationen und auch zwischen Religionen und innerhalb von
13 Gesellschaften so sehr hervorzuheben wie heutzutage.

14 Vor dem Hintergrund der sich ändernden politischen Rahmenbedingungen weltweit und der
15 sinkenden Anzahl an Zeitzeugen, die den 2. Weltkrieg noch persönlich miterlebt haben, ist es
16 daher umso wichtiger, das Bewusstsein in die Bedeutung des Friedens als eigenständigem
17 Wert regelmäßig hervorzuheben.

18 Am 01.09.1939 hatte der Zweite Weltkrieg mit der Lüge der Nationalsozialisten begonnen, der
19 grenznahe Sender Gleiwitz sei von regulären polnischen Truppen überfallen worden. Der
20 anschließende Angriffskrieg kostete über 60 Millionen Menschen das Leben.

21 Auf Initiative des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) wird dieser Gedenktag in der
22 Bundesrepublik seit 1957 jährlich gewürdigt und an die Schrecken des Krieges und an die
23 Bedeutung des Friedens erinnert.

24 Die Aufwertung des seit Jahrzehnten bestehenden Gedenktages des Weltfriedentages bzw.
25 Antikriegstages am 01. September zum gesetzlichen Feiertag ist daher nur sachgerecht und
26 sinnvoll.

27 **Empfehlung der Antragskommission: Annahme**

1 F 1 Übertragung der Sitzungen kommunaler Gremien der Region 2 Hannover

3 *Antragssteller: SPD Jusos Region Hannover*

4 Wir beantragen, dass aufgrund der Zunahme der Digitalisierung zukünftig den öffentlichen
5 Teil der Sitzungen kommunaler Gremien der Region Hannover für alle Bürger*innen einfach
6 und unkompliziert im Internet übertragen werden.

- 7 1. Sitzungen aller kommunalen Gremien der Region Hannover werden als Livestream
8 audiovisuell im Internet übertragen.
- 9 2. Die Aufzeichnungen der Sitzungen aller kommunalen Gremien werden jeweils ab dem
10 Tag nach der Sitzung über die Homepage der Gremien öffentlich gemacht.

11 Begründung:

12 Kommunalpolitik sollte transparent und für alle Bürger*innen leicht zugänglich sein. Die
13 Ratssitzungen und die Fachausschusssitzungen sind öffentlich und können besucht werden.
14 Einem Teil der Bevölkerung wird aufgrund von Berufstätigkeit, zunehmenden Alters,
15 Immobilität, Betreuung von Kindern oder zu pflegenden Angehörigen diese Möglichkeit
16 verwehrt. Immer mehr Städte in Deutschland gehen dazu über, die öffentlichen Sitzungen des
17 Stadtrats, der Fachausschüsse und der Ortsräte live im Internet zu übertragen. Alle
18 kommunalen Gremien der Region Hannover sollten ein größtmögliches Interesse an der
19 Erweiterung des Kreises der politisch interessierten und involvierten Bevölkerung haben. Ein
20 niedrigschwelliges Angebot zur Begleitung aller kommunalen Gremien kann dazu ein Baustein
21 sein.

22 Die Jusos Neustadt und Jusos Wunstorf beantragen daher, dass zukünftig die Sitzungen der
23 kommunalen Gremien der Region Hannover ohne großen Aufwand für die Bürger*innen der
24 Region Hannover live per Internet (Periscope, facebook-live o.ä.) gestreamt werden.
25 Wir wollen damit den unkomplizierten und einfachen Zugang zur Kommunalpolitik
26 sicherstellen und den Bürger*innen die Möglichkeit geben, sich mit der Politik vor Ort, ohne
27 großen Aufwand, auseinanderzusetzen. Gerade junge Menschen vereinfachen wir so den
28 Einstieg in die Kommunalpolitik.

29 Politische Partizipation sollte so wenig wie möglich an technischen Hürden scheitern. Die
30 Auswahl zwischen eigener Teilnahme, Live-Stream und schließlich Video-Archiv stellt die
31 breitestmögliche Angebotsvielfalt für die Bürger*innen unserer Region dar.

32 **Empfehlung der Antragskommission: Annahme**

1 **F 2 Fernsehunterhaltung barrierefrei gestalten**

2 *Antragssteller: SPD Jusos Region Hannover*

3 Eine freie Informationsbeschaffung durch Nutzung verschiedener Quellen ist Grundlage einer
4 offenen Demokratie. Für Gehörlose gibt es derzeit nur wenige Sendungen in Gebärdensprache
5 übersetzt. Daher fordern wir, dass die Nachrichtensendungen der öffentlich-rechtlichen Sender
6 in Gebärdensprache übersetzt werden. Des Weiteren fordern wir, dass jede Sendung Untertitelt
7 wird.

8 Begründung:
9 Erfolgt mündlich.

10 **Empfehlung der Antragskommission: Annahme**

1 G 1 Abgeltungssteuer für Kapitaleinkünfte abschaffen

2 *Antragssteller: SPD Jusos Region Hannover*

3 Wir fordern hiermit, die sogenannte Abgeltungssteuer für Kapitaleinkünfte abzuschaffen,
4 vielmehr sollen Kapitaleinkünfte wieder im regulären System der Einkommensteuer mit dem
5 individuellen Steuersatz und unter Berücksichtigung angefallener Werbungskosten besteuert
6 werden.

7 Begründung:

8 a) Darstellung der gegenwärtigen Situation

9 Nach § 2 Einkommensteuergesetz (EStG) unterliegen die folgenden Einkünfte der
10 Einkommensteuer:

- 11 1. Einkünfte aus Land- und Forstwirtschaft
- 12 2. Einkünfte aus Gewerbebetrieb,
- 13 3. Einkünfte aus selbständiger Arbeit,
- 14 4. Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit,
- 15 5. Einkünfte aus Kapitalvermögen,
- 16 6. Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung,
- 17 7. sonstige Einkünfte im Sinne des § 22.

18 Die Einkunftsarten der Nr. 1.- 3. sind die sog. Gewinneinkunftsarten und werden i.d.R. durch
19 Bilanzierung oder andere gesetzlich vorgeschriebene Gewinnermittlungsverfahren (z.B. § 4
20 Abs. 3 EStG, Tonnagebesteuerung etc.) ermittelt. Die Einkunftsarten der Nr. 4. - 7. sind die sog.
21 Überschusseinkunftsarten, da sie sich aus dem Überschuss der Einnahmen über die Ausgaben
22 für diese Einkünfte (sog. Werbungskosten) ermitteln. Damit liegt dem Einkommensteuergesetz
23 als grundlegender systematischer Gedanke das sog. Nettoprinzip zu Grunde. D.h. es werden in
24 der Regel nicht nur die Einnahmen besteuert, sondern diese um Ausgaben (korrekter:
25 Aufwand) gemindert um dem Gebot einer leistungsgerechten Besteuerung nachzukommen.
26 Die aus den vorgenannten Einkünften ermittelte Summe unterliegt sodann, unter
27 Berücksichtigung von Sonderausgaben, außergewöhnlichen Belastungen und bestimmten
28 pauschalen Abzugsbeträgen, der Besteuerung. D.h. auf diesen Betrag (sog. zu versteuerndes
29 Einkommen) wird ein Steuersatz angewendet. Ebenfalls vor dem Hintergrund einer
30 leistungsgerechten Besteuerung, ist dieser Steuersatz nicht fix, sondern abhängig vom zu
31 versteuernden Einkommen (sog. progressiver Steuertarif). Eine ledige, konfessionslose,
32 kinderlose Person hätte für 2016 bei einem zu versteuernden Einkommen von EUR 30.000
33 Einkommensteuern + Solidaritätszuschlag in Höhe von rd. EUR 5.800 zu entrichten, wäre also
34 mit ca. 19 % belastet; selbige Person wäre bei einem Einkommen von EUR 60.000 bereits mit
35 ca. 30 % und bei einem Einkommen von 90.000 mit einem Steuersatz von rd. 35 % belastet.
36 Beide vorstehend dargestellte Prinzipien (Nettoprinzip und individueller Steuersatz) hat der
37 Gesetzgeber mit Wirkung ab dem Veranlagungszeitraum 2009 für Kapitaleinkünfte
38 durchbrochen.

39 Kapitaleinkünfte sind insbesondere Zinsen und Dividenden, aber auch Gewinne aus dem
40 Verkauf von Aktien, soweit sie nicht zu einer der anderen Einkunftsarten (vgl. oben) gehören.
41 Dadurch werden also vor allem private Kapitaleinkünfte steuerlich gesondert behandelt.
42 Für diese Einkünfte gilt nämlich ein gesonderter Steuertarif von 25 % zzgl. Solidaritätszuschlag
43 (= 26,375 %). Dieser Tarif hat sodann Abgeltungswirkung, d.h. es fällt keine individuell höhere
44 Steuer mehr an, die Kapitaleinkünfte gehen folglich auch nicht in die Summe der übrigen
45 Einkünfte bzw. in das zu versteuernden Einkommen ein. Nachteilig wirkt für den
46 Steuerpflichtigen allerdings, dass in der Regel Bruttoeinnahmen bzw. Brutto-Veräußerungs-
47 gewinne besteuert werde, d.h. Ausgaben im Zusammenhang mit den Einnahmen und
48 Veräußerungsgewinnen nicht von der Steuer abgesetzt werden können.

49 b) Kritik an der gegenwärtigen Situation

50 Das System der Abgeltungsteuer ist ungerecht, da es nicht dem Prinzip einer
51 leistungsgerechten Besteuerung entspricht:

- 52 ● Ausgerechnet volkswirtschaftlich minderwertigste Tätigkeiten (Kapitalanlage und
53 Spekulation) werden steuerlich systematisch begünstigt

- Arbeitseinkommen und unternehmerische Tätigkeit werden steuerlich benachteiligt.

- 54 ● Kapitaleinkünfte in großem Umfang erzielen in der Regel nur besonders wohlhabende
55 und reiche Personengruppen. Insbesondere große Unternehmensinhaber erzielen dabei
56 Dividendenerträge in Millionenhöhe. Ihr Steuersatz ist mit 25 % damit kleiner als der
57 eines Arbeitnehmers mit einem Einkommen von EUR 60.000.

- 58 ● Dies fördert die weitere Ungleichverteilung von Vermögen in Deutschland und ist
59 damit auch aus makroökonomischer Sicht nicht zu empfehlen.

- 60 ● Dabei ist ferner zu beachten, dass die Kapitaleinkünfte aktuell nicht in die Bemessung
61 des Einkommensteuertarifs einfließen und somit zusätzlich noch zu einem günstigeren
62 Steuertarif für das restliche Einkommen führen.

- 63 ● Es ist ferner zu bedenken, dass insbesondere durch verdeckte Gewinnausschüttungen
64 Gestaltungen denkbar sind, in denen im Zusammenspiel mit GmbH-Beteiligungen
65 besonders günstige steuerliche Situationen "herbei gestaltet" werden.

- 66 ● Andererseits ist es aus Gerechtigkeitserwägungen nicht haltbar, dass faktisch
67 Bruttoeinnahmen der Besteuerung unterworfen werden.

- 68 ● Zusätzlich sei darauf hingewiesen, dass die Abgeltungsteuer keineswegs zu einer
69 Echten Verwaltungsvereinfachung geführt hat, stattdessen existieren von der
70 Abgeltungsteuer zahlreiche Ausnahmen bzw. im Rahmen der Abgeltungsteuer
71 notwendige Regelungen, in denen dennoch eine Veranlagung erfolgen muss oder kann.
72 Mehrfache Berechnungskreise und Günstigerprüfungen sind erforderlich.

- 73 ● Steuerpflichtige verstehen oft die auf Bankebene geführten Verlusttöpfe nicht bzw.
74 Stellen notwendige Anträge bei den Instituten (zum 15. Dezember) nicht und vergeben
75 sich dadurch steuerlich günstige Verlustverrechnungen. Hingegen sind wohlhabende
76 Personenkreise insoweit oft steuerlich beraten und daher abermals bevorteilt.
- 77 ● Im Zusammenhang mit dem Kirchensteuerabzug mussten in den letzten Jahren viele
78 Steuerpflichtige ihre Konfessionszugehörigkeit an Finanzinstitute melden, eine an sich
79 höchstpersönliche und private Angelegenheit. Um den damit verbundenen
80 datenschutzrechtlichen Bedenken zu begegnen, hat der Gesetzgeber weiterhin die
81 Möglichkeit aufrechterhalten müssen, die Kirchensteuer nicht zu melden und die
82 Kapitaleinkünfte dann doch durch die Finanzverwaltung einer gesonderten
83 Veranlagung zu unterwerfen um die Kirchensteuer doch noch zutreffend erheben zu
84 können.

85 Nach alledem ist die Abgeltungsteuer als administrativer Wahnsinn anzusehen und stellt eine
86 ungerechtfertigte und unsoziale Bevorteilung wohlhabender und reicher Personenkreise da.

87 c) Lösungsansätze

88 Kapitaleinkünfte sollen wieder im regulären System der Einkommensteuer mit dem
89 individuellen Steuersatz und unter Berücksichtigung angefallener Werbungskosten besteuert
90 werden. Insbesondere wäre § 32d EStG aufzuheben und die §§ 20, 43 ff. und das InvStG wären
91 grundlegend zu überarbeiten.

92 **Empfehlung der Antragskommission: Annahme**

1 G 2 Technologischen Wandel sozial gestalten

2 *Antragssteller: SPD OV Herrenhausen-Stöcken*

3 Der UB-Parteitag Hannover (bzw. Bezirks-Parteitag Hannover) möge beschließen:

4 Der PV wird aufgefordert, im Leitantrag für die Bundestags-Wahl 2017 und im Wahlprogramm
5 folgende Aussagen zu berücksichtigen:

6 Die weltweiten Entwicklungen in modernen Technologien einschließlich der Digitalisierung
7 und die damit verbundenen Veränderungen in der Arbeitswelt, die auch zum Abbau von
8 Arbeitsplätzen und Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen führen können, haben zu
9 massiven Verunsicherungen und Ängsten der betreffenden Menschen auch in Deutschland
10 geführt. So werden z.B. in ganzen Landstrichen durch die Entwicklung zur durchaus sinnvollen
11 Elektromobilität viele Arbeitsplätze in der heutigen Form hinfällig. Neue qualifizierte
12 Arbeitsplätze erfordern ständige Umschulung.

13 In Niedersachsen verändert die Neuausrichtung des VW-Konzerns die gesamte
14 Produktionsstruktur des Werkes und der Zuliefererindustrie.

15 Diesen Prozess, der in den nächsten Jahrzehnten die gesamte Ökonomie und die
16 Lebensverhältnisse verändern wird, muss man sozial gestalten wollen, so dass die Kraft aller
17 Menschen in die produktive Gestaltung und nicht in Protestreaktionen fließt, die durch
18 politische Scharlatane ausgenutzt werden.

19 Die SPD ist aufgerufen, sich dieser realen Sorgen der Menschen anzunehmen und
20 glaubwürdige Lösungen und Aktivitäten anzubieten.

- 21 1. Die SPD ist Vertreterin der Interessen der Arbeitenden und Arbeitssuchenden Menschen
22 und setzt sich für die existentiellen Probleme aller Bürgerinnen und Bürger ein, auch
23 wenn sie noch nicht erwerbstätig oder es nicht mehr sind.
- 24 2. Die SPD unterstützt die Gewerkschaften in ihrem Kampf für gerechte und
25 zukunftsweisende Arbeitsbedingungen und begleitet sie durch politische
26 Entscheidungen, sofern dies notwendig ist (Mindestlohn, Renten- und
27 Krankenversicherungen, Arbeitszeitregelungen, Renten u.ä.).
- 28 3. Die SPD achtet darauf, dass sich die Entwicklung moderner technologiebasierter
29 Arbeitsplätze unter der Perspektive guter und sicherer Arbeit vollzieht und nicht nur
30 unter profitmaximierender Perspektive geschieht.
- 31 4. Die SPD achtet bei der Entwicklung und Förderung technologischer Neuerungen in der
32 Arbeitswelt auf flexible und menschengerechte, einschließlich geschlechtergerechter
33 Bedingungen wie Arbeitszeiten, Ausbildungs- und Weiterbildungsmöglichkeiten, etc..
34 Das gilt insbesondere bei den anstehenden Veränderungen bei der Elektromobilität, der
35 Automatisierung der Produktionsabläufe und digitalisierter Arbeit (Industrie 4.0).
- 36 5. Die SPD achtet bei der weiteren Internationalisierung des Freihandels und
37 Globalisierungsfolgen auf die Interessen der Arbeitenden und der Umwelt.

- 38 6. Die SPD setzt sich für Weiterbildung und Neuqualifizierung ein, um bei Abbau, Wegfall
39 oder Verlagerung von Arbeitsplätzen ins Ausland (EU oder Nicht- EU- Länder) den
40 arbeitenden eine reale Perspektive für ein weiteres Arbeitsleben zu eröffnen.
- 41 7. Die SPD dringt darauf, dass die gesetzlichen Rahmenbedingungen, die Diskriminierung
42 am Arbeitsplatz aufgrund von Geschlecht, Alter, Herkunft oder Behinderung verbieten,
43 auch tatsächlich durchgesetzt werden.
- 44 8. Die SPD nimmt Einfluss auf die Richtung und Qualität der Entwicklung durch
45 angemessene Forschungs- und Technologieförderung.

46 **Empfehlung der Antragskommission: Annahme und Weiterleitung an den**
47 **Bezirksparteitag**

1 **G 3 Für eine neue Finanzpolitik der EU, für eine Sicherung der**
2 **öffentlichen Daseinsvorsorge im Kreditwesen**

3 *Antragssteller: SPD OV Kleefeld-Heideviertel*

4 Der SPD-Unterbezirk Region Hannover fordert die Europäische Union, vertreten durch das
5 Europäische Parlament und die EU-Kommission, auf, ihre Finanzpolitik durch eine Änderung
6 der Richtlinie 2013/36/EU zu korrigieren. Kreditinstitute in öffentlicher Trägerschaft und
7 Genossenschaftsbanken sollen künftig nicht mehr als gewöhnliche Kreditinstitute und
8 Wertpapierfirmen betrachtet und behandelt, sondern als Garanten der Öffentlichen
9 Daseinsvorsorge von den Vorschriften der Eigenkapitalausstattung ausgenommen werden.

10 **Begründung:**

11 Im Zuge der Weltfinanzkrise sind die Regelungen über die Eigenkapitalausstattung von Banken
12 erheblich verschärft worden. Im Zuge der Umsetzung von „Basel III“ ist allerdings auch die
13 Unterscheidung von Privatbanken und Kreditinstituten in öffentlicher oder
14 genossenschaftlicher Trägerschaft aufgegeben worden.

15 Kreditinstitute in öffentlicher Trägerschaft, voran die Sparkassen, wie auch die
16 Genossenschaftsbanken tragen durch ihr dichtes Filialnetz und dadurch, dass sie als erste
17 Konten „für jedermann“ eingerichtet haben wesentlich zur öffentlichen Daseinsvorsorge bei,
18 weil sie sowohl einkommensschwachen Menschen als auch in strukturschwachen Regionen
19 den schnellen Zugang zum allgemeinen Zahlungsverkehr ermöglichen. Dieser Beitrag zur
20 Öffentlichen Daseinsvorsorge wird durch die Richtlinie 2013/36/EU massiv gefährdet und
21 führt in der Folge zur Anhebung von Kontogebühren und zu einer erheblichen Ausdünnung des
22 Filialnetzes von öffentlichen und genossenschaftlichen Kreditinstituten.

23 Da Kreditinstitute in öffentlicher oder genossenschaftlicher Trägerschaft sich weitgehend aus
24 dem aufgeheizten Markt im Investmentbanking herausgehalten haben, dessen
25 Zusammenbruch die weltweite Finanzkrise ab 2007 verursacht hat, dürfen sie nicht mit den
26 Verursachern dieser Krise gleichgestellt werden.

27 **Empfehlung der Antragskommission: Überweisung als Material an UBV**
28 **mit der Bitte, eine inhaltliche Veranstaltung zu diesem Thema zu**
29 **initiieren.**

1 G 4 Erwerbstätigenversicherung erweitern

2 *Antragssteller: SPD AG 60plus Unterbezirksvorstand*

3 Die SPD wird eine Erwerbstätigenversicherung einführen.

4 Wir werden die gesetzliche Rentenversicherung zu einer Erwerbstätigenversicherung
5 erweitern. Dabei werden wir schrittweise die Beitragsbasis auf Abgeordnete, Freiberufler und
6 Selbständige und perspektivisch auf Beamte erweitern. Auch die Versorgungswerke wollen wir
7 integrieren.

8 Begründung:

9 Die SPD hat in der Großen Koalition viel für mehr Rentengerechtigkeit erreicht:

- 10 • Die abschlagsfreie Rente nach 45 Beitragsjahren nutzt vor allem denjenigen, die lange
11 ihren Beitrag zur Rentenversicherung geleistet haben, denen es aber schwerfällt bis 67
12 zu arbeiten.

- 13 • Mit der Mütterrente haben wir mehr Gerechtigkeit für Mütter geschaffen, die Kinder
14 vor 1992 zur Welt gebracht haben, auch wenn wir dies gerne vollständig mit
15 Steuermitteln finanziert hätten.

- 16 • Die Verbesserungen bei der Erwerbminderungsrente helfen denen, die aus
17 gesundheitlichen Gründen nicht mehr weiterarbeiten können und die oftmals
18 besonders von Altersarmut bedroht sind.

- 19 • Mit dem Mindestlohn und der Stärkung der Tarifpartnerschaft haben wir auch auf dem
20 Arbeitsmarkt wichtige Schritte für eine bessere Rente getan.

21 *Trotz aller Erfolge brauchen wir weitere Verbesserungen unseres Rentensystems. Dabei sollten*
22 *uns folgende Ziele leiten:*

- 23 • Die Rente muss den Lebensstandard sichern. Wer in Rente geht darf keine Angst haben,
24 dabei sozial abzustiegen und harte Einschnitte in seiner oder ihrer Lebensführung
25 hinnehmen zu müssen.

- 26 • Die Finanzierung der Rente muss den Prinzipien der Solidarität und der Parität folgen.
27 Wir wollen eine Erwerbstätigenversicherung für alle, in der die Versorgungswerke
28 integriert und Abgeordnete, Freiberufler, Selbständige und perspektivisch auch Beamte
29 solidarisch einzahlen.

- 30 • Wer lange für geringes Geld gearbeitet hat, muss das Erarbeitete im Alter trotzdem
 31 behalten dürfen. Deswegen wollen wir eine Mindestrente die ohne
 32 Bedürftigkeitsprüfung gewährt wird.
- 33
- 34 • Die private Vorsorge als dritte Säule der Rentenversicherung hat die Erwartung, das
 35 sinkende Rentenniveau zu kompensieren, nicht erfüllt. Ihre Subventionierung aus
 36 Steuermitteln wollen wir bestandssichernd auslaufen lassen.
- 37 • Die Altersvorsorge muss sich flexibel den unterschiedlichen Anforderungen
 38 verschiedener Branchen anpassen. Sie muss dabei sowohl kürzere oder längere
 39 Lebensarbeitszeiten in verschiedenen Berufen als auch Aus-, Fort- und
 40 Weiterbildungsanforderungen berücksichtigen. Dabei sollte die Betriebsrente eine
 41 wichtige Rolle spielen.
- 42 • Auch im Rentensystem muss sich eine partnerschaftliche Aufteilung von Familien- und
 43 Erwerbsarbeit positiv widerspiegeln. Die Rente muss unsere moderne Vorstellung von
 44 Partnerschaft in der Familie abbilden. Die Rentensituation von Frauen muss besonders
 45 berücksichtigt werden. Frauen, die in der Vergangenheit die überwiegende
 46 Familienarbeit in einer Beziehung getragen haben, müssen diese anerkannt
 47 bekommen.
- 48 • Die Rente muss sich flexibel den sich verändernden Erwerbsbiographien anpassen. Wer
 49 berufsbedingt immer wieder Zeiten ohne Erwerbstätigkeit hat und zwischen
 50 abhängiger und selbständiger Beschäftigung wechselt, braucht trotzdem Sicherheit für
 51 seine Versorgung im Alter.
- 52 • Die Altersvorsorge muss transparenter und verständlicher werden. Nur wer weiß,
 53 welche Ansprüche er oder sie hat und wie er oder sie sich eine gute Rente sichern kann,
 54 ist auch in der Lage selber Verantwortung dafür zu übernehmen.

55 *1. Die gesetzliche Rentenversicherung – Lebensstandardsicherung in der ersten Säule*

56 Die solidarische gesetzliche Rente ist die wichtigste Säule unseres Rentensystems. Wir wollen
 57 Sie wieder stärken. Sie ist der Kern einer lebensstandardsichernden Altersversorgung. Dieses
 58 zukunftsfest zu sichern, ist die Garantie für eine breite Akzeptanz der solidarischen
 59 Finanzierung. Dabei ist die perspektivische Festlegung des Rentenniveaus auf mindestens 50%
 60 wichtig aber nur ein Teil einer gerechten Rentenreform. Denn das Rentenniveau bezieht sich

61 auf den so genannten Eckrentner (45 Jahre, Vollzeit, Durchschnittsverdienst), den es in der
62 Realität nicht gibt.
63 Die Realität ist geprägt von immer mehr Wechseln zwischen selbständiger und abhängiger
64 Beschäftigung und zwischen Zeiten der Familien- und der Erwerbsarbeit oder
65 Unterbrechungen durch Arbeitslosigkeit. Deswegen brauchen wir eine
66 lebensstandardsichernde Rente, die sich diesen Anforderungen anpasst.
67 Die Rentenversicherung trägt auch Verantwortung für das gesunde Erreichen des
68 Renteneintrittsalters. Wir wollen die Aufgaben der Prävention und Rehabilitation weiter
69 stärken.
70 Besonderen Handlungsbedarf gibt es bei den Erwerbsminderungsrenten, die schon heute
71 einem hohen Armutsrisiko unterliegen. Die Erwerbsminderungsrente liegt heute bei
72 durchschnittlich 650€. Wir wollen die Abschläge auf Erwerbsminderungsrenten abschaffen.
73 Zur besseren Absicherung von Menschen mit gebrochenen Erwerbsbiographien und
74 insbesondere Frauen und wollen wir einen Mindestbeitrag in der gesetzlichen Rente
75 unabhängig von Erwerbstätigkeit. Den Mindestbeitrag sollen alle zahlen, außer denjenigen, die
76 sich Ausbildung befinden. Mit dem Mindestbeitrag muss mindestens Grundsicherungsniveau
77 erreicht werden. Perspektivisch macht ein Mindestrentenbeitrag die Mindestrente überflüssig.

78 *2. Mindestrente – lange arbeiten muss sich lohnen, auch bei geringem Einkommen*

79 Das Rentensystem kann nicht alles heilen, was in einer Erwerbsbiographie schiefgelaufen ist.
80 Wir halten am Äquivalenzprinzip fest. Wer mehr einzahlt muss auch mehr herausbekommen.
81 Wer aber lange gearbeitet und Beiträge gezahlt und dabei wenig verdient hat, der darf nicht
82 genauso behandelt werden, wie jemand der nie oder kaum gearbeitet und Beiträge gezahlt
83 hat. Mit einer Mindestrente oberhalb der Grundsicherung wollen wir für mehr Gerechtigkeit
84 sorgen. Wer Mindestrente bezieht muss keine Bedürftigkeitsprüfung fürchten.
85 Als wesentliches Kriterium gelten 40 Jahre Versicherungszeit (rentenrechtliche Zeiten) und ein
86 Rentenbeginn mit regulärem Renteneintrittsalter.

87 *3. Riesterrente – private Vorsorge zukünftig ohne Steuergeld*

88 Die Riesterrente hat ihre Erwartungen nicht erfüllt. Insbesondere Geringverdienende sollten
89 von den Subventionen profitieren. Doch gerade diese Zielgruppe hat sich nicht in dem
90 notwendigen Maße für Riesterrenten entschieden. Wir wollen daher die staatliche Förderung
91 und Subventionierung der privaten Rentenvorsorge auslaufen lassen:
92 Die bisher abgeschlossenen Verträge genießen weiter Bestandschutz. Wer aber in Zukunft
93 eine zusätzliche private Altersversorgung abschließen möchte, muss auf Steuersubventionen
94 verzichten. Dafür wollen wir mit den freiwerdenden Mitteln die Betriebsrenten fördern.

95 *4. Betriebliche Altersvorsorge - flächendeckend und branchenspezifisch*

96 Die betriebliche Altersversorgung ist für uns die beste zusätzliche Vorsorge für einen
97 angemessenen Lebensstandard im Alter. Die aktuelle Ausgestaltung der Betriebsrenten ist

98 komplex und erreicht nicht diejenigen, die ein zusätzliche Altersvorsorge dringend nötig haben,
99 nämlich Gering- und Niedrigverdienende. Wir wollen daher eine flächendeckende,
100 obligatorische Betriebsrente mit klarem und verbindlichem Gesetzesrahmen und einem
101 Vorrang für tarifliche Lösungen. Wir wollen kollektive Lösungen, die Verwaltungskosten
102 minimieren und die Portabilität bei Jobwechseln garantieren.
103 Sie soll zum einen die gesetzliche Rente ergänzen. Zum anderen wollen wir mit der
104 betrieblichen Altersvorsorge branchenspezifische Anforderungen (Altersteilzeit, Abkaufen von
105 Abschlägen, ...) tarifpartnerschaftlich umsetzen. Unterschiedliche Branchen haben
106 unterschiedliche Belastungen und Anforderungen an einen Rentenübergang. Wo keine
107 Tarifpartner über die Betriebsrenten entscheiden, gelten starre gesetzliche Regelungen und
108 Anforderungen. Zur Finanzierung können u.a. die vorgesehenen Mittel zur Förderung der
109 Riester-Rente für die betriebliche Altersvorsorge eingesetzt werden.

110 *5. Finanzierung – Solidarität in einer Erwerbstätigenversicherung*

111
112 Wir wollen die gesetzliche Rentenversicherung zu einer Erwerbstätigenversicherung erweitern.
113 Dabei wollen wir schrittweise die Beitragsbasis auf Abgeordnete, Freiberufler und Selbständige
114 und perspektivisch auf Beamte erweitern. Auch die Versorgungswerke wollen wir integrieren.
115 Weitere Finanzierungsmöglichkeiten bestehen in der Herausnahme und Steuerfinanzierung
116 sämtlicher versicherungsfremder Leistungen.

117 Darüber hinaus liegen weitere Finanzierungsmöglichkeiten in der Erhöhung der
118 Steuerfinanzierung und der Anhebung des Beitragssatzes. Darüber hinaus wollen wir prüfen,
119 wie ein Ersatz der Beitragsbemessungsgrenze durch eine Beitragsobergrenze
120 verfassungskonform ausgestaltet werden kann ohne das daraus aufgrund des Auszahlungs-
121 Äquivalents höchste Leistungsansprüche entstehen.

122 Eine gute lebensstandardsichernde Rente ist für die soziale Sicherheit und das Vertrauen in den
123 deutschen Sozialstaat von immens hoher Bedeutung. Die Rentenpolitik beschäftigt alte wie
124 junge Menschen und muss mit Sorgfalt und Klarheit beraten werden. Soziale
125 Sicherungssysteme müssen sich immer wieder neu vor den Herausforderungen der Zeit
126 bewähren und sich wandelnden Verhältnissen anpassen und dabei verlässlich bleiben.

127 Wir wollen dies mit einer solidarischen Erwerbstätigenversicherung und einer flexiblen und
128 starken Betriebsrente erreichen, die sich der modernen Arbeitswelt anpassen.

129 **Empfehlung der Antragskommission: Annahme**

1 G 5 Beseitigung der Einkommensungleichheit in Deutschland

2 *Antragssteller: SPD OV Stadt Springe*

3 Die SPD bekennt sich zum Ziel der Vereinten Nationen, dass bis 2030 der Einkommenszuwachs
4 der ärmsten 40% der Bevölkerung höher sein sollte als das durchschnittliche Einkommensplus
5 der Gesamtbevölkerung. Die SPD bringt Maßnahmen in die Diskussion ein, die in Deutschland
6 eine schnellere Umsetzung ermöglichen. Zu diesen Maßnahmen könnte unter anderem die
7 Abschaffung der steuerlichen und sozialabgabetechnischen Begünstigung von Minijobs zählen.
8 Aus diesen müssen sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse entstehen.

9 Begründung:

10 Die neueste Studie des DIW zeigt eine offensichtlich ungleiche Entwicklung bei den
11 Einkommen in Deutschland. Zwar haben sich Löhne und Unternehmensgewinnen seit der Krise
12 2008/2009 nicht mehr weiter zugunsten der Unternehmensgewinnen auseinanderentwickelt,
13 doch ist dies nur die halbe Wahrheit.

14 Die andere Hälfte der Wahrheit lautet:

15 Zwischen 1991 und 2014 legten die Einkommen real um 12% zu. Davon profitierten aber in
16 ersten Linie die 10% der höheren Einkommensgruppen, deren Einkommen um 26% zulegte. Die
17 mittleren Einkommensgruppen wuchsen immerhin noch um 8%. Die untersten 10% der
18 Einkommensempfänger müssen dagegen real einen Einkommensverlust von 8% verkraften.
19 Mit dieser Ungleichheit gehen verschiedene Folgen einher, die aus sozialer Hinsicht nicht
20 hinnehmbar sind:

21 Diese Ungleichheit trägt auch zur Ungleichheit der Bildungschancen in Deutschland bei, die
22 von vielen internationalen Organisationen (z.B. OECD) angeprangert wird. Wie sollen Eltern mit
23 niedrigen Einkommen, die permanent steigenden Bildungskosten bezahlen können.

24 Die Einkommensungleichheit ist eine Ursache für Kinderarmut in Deutschland.

25 Die Einkommensungleichheit begünstigt Altersarmut, da die Empfänger niedriger Einkommen
26 keinerlei private Vorsorge treffen können. Bei Fortführung dieser Ungleichheit drohen
27 zukünftig erhebliche soziale Transferaufwendungen, die durch eine Beseitigung der
28 Einkommensungleichheit partiell beseitigt werden können. Und dies unabhängig davon, dass
29 dies für das Selbstwertgefühl der Menschen ein deutlicher Fortschritt ist.

30 Gerade für die SPD als Partei der Chancengleichheit ist es wichtig, dass diese Ungleichheiten
31 beseitigt. Dafür ist die Umsetzung der UN-Zielsetzung ein wichtiger Schritt, für den SPD aktiv
32 eintreten sollte.

33 **Empfehlung der Antragskommission: Annahme**

1 G 6 Arbeitnehmerrechte stärken – Vertragsmissbrauch verfolgen

2 *Antragssteller: SPD OV Stadt Springe*

3 Immer wieder wird auf die positive Beschäftigungslage in Deutschland verwiesen. Schaut man
4 aber genauer hin, stellt man besonders im Niedriglohnsektor und bei den kurzfristigen
5 Beschäftigungsverhältnissen erheblichen Nachbesserungsbedarf zugunsten der
6 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer fest. Bestehende Gesetze werden unterlaufen oder mit
7 fadenscheinigen Begründungen umgangen. Die nicht gewerkschaftlich organisierten
8 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer haben keine Chance, gegen Missbräuche vorzugehen,
9 weil sie auf die Arbeit dringend angewiesen sind.

10 Begründung:

11 Es werden Verträge mit verminderter Wochenstundenzahl abgeschlossen. Auf dieser Basis
12 werden die gesetzlichen Beiträge erbracht. Von vorn herein steht aber fest, dass eine höhere
13 Wochenstundenzahl zu erbringen sein wird. Für diese Überstunden werden Beiträge nicht
14 erbracht oder es wird nicht einmal der Mindestlohn gezahlt. Ggf. werden sogar Steuern und
15 Beiträge hinterzogen. Urlaub und Leistungen im Krankheitsfall bemessen sich nur nach der
16 verminderten Arbeitszeit!

17 In Verträge werden Klauseln aufgenommen, die ein vermeintliches Entgegenkommen
18 gegenüber den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern vortäuschen. In einer Branche besteht
19 z.B. montags ein vermindertes Kundenaufkommen, dienstags bis sonnabends ein höheres. Der
20 Jahresurlaub wird auf die Montage verteilt (§§ 7, 13 BUrlG). „Die Arbeitnehmerin benötigt aus
21 persönlichen Gründen den Montag als verändertes Wochenende.“

22 Um Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer nicht in Festanstellung übernehmen zu müssen,
23 werden Unterfirmen gegründet. Nach drei Monaten bei der einen Firma scheiden die Personen
24 bei dieser aus und wechseln zur anderen Unterfirma, die dort Beschäftigten wechseln weiter
25 und zurück.

26 Solche Firmen sind dann preisgünstiger als andere und bekommen auch noch öffentliche
27 Aufträge!

28 Die SPD muss wieder deutlich zeigen, dass ihr die Rechte von Arbeitnehmerinnen und
29 Arbeitnehmern wichtig sind. Sie darf sich nicht allein darauf verlassen, dass sich die
30 Beschäftigten ja in den Gewerkschaften organisieren und so ihre Rechte durchsetzen könnten.
31 Staatliche Kontrolle ist notwendig. Auch bei den Jobcentern darf nicht nur die Vermittlung in
32 einen Job im Vordergrund stehen, der mit der Beschäftigung verbundene Vertrag muss auch
33 rechtlich Bestand haben.

34 **Empfehlung der Antragskommission: Annahme als Resolution**

1 **G 7 Beibehaltung des Filialnetzes, zur Absenkung der**
2 **Girokontoführungsgebühren zumindest für Geringverdienende**
3 **und zur Deckelung von Vorstandsgehältern bei der Sparkasse**
4 **Hannover**

5 *Antragssteller: SPD Oststadt Zoo*

6 Es möge der Parteitag des SPD-Unterbezirks Hannover folgenden Beschluss fassen und diesen
7 an die SPD Regionsfraktion und an die Sparkasse Region Hannover weiterleiten:

8 „Die Sparkasse Region Hannover wird zur Umsetzung folgender Punkte aufgefordert:

9 Die geplante Ausdünnung des Filialnetzes der Sparkasse Hannover wird nicht vorgenommen,
10 die auf 7,- € für Erwachsene angehobene Kontoführungsgebühr wird zumindest für
11 Geringverdienende herabgesetzt, die Vorstandsgehälter werden maximal auf das Gehalt der
12 Bundeskanzlerin gedeckelt.“

13 Begründung:

14 Die Sparkasse Hannover hat sich als öffentlich-rechtliches Institut immer als Garant für die
15 Menschen vor Ort und die regionale Wirtschaft ausgezeichnet und hat sich -anders als viele
16 Privatbanken- bisher nicht aus der Fläche zurückgezogen, sondern zu Recht damit geworben,
17 der Ansprechpartner der Menschen in der Region Hannover zu sein.

18 Mit Entsetzen haben viele Einwohnerinnen und Einwohner der Region den Beschluss zur
19 Schließung von Sparkassenfilialen vor Ort zur Kenntnis genommen. Diese Filialen waren für die
20 Anwohnerinnen und Anwohner zentrale Anlaufstellen zur Erledigung ihrer Bankgeschäfte.
21 Insbesondere auch Mitmenschen mit Mobilitätseinschränkungen sind auf den Erhalt der
22 Filialen angewiesen.

23 Auch der umliegende Einzelhandel befürchtet häufig durch eine Veränderung der Anlaufstellen
24 nicht unerhebliche Umsatzeinbußen.

25 Bereits zuvor war in der Region mit großer Verwunderung zur Kenntnis genommen worden,
26 wie die Sparkasse Hannover die z.T. drastische Erhöhung der Girokontoführungsgebühren auf
27 7,- € pro Monat und den Abbau von insgesamt 200 Arbeitsplätzen trotz Millionengewinnen im
28 zweistelligen Bereich (2015: 53 Mio. Euro) mit ihrem öffentlich-rechtlichen Auftrag
29 vereinbaren kann.

30 Seit Beginn der Zinssenkungsphase am 01.09.2001 (Absenkung des Basiszinssatzes der EZB von
31 4,26 % auf damals 3,62 %, heute - 0,88 %) war bekannt, dass auf die für die Sparkasse attraktive

32 Zinssenkungsphase (hohe Altzinsen auf Kredite/aktuell niedrigere Guthabenzinsen) eine
33 Zinserhöhungsphase folgen könnte, für die Rücklagen zu bilden sind.

34 Wie lassen sich der Millionengewinn und die Vorstandsgehälter von durchschnittlich über
35 561.000,- €/Jahr pro Person (Quelle: Panorama 3, NDR) mit dem öffentlich-rechtlichen Auftrag
36 der Sparkasse Hannover und der Schließung vieler Filialen in der Fläche mit der Erhebung einer
37 Girokontoführungsgebühr von 84,- € im Jahr (insbesondere auch für Menschen mit kleinster
38 Rente bzw. Bezug von Grundsicherungsleistungen) und mit dem Abbau von insgesamt rund
39 200 Arbeitsplätzen vereinbaren?

40 **Empfehlung der Antragskommission: Erledigt durch Resolution „Aufgaben**
41 **der Sparkassen und Genossenschaftsbanken als kommunale/regionale**
42 **Geldinstitute erhalten!“**

1 G 8 Antrag zur Wiederbelebung der Vermögenssteuer

2 *Antragssteller: SPD OV Oststadt Zoo*

3 Es möge der Parteitag des SPD-Unterbezirks Hannover folgenden Beschluss fassen und diesen
4 an den SPD-Landes- und Bundesvorstand, die Landesregierung und die SPD-Landtagsfraktion
5 für die Vorbereitung einer entsprechenden Bundesratsinitiative weiterleiten:

6 „Aus Gerechtigkeitsgründen und zur Stabilisierung der Staatsfinanzen wird die
7 Vermögensteuer nach dem Vermögensteuergesetz (VStG) wiederbelebt.

8 Vermögen oberhalb eines Freibetrages von 1 Million € wird wieder mit 1 % pro Jahr besteuert
9 werden. Grundlage der Berechnung der Steuer sind die Grundsätze, die das
10 Bundesverfassungsgericht in seinem Beschluss vom 22.06.1995 (2 BvL 37/91) aufgestellt hat.“

11 Begründung:

12 Die Vermögensteuer - einst von Theo Waigel (CSU) als unabdingbare Gerechtigkeitssteuer
13 bezeichnet - setzt den Gerechtigkeitsgedanken um und ist als einzige Maßnahme geeignet, die
14 immer weiter auseinanderklaffende Schere zwischen Arm und Reich wieder ansatzweise zu
15 schließen.

16 Nach Studien des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) vom Februar 2014 ist die
17 ungleiche Vermögensverteilung in ganz Europa nirgendwo so ausgeprägt wie in Deutschland.

18 Die Vermögensteuer setzt unseren Grundsatz der Solidarität in die Tat um, wonach starke
19 Schultern mehr tragen können als schwache, und ist langfristig dazu geeignet, die jeden
20 Endverbraucher treffende Umsatzsteuer wieder zu senken.

21 Im Übrigen trägt die Vermögensteuer als volkswirtschaftlich ankurbelnde Steuer dazu bei, den
22 Weg aus der Finanzkrise zu weisen, indem sie angelegtes bzw. liegendes Vermögen löst und in
23 den Wirtschaftskreislauf zurückführt.

24 Da die jährlichen Zinserträge auf das zu besteuernde Vermögen auch bei sicherer Geldanlage
25 die Vermögensteuer von 1 % im Regelfall deutlich übersteigen, ist die Wiederbelebung der
26 Steuer für die Betroffenen auch zumutbar.

27 Schon die Steuereinnahmen von weniger als 10 der vermögendsten Privatpersonen reichen zur
28 Deckung sämtlicher Kosten der zur Erhebung der Steuer erforderlichen Steuerverwaltung aus.

29 Auch in anderen westlichen Industrienationen, in denen eine Vermögensteuer erhoben wird,
30 ist es nicht zu einer von den Konservativen behaupteten Massenflucht von Steuerpflichtigen
31 gekommen.

32 Das gute und tragfähige Bildungskonzept der SPD muss vor dem Hintergrund der angestrebten
33 Gebührenfreiheit zur Unterfütterung seiner Glaubwürdigkeit auch eine solide finanzielle
34 Grundlage haben.

35 Daher braucht Deutschland die Vermögensteuer für mehr Gerechtigkeit und
36 Chancengleichheit für alle.

37 **Empfehlung der Antragskommission: Annahme und Weiterleitung**

1 **H 1 Wir fordern landesweit in allen Schulen Fachpersonal in der**
2 **Sozialarbeit**

3 *Antragssteller: SPD AG 60plus OV Laatzen*

4 Die SPD-UB Region Hannover möge beschließen:

5 Die SPD-Landtagsfraktion wird aufgefordert sich dafür einzusetzen, dass niedersachsenweit in
6 allen Schulen bedarfsgerecht Fachpersonalstellen in der Sozialarbeit eingerichtet werden.

7 **Begründung:**

8 Alle Schulen sind unabhängig von der Schulform Treffpunkte und ein Ort der intensiven
9 Kommunikation. Junge Menschen sind hier in der Regel täglich erreichbar und ansprechbar. Das
10 Fachpersonal in der Sozialarbeit kann in der Abstimmung mit anderen Beteiligten wie
11 beispielweise der Lehrerschaft oder den Eltern zu einem frühen Zeitpunkt Lösungen für die
12 spezifischen Probleme anbieten bzw. anregen.

13 Ebenfalls halten wir die jederzeitige Möglichkeit des zwanglosen Sprechens mit einer
14 außerhalb des Schulsystems (Lehrerschaft- Schüler/Schülerin-Eltern) stehenden Person für die
15 Entwicklung der jungen Menschen sinnvoll und hilfreich. Jeder früh investierte Euro in die
16 Schulsozialarbeit spart ein Vielfaches an späteren Kosten.

17 **Empfehlung der Antragskommission: Annahme in der vorliegenden**
18 **Fassung**

1 **H 2 Wir wollen, dass sich alle Jugendlichen in der Region**
2 **Hannover mittels eines akzeptierten Beteiligungsverfahrens in**
3 **die Politik einmischen und mitentscheiden können**

4 *Antragssteller: SPD AG 60plus OV Laatzen*

5 Der SPD-Unterbezirk Region Hannover und die SPD-Regionsfraktion werden aufgefordert sich
6 neben den Jugendparlamenten in den Kommunen für ein akzeptiertes Beteiligungsverfahren
7 für alle Jugendlichen in der Region Hannover einzusetzen.

8 Begründung:

9 In einigen Kommunen können sich die Jugendlichen beispielsweise über ein Jugendparlament
10 aktiv in die Politik einbringen. Aufgrund der sich wandelnden Umwelt und Kommunikation
11 scheint diese Form schon seit geraumer Zeit für die Jugendlichen aber nicht mehr ausreichend
12 zu sein. Mit den Jugendlichen müssen rasch andere Wege für ihre aktive Beteiligung gesucht
13 werden. Wir erwarten, dass dieser Prozess aktiv von der Politik unterstützt und begleitet wird.
14 Eine Ausstattung der Verwaltung mit Personal und den finanziellen Ressourcen ist deshalb
15 unbedingt notwendig. Gemeinsam mit den Jugendlichen sind Beteiligungsformen zu
16 entwickeln, die das Einmischen und Mitwirken sicherstellen. Dazu sollte u.a. auch dort
17 hingegangen werden, wo die Jugendlichen erreicht werden, beispielweise in die Schulen.
18 Ebenfalls sollte in den Vereinen und Organisationen, die sich schon lange mit der Jugendarbeit
19 auseinandersetzen, für eine gemeinsame Entwicklung von einem angemessenen
20 Beteiligungsverfahren geworben werden. Die langjährigen Erfahrungen sollten genutzt
21 werden.

22 **Empfehlung der Antragskommission: Annahme**

1 H 3 Familien in den Mittelpunkt der Politik

2 *Antragssteller: SPD OV Stadt Springe*

3 Artikel 6 des Grundgesetzes stellt die Familie unter den besonderen Schutz der staatlichen
4 Ordnung. Damit ist nichts ausgesagt darüber, wie sich der Begriff „Familie“ in den vergangenen
5 Jahrzehnten gewandelt hat. Die über ein Leben währende Ehe und die gemeinsame Erziehung
6 der Kinder sind nicht mehr die Regel wie vor Jahrzehnten. Alleinerziehende, lose
7 Partnerschaften und gleichgeschlechtliche Gemeinschaften sind genauso Bestandteil der
8 Lebenswirklichkeit.

9 Dem muss sich die Familienpolitik stellen. Dabei müssen die Förderung und das Wohlbefinden
10 der Kinder im Mittelpunkt stehen. Kinder sind diejenigen, die den Staat in Zukunft tragen
11 müssen. Deshalb bedürfen sie größtmöglicher Förderung.

12 In der Steuerpolitik besteht mit der Splittingregelung für Eheleute eine Begünstigung, die es so
13 für allein Erziehende mit Kindern nicht gibt. Aber auch Eheleute mit mehreren Kindern sind
14 heute ungleich belasteter als Singles. Hinzu kommt, dass über den Steuerfreibetrag Kinder von
15 Familien mit höherem Einkommen dem Staat „mehr wert“ sind als die Kinder von
16 Niedrigverdienern, die nur Kindergeld erhalten.

17 Die SPD ist aufgefordert, die Familie in den Mittelpunkt ihrer Politik zu stellen und
18 insbesondere in der Steuerpolitik die Lebenswirklichkeit von Personen mit Kindern besser zu
19 berücksichtigen.

20 **Empfehlung der Antragskommission: Annahme als Resolution**

1 H 4 Aktive Gestaltung Bildung 4.0

2 *Antragssteller: SPD OV Stadt Springe*

3 Die SPD erarbeitet mit den Schulen, der Wirtschaft und den Lehrerverbänden ein Konzept, dass
4 unseren Kindern und Jugendlichen einen sicheren Umgang mit den Herausforderungen der
5 Digitalisierung im täglichen Leben und der Wirtschaft gestattet. Die SPD sieht hierin einen
6 wesentlichen Beitrag zur zukünftigen Vermeidung von Jugendarbeitslosigkeit. Neben der
7 bereits beschlossenen digitalen Ausstattung der Schulen gehören hierzu:

- 8 • Die Erlernung des richtigen Umgangs mit den Chancen und Risiken der Digitalisierung.
9 Dies betrifft insbesondere den selbstbestimmten Umgang mit persönlichen Daten.
- 10 • Die Bestimmung von Fähigkeiten (z.B. Mustererkennung, Kreativität etc.), die zukünftig
11 für die Beherrschung von beruflichen Herausforderungen benötigt werden. Hierzu gibt
12 es bereits einige Studien die als Basis hierfür dienen können. Die Diskussion mit
13 Wirtschaftsverbänden kann hierzu ebenfalls genutzt werden.
- 14 • Die Umsetzung der zukünftig notwendigen Fähigkeiten in den Lehrplan und deren
15 weitere Verbesserung. In diesem Kontext wäre auch eine Vertiefung der
16 Zusammenarbeit zwischen Unternehmen, Betrieben und Schule.

17 Dies ist durch geeignete Ansätze zur Förderung eines lebenslangen Lernens zu ergänzen, da
18 ansonsten aufgrund der Digitalisierung eine erhöhte strukturelle Arbeitslosigkeit droht.

19 **Begründung**

20 Die Digitalisierung schreitet immer weiter voran und ist nicht aufzuhalten. Eine Folge der
21 Digitalisierung ist aber auch, dass viele Berufsbilder, die wir heute noch kennen, zukünftig
22 obsolet sein werden. Mit diesen Herausforderungen dürfen wir unsere Kinder und
23 Jugendlichen, wollen wir ihnen möglichst gute Startbedingungen geben, nicht alleine lassen.
24 Würden wir dies tun, würde wohl die Orientierungslosigkeit, die bereits heute viele Kinder und
25 Jugendliche haben, noch zunehmen. Sie wären einfach mit den Möglichkeiten, die heute noch
26 nicht einmal vollständig sichtbar sind, überfordert. Eine zunehmende Jugendarbeitslosigkeit
27 wäre wohl die Folge. Dies ist für die SPD nicht akzeptabel.

28 Die SPD sollte daher bereits heute – auch wenn noch nicht alle Entwicklungen vollständig mit
29 hinreichender Sicherheit bekannt sind – Fähigkeiten, die morgen wichtig sein werden,
30 gemeinsam mit allen davon Betroffenen eruieren und in die Lehrpläne, möglichst praxisnah
31 integrieren.

32 Dies sind wir einfach der Zukunft unserer Kinder und Jugendlichen schuldig.

33 **Empfehlung der Antragskommission: Ablehnung**

1 H 5 Inklusion hat Priorität in der Bildungspolitik in Niedersachsen

2 *Antragssteller: SPD Arbeitsgemeinschaft für Bildungsfragen Region*
3 *Hannover*

4 Der Unterbezirksparteitag möge beschließen und an den Landesparteitag weiterleiten:
5 Inklusion hat Priorität in der Bildungspolitik in Niedersachsen. Einstellung von 1.000
6 pädagogischen Fachkräften zur Unterstützung des inklusiven Unterrichts. Niedersachsen
7 braucht einen verbindlichen Maßnahmenkatalog und Zeitplan für die erfolgreiche Umsetzung
8 der Inklusion.

9
10 1. Durch einen Grundsatzerlass zur Arbeit in der inklusiven Schule muss die Basis dafür
11 geschaffen werden, dass in allen Schulformen gemeinsamer Unterricht für Alle umgesetzt
12 werden kann. Dieser Grundsatzerlass muss bis zum 1.8.2017 vorliegen – rechtzeitig zum Start
13 der „Regionalen Beratungs- und Unterstützungszentren Inklusive Schule“ (RZI).
14 Ein Masterplan, der realistisch aufzeigt, wie Schritt für Schritt Inklusion ohne Überforderung
15 umgesetzt werden kann, soll verdeutlichen, dass Inklusion als zentrales Projekt
16 sozialdemokratischer Schulpolitik die nötige Unterstützung erfährt und deshalb auch Erfolg
17 haben wird. Er berücksichtigt u.a. die folgenden Punkte:

18 2. Als erste, unmittelbare Maßnahme sind die schlimmsten personellen Lücken in inklusiv
19 arbeitenden Schulen zu schließen. Diesen Engpässen soll durch die Einstellung von 1000
20 pädagogischen Fachkräften zum Schuljahr 2017/2018 zur Unterstützung des inklusiven
21 Unterrichts abgeholfen werden. Zielperspektive muss sein, dass mittelfristig an allen Schulen
22 pädagogische Fachkräfte für unterrichtsbezogene Aufgaben tätig sind.

23 3. Noch bestehende Benachteiligungen inklusiv arbeitender Schulen gegenüber Förderschulen
24 müssen unverzüglich beseitigt werden, z.B. beim Einsatz von Sonderpädagogen im 10.
25 Jahrgang einer allgemeinen Schule oder beim Einsatz von pädagogischen Fachkräften.

26 4. Zur Einschränkung des Personal mangels sorgt die Landesregierung für ein Verfahren, das die
27 Einstellung von Personen an Schulen ermöglicht, die in ihren Herkunftsländern bereits
28 pädagogische Qualifikationen erworben haben.

29 5. Wir erwarten, dass sonderpädagogische Lehrkräfte durch Planstellen fest in ihren Kollegien
30 verankert werden, sodass sich Teams bei Planung und Durchführung von Unterricht und
31 Schulleben bilden und voneinander lernen können.

32 6. Wir erwarten, dass die Landespolitik in Zukunft alle Schulen in dem Maße unterstützt, in
33 dem sie sich zu inklusiven Systemen entwickeln und der inklusiven Herausforderung stellen.
34 Unterstützungsbedarf sollte in dem Maße anerkannt werden, wie er konkret vor Ort
35 erforderlich ist – also nicht im Hinblick auf einzelne Kinder, sondern gemäß den besonderen

36 inklusiven und sozialintegrativen Aufgaben der einzelnen Schule. Der personelle Bedarf dieser
37 Schulen wird in einem eigenen Ansatz berücksichtigt.

38 7. Wir erwarten, dass die Landesregierung, bezogen auf die Anforderungen der Inklusion,
39 Stellen- und Aufgabenbeschreibungen für Lehrkräfte und pädagogische Fachkräfte vorlegt und
40 im Hinblick darauf eine grundlegende Veränderung der Lehrerbildung und eine Modifikation
41 der pädagogischen Ausbildungsgänge herbeiführt.

42 8. Regionale Zentren für Inklusion sollen die eigenverantwortlich handelnden Schulen vor Ort
43 auf dem Weg zu inklusiven Systemen beraten, die Netzwerkbildung zwischen inklusiven
44 Schulen fördern und in Kooperation mit den Schulträgern dazu beitragen, dass
45 Schullandschaften unter inklusivem Vorzeichen entstehen.-
46 Die „Regionalen Beratungs- und Unterstützungszentren Inklusive Schule“ (RZI) sind
47 entsprechend der Schülerzahl und den räumlichen Entfernungen auszustatten.

48 Begründung:

49 Gravierende Versäumnisse bei der Einführung der Inklusion in der vorigen Legislaturperiode
50 konnten trotz aller Anstrengung der Landesregierung nicht behoben werden. Sie erschweren
51 bis heute die Arbeit der Schulen und verunsichern Lehrkräfte, Eltern und Schüler: Es stehen
52 nicht genügend Lehrkräfte und pädagogische Mitarbeiter/innen zur Verfügung, und nötige
53 Veränderungen des Schulgesetzes, Schulrechts und der Lehrerbildung sind noch nicht erfolgt.
54 Es wurden Mittel zur Einstellung von Sonderpädagoginnen und –pädagogen bereitgestellt,
55 aber nach dem Abbau von Studienplätzen durch vergangene Regierungen können die
56 ausgeschriebenen Stellen auf absehbare Zeit nicht besetzt werden. Bis die Erhöhung der
57 Studienplätze durch die derzeitige Landesregierung Wirksamkeit zeigt, vergehen vier bis fünf
58 Jahre.

59 Pädagogische Fachkräfte könnten viele der Aufgaben in der Durchführung des Unterrichts
60 übernehmen, die sonst Sonderpädagoginnen und Sonderpädagogen übertragen werden.
61 Vorarbeiten zur Beschäftigung und zu den Aufgaben der Pädagogischen Fachkräfte liegen im
62 Kultusministerium vor.

63 Im praktischen Unterrichtsalltag ist allerdings eine schnelle Unterstützung notwendig, damit
64 Inklusion gelingt und das Engagement der Lehrkräfte in inklusiven Schulen aktiv unterstützt
65 wird. Bei der Bildung multiprofessioneller Teams in inklusiven Schulen müssen die nächsten
66 Schritte erfolgen: Einstellung von pädagogischen Fachkräften und von Sonderpädagoginnen
67 und –pädagogen auf Stellen in den inklusiv arbeitenden Schulen.

68 Vorarbeiten zu einem Grundsatzterlass liegen ebenfalls im Kultusministerium vor. Dieser
69 Grundsatzterlass sollte sinnvollerweise in Kraft treten, wenn die RZI zu Beginn des nächsten
70 Schuljahres ihre Arbeit aufnehmen. Die RZI müssen allerdings auch so ausgestattet sein, dass
71 sie ihre Aufgabe in enger Kooperation mit den Bildungsbüros des Schulträgers erfüllen können.

72 Die immer noch schulformbezogene Lehrerbildung entspricht nicht mehr der inklusiven
73 Herausforderung, alle Kinder und Jugendliche in ihrer individuellen Entwicklung zu fördern und
74 ihrer Unterschiedlichkeit in gemeinsamen Lerngruppen gerecht zu werden. Die Lehrerbildung
75 muss deshalb zukünftig stufenbezogen (Primar- und Sekundarbereich) erfolgen. Zum
76 Bestandteil jeder Lehrerbildung muss in Zukunft der Erwerb sonderpädagogischer Kompetenz
77 im Umgang mit Kindern und Jugendlichen gehören. Alle Lehrkräfte müssen darin ausgebildet
78 werden, in ihren Fächern einen Beitrag zur durchgängigen Sprachbildung ihrer Schüler/innen
79 zu leisten. In allen pädagogischen Ausbildungsgängen sollten künftige Pädagogen lernen,
80 inklusive Anforderungen in multiprofessionellen Teams zu bewältigen.

81 Das Land sieht sich in einer besonderen Verantwortungsgemeinschaft mit den Schulträgern bei
82 der Aufgabe, kommunale bzw. regionale Schullandschaften zu gestalten, in
83 denen Schulen aller Schulformen durch eine entsprechende Ausstattung befähigt und
84 herangezogen werden, inklusive und sozialintegrative Aufgaben zu erfüllen. Land und
85 Kommunen werden u.a. in entsprechend ausgestatteten Regionalen Zentren und
86 Bildungsbüros zusammenarbeiten und gewährleisten, dass es dabei nicht zu
87 Benachteiligungen oder Bevorzugungen von Schulen oder Schulformen kommt, sondern
88 Schulen entsprechend ihrer Belastung unterstützt werden. Außerdem werden die einzelnen
89 Schulen von Aufgaben der Koordination entlastet, z.B. bei der Verteilung der Schüler/innen
90 oder bei der Beratung im Hinblick auf Übergänge und der Gestaltung
91 individueller Bildungswege. Die „Regionalen Beratungs- und Unterstützungszentren Inklusive
92 Schule“ (RZI) sind entsprechend der Schülerzahl und den räumlichen Entfernungen personell
93 und materiell auszustatten.

94 **Empfehlung der Antragskommission: Annahme**

1 S 1 Satzungsändernder Antrag

2 *Antragssteller: SPD Unterbezirksvorstand Region Hannover*

3 Das Statut des SPD Unterbezirks Region Hannover wird wie folgt geändert:

4 In §7, Punkt 5 wird geändert:

5 Gestrichen wird der Absatz:

6 „Die auf den Unterbezirk Region Hannover entfallenden Delegierten für den Bezirksparteitag
7 werden in einem Wahlgang auf zwei Listen gewählt. Für die erste Liste nimmt der
8 Unterbezirksvorstand die Verteilung der $\frac{3}{4}$ Mandate auf die Ortsvereine entsprechend der Zahl
9 ihrer abgerechneten Mitglieder vor. Jeder Ortsverein hat ein Grundmandat. Für diese Liste
10 haben die Mitgliederversammlungen der Ortsvereine ein Vorschlagsrecht. Für das
11 Vorschlagsrecht gilt die Wahlordnung. Die restlichen Delegierten („Freie Spitze“) werden auf
12 dem Unterbezirksparteitag gewählt, wobei alle Antragsberechtigten Vorschläge einreichen
13 können.“

14 Und wird ersetzt durch:

15 „Die auf den Unterbezirk Region Hannover entfallenden Delegierten zum Bezirksparteitag
16 setzen sich zusammen aus $\frac{3}{4}$ Grundmandaten und der „Freien Spitze“. Für die Grundmandate
17 nimmt der Unterbezirksvorstand die Verteilung von $\frac{3}{4}$ der Mandate auf die Ortsvereine
18 entsprechend ihrer abgerechneten Beiträge vor. Die Delegierten für die Grundmandate werden
19 im Ortsverein auf Mitgliederversammlungen gewählt.
20 Der Unterbezirksparteitag wählt die Delegierten der „Freien Spitze“, wobei alle
21 Antragsberechtigten Vorschläge einreichen können. Die Geschlechterquote findet auf das
22 Grundmandat und auf die Gesamtliste Anwendung.“

23 **Empfehlung der Antragskommission: Annahme**